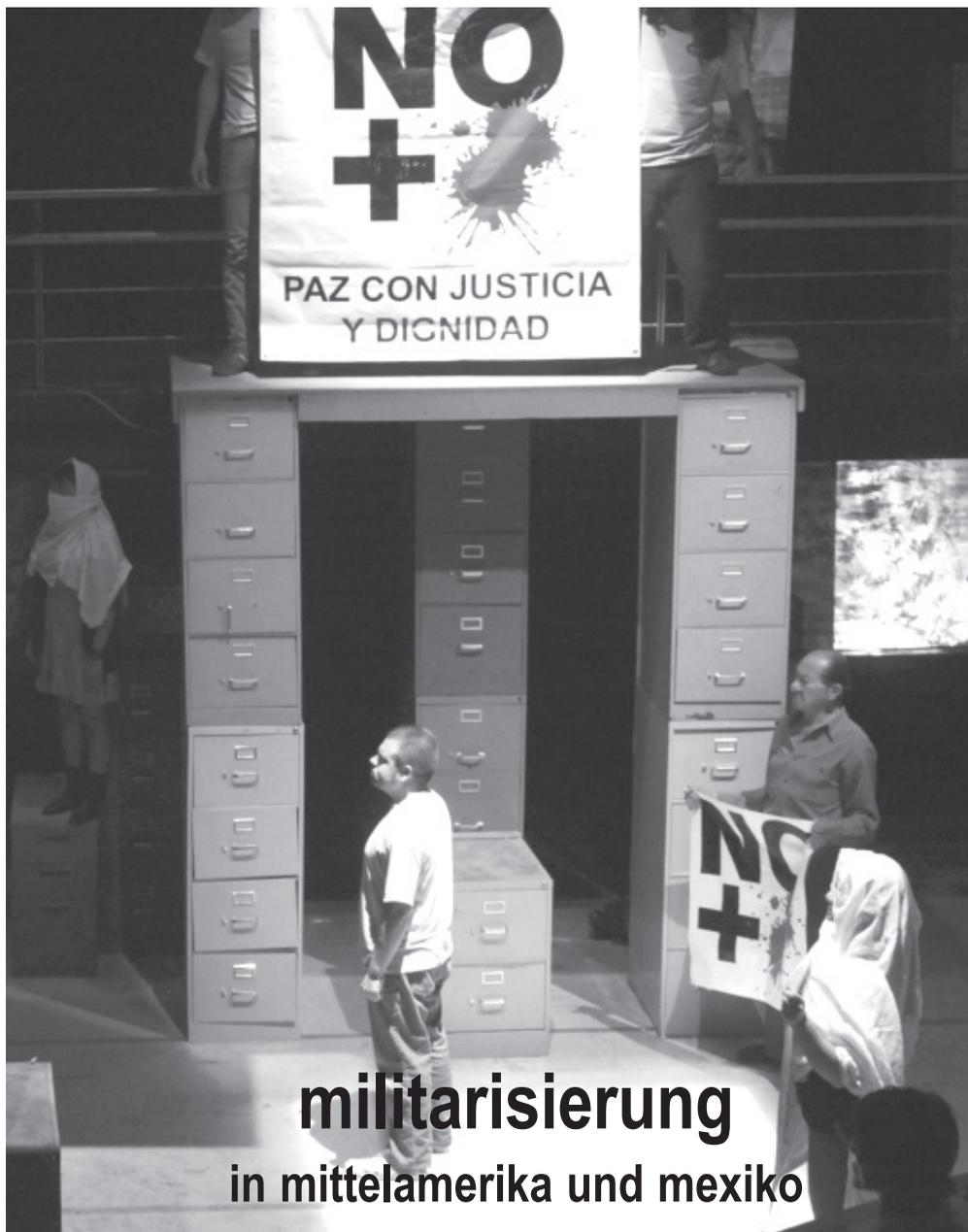


Jahresbericht 2012

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.



Inhaltsverzeichnis

- 4** **Schwerpunktthema**
Militarisierung und Drogenkrieg in Zentralamerika und Mexiko
Bericht und Aktivitäten
- 25** **Länderbericht und Aktivitäten zu El Salvador**
- 34** **Länderbericht und Aktivitäten zu Honduras**
- 53** **Länderbericht und Aktivitäten zu Mexiko**
- 65** **Länderbericht und Aktivitäten zu Nicaragua**
- 76** **Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika**
- 78** **EU: Athen liegt in den Anden**
- 79** **Grenzen der Gentrifizierung**
- 79** **Postkolonialismus**
- 81** **BUKO 2013**
- 82** **Öffentlichkeitsarbeit**
- 83** **Kooperation und Vernetzung**
- 87** **Öku-Büro Homestory**
- 90** **Fotokredits, Flug- und Zugdienst**

Editorial

Das Heft, das Sie jetzt in Ihren Händen halten, liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, ist anders aufgebaut als in den vergangenen Jahren. Wir haben uns bemüht, den Zusammenhang zwischen den Geschehnissen in unseren Partnerländern und den Aktivitäten des Ökumenischen Büros stärker deutlich zu machen. Deshalb folgen jetzt auf die Berichte zu den Themen und Ländern immer direkt unsere entsprechenden Aktivitäten.

Im Zentrum der Arbeit dieses Jahres stand im Ökumenischen Büro das Thema „Militarisierung“ und die damit verbundene Gewalt. Zu diesem Thema hat sich im Büro ein Arbeitskreis gegründet. „Remilitarisierung“ war Schwerpunktthema des Bundestreffens der El Salvador-Solidarität, außerdem haben wir eine Ausgabe des Infoblatt dem Thema „ÜberLeben mit Gewalt“ gewidmet.

Auch wenn derzeit in Mexiko und Zentralamerika keine Bürgerkriege mehr stattfinden, leiden die Gesellschaften der Region in hohem Maße unter Gewalt. Eine Hauptursache dieser Gewalt ist der sogenannte Drogenkrieg, der seit Jahren Mexiko verwüstet und immer mehr nach Süden ausgedehnt wird. Nachdem der „Krieg gegen die Drogen“ im Präsidentschaftwahlkampf dieses Jahres das Hauptthema war, wird auch der Sieg von Enrique Peña Nieto kaum zu einer Verbesserung der Menschenrechts-

situation führen.

Sehr besorgniserregend ist die Situation in Honduras, dem Land mit der höchsten Mordrate der Welt, wo Repression und Gewalt weiter zunehmen. Bei ihrem Besuch in München im Juni machte Bertha Cáceres von der Indigenen-Organisation COPINH klar, dass nach der Gründung der linken Partei LIBRE und deren erklärter Absicht an den nächsten Wahlen teilzunehmen, immer mehr politische Morde zu beklagen sind.

Was hinter der Remilitarisierung in El Salvador steht, dazu haben uns Zaira Navas und David Morales bei ihrem Besuch im November wertvolle Informationen geliefert und uns einen besseren Einblick in die komplizierten Zusammenhänge verschafft, die in dem Land zwischen Politik, Gewalt und Kriminalität bestehen.

Nicaragua ist in dem politischen Szenario der Region eine Ausnahme. Gewalt spielt eine viel geringere Rolle als bei den Nachbarn im Norden, das Militär verhält sich loyal zur Regierung und die politischen Machtverhältnisse sind geklärt. Die sandinistische Regierung Daniel Ortegas regiert das Land unangefochten vor einer immer schwächeren, fantasielosen, rechten Opposition. In Harmonie mit dem Unternehmerverband setzt die Regierung auf Wirtschaftswachstum und nutzt die Mittel aus Venezuela für soziale Programme.

Dem Jahresschwerpunkt Militarisierung widmet sich unser erster Artikel. Daran schließen sich die Artikel zu unseren Schwerpunktländern und weiteren Arbeitsfeldern an, jeweils mit Berichten über unsere Tätigkeit.

Noch eine Neuerung möchten wir erläutern. Wie bisher schon in unserer Zeitschrift Infoblatt verwenden wir in diesem Jahresbericht erstmals den Unterstrich für die geschlechtergerechte Schreibweise. Dieser soll ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten sein, auch jener abseits der gesellschaftlich hegemonialen Zweigeschlechtlichkeit. Durch den Zwischenraum soll ein Hinweis auf diejenigen Menschen gegeben werden, die nicht in das ausschließliche Frau/Mann-Schema hineinpassen oder nicht hineinpassen wollen, wie Intersexuelle oder Transgender.

Eine erfreuliche Aufgabe für den Vorstand des Ökumenischen Büros ist es jedes Jahr wieder, in seinem Rechenschaftsbericht vielfältigen Dank aussprechen zu können. Der richtet sich zuerst an die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen für ihren Einsatz – aber auch an die vielen Menschen, hier und in aller Welt, die unsere Arbeit unterstützt haben. Eine wichtige finanzielle Unterstützung leisten außerdem unsere Spender_innen und die treuen Kund_innen des Flug- und Zugdienstes.

Und schließlich möchten wir den folgenden Organisationen für die finanzielle Förderung im Jahr 2012 unseren Dank aussprechen – in alphabetischer Reihenfolge: Diakonie, Engagement Global (BMZ), Evangelischer Entwicklungsdienst, Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Rosa Luxemburg Stiftung und Stiftung Umverteilen.

Sie/Ihr alle haben/habt die Arbeit des Ökumenischen Büros in der Form ermöglicht, wie wir sie gerne machen. Wir danken allen ganz herzlich und wünschen ein erfolgreiches Jahr 2013.

Das Ökumenische Büro wird vom Kulturreferat der LH München gefördert.



Militarisierung und Drogenkrieg in Zentralamerika und Mexiko

Als Organisation der Solidaritätsbewegung sind wir es gewohnt, Menschen vor Ort zu suchen, mit denen wir zusammen arbeiten können. Der Drogenkrieg ist ein Konflikt, bei dem es keine „Guten“ gibt: Weder die Jugendbanden Zentralamerikas, noch die Drogenkartelle Mexikos und genauso wenig die Militärs der einzelnen Länder und der USA. An wen soll sich unsere Solidarität da richten?

Der Konflikt ist schwer zu durchschauen. Es liegt in der Natur der Sache, dass keiner der Akteure mit offenen Karten spielt, Daten schwer zu bekommen sind und die Forschung über den *war on drugs* lebensgefährlich sein kann. Die scheinbar unpolitische, alltägliche Gewalt ist heute das Phänomen, das die Menschen in der Region zwischen der Nordgrenze Mexikos und Honduras mehr in Atem hält als jedes andere. Der Einsatz von Militär im Kampf gegen die organisierte Kriminalität hat das Ausmaß der Gewalt weiter ansteigen lassen. Wer die Wirklichkeit dieser Gesellschaften verstehen will, kommt nicht daran vorbei, den Ursachen von Gewalt, organisierter Kriminalität und Militarisierung auf den Grund zu gehen.

Der vorliegende Text fasst die Recherchen des Arbeitskreises Militarisierung des Ökumenischen Büros zusammen und berichtet über unsere Arbeit zu unserem Jahresschwerpunkt 2012. Wir verstehen ihn als *work in progress*, denn an vielen Stellen haben wir noch immer mehr Fragen als Antworten.

Unter dem Begriff „Militarisierung“ verstehen wir nicht etwa ein exorbitantes Ansteigen der Militäretats in den betreffenden Ländern: Die Militärausgaben pro Kopf sind seit den 90er Jahren etwa gleich geblieben und liegen nicht signifikant höher als in den meisten europäischen Staaten.

Mit dem Begriff „Militarisierung“ fassen wir vielmehr eine Situation, in der sich die Bedeutung des Militärs in der Gesellschaft immer weiter ausdehnt, obwohl das Land sich nicht offiziell im Kriegszustand befindet.

Die Befürworter_innen der Strategie der Militarisierung in Zentralamerika und Mexiko argumentieren, diese sei eine Reaktion auf das Ansteigen der Kri-

minalität und des internationalen Drogenhandels, das mit anderen Mitteln nicht in den Griff zu bekommen sei. Wir verstehen das Phänomen Militarisierung jedoch nicht als eine Reaktion, sondern als eine eigenständige Dynamik, die von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren mit spezifischen Interessen vorangetrieben wird.

In den Ländern Zentralamerikas und in Mexiko findet dieser Prozess in vergleichbarer Weise statt, eine Ausnahme bildet Nicaragua, wovon später noch die Rede sein wird.

Einfluss der Militarisierung auf die Gesellschaft

Am deutlichsten zeigt sich die Militarisierung der Länder Zentralamerikas und Mexikos durch die Präsenz der schwerbewaffneten, uniformierten „gorilas“ in den Städten der Region. Die Bandbreite der gesellschaftlichen Aufgaben, die von Militärs ausgeübt werden, reicht vom Evakuieren von Personen bei einer Überschwemmung über das Errichten von Straßensperren in einer Landkonflikt-Region bis zur Übernahme des Innenministeriums durch einen Ex-General.

Die Logik des Militärs unterscheidet sich fundamental von der Logik der Zivilgesellschaft. Das Militär ist dafür ausgebildet, anzugreifen und zu verteidigen, und dies tut man nur gegenüber Feind_innen. Die Haltung des Militärs ist ein Zustand permanenter Alarmbereitschaft.

Wir sind sicher, dass diese Haltung der Lösung ziviler Probleme nicht



dient. Es ist kontraproduktiv, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen als Feinde innerhalb einer Kriegslöge betrachtet werden. Wenn wir es zulassen, dass unser tägliches Leben von einem Freund-Feind-Denken bestimmt wird, nehmen wir den Raum für die Solidarität, die Kreativität und schließlich für die Freiheit und das Glück.

Geschichte der Militarisierung in der Region

Wie kam es in den Ländern, in denen wir Partnerorganisationen haben, zur Militarisierung der Gesellschaften und wie sieht es heute aus? Wie ist das Ökumenische Büro dazu gekommen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen? Und welche Aktivitäten haben wir in diesem Zusammenhang durchgeführt?



Die Logik der Militarisierung braucht einen Feind. Feinde kann man als solche aufbauen, und der Aufbau eines Feindbilds braucht seine Zeit. Wenn der Feind einmal benannt ist, muss er besiegt werden. Bis zum Ende der 80er Jahre war der Kommunismus für die Mächtigen der Region der Staatsfeind Nummer Eins.

Die Definition dessen, was der Feind ist, blieb (und bleibt) bei all dem diffus. So wurden zu jener Zeit z.B. Gewerkschaften, Student_innengruppen und Organisationen von Kleinbauern und -bäuerinnen oder Indigenen als Feinde eingestuft, die es zu besiegen galt. Tausende von Personen wurden von militärischen und paramilitärischen Kräften festgenommen, gefoltert, ermordet oder man ließ sie verschwinden.

Diese grausame Repression führte dazu, dass die verschiedenen Bewegungen keine Alternative sahen, als sich selbst zu bewaffnen. So entstand ein neuer Feind: die Guerilla. Der Name des Feindes hatte sich geändert, aber die Verfolgten waren dieselben: Gewerkschafter_innen, Student_innen, Kleinbauern und -bäuerinnen und Indigene.

Anders als in Nicaragua, wo die FSLN die Guerilla in eine reguläre Armee überführte, kam es in El Salvador und Guatemala zu Friedensverträgen, in denen die Demobilisierung der Guerillas vereinbart wurde. Diese wurde auch vollständig durchgeführt. Die staatlichen Militärs jedoch spielten weiter eine

führende Rolle, wenn es darum ging, die Eckpunkte einer nationalen Sicherheitspolitik festzulegen und umzusetzen.

Weiterhin sahen die Verträge eine eingehende Untersuchung der schweren Menschenrechtsverletzungen vor. In beiden Ländern wurden Wahrheitskommissionen gegründet, die bei ihrer Arbeit großen Schwierigkeiten gegenüber standen. Als sie schließlich ihre Berichte präsentierten, ging daraus hervor, dass in einem sehr großen Teil der Fälle die Militärs für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren. Trotz dieser Ergebnisse und trotz des Drucks aus der eigenen Gesellschaft und auf internationaler Ebene kam es nur in wenigen Fällen zu Verurteilungen der Täter_innen. Wir werden später sehen, wie diese Straflosigkeit der Bürgerkriegsverbrechen in Zusammenhang mit der heutigen Militarisierung steht.

Ähnliche Verhältnisse in den einzelnen Ländern

Das Phänomen Militarisierung hat in den einzelnen Ländern unterschiedliche Ausprägungen, die Verhältnisse sind aber vergleichbar.

In **El Salvador** war die Bereinigung der bewaffneten Streitkräfte und der Geheimdienste ein Punkt, der nur unter großen Schwierigkeiten in die Friedensverträge von 1992 aufgenommen werden konnte. Es tat sich jedoch wenig, die meisten Menschenrechtsverbrechen der 1980er Jahre blieben straffrei. Die personelle Kontinuität, die den Sicherheitsapparat in El Salvador bis heute charakterisiert, war dieses Jahr Schwerpunkt der El Salvador-Arbeit des Ökumenischen Büros.

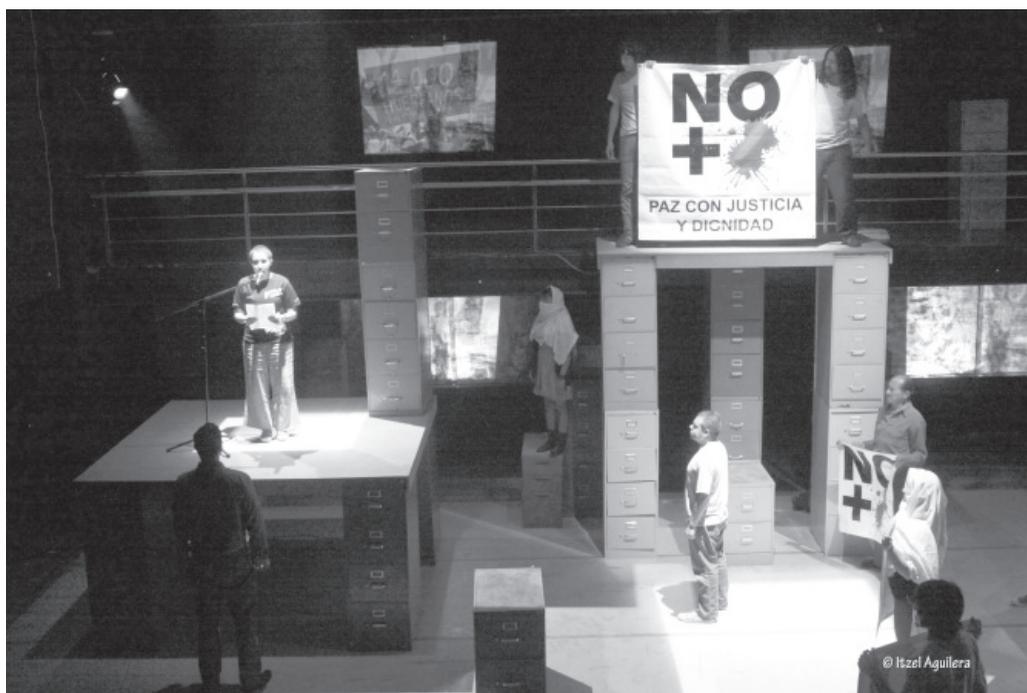
Seit den Friedensabkommen hat die alltägliche Gewalt immer mehr zugenommen. Seit einigen Jahren werden in El Salvador die Streitkräfte zur Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt. Die Polizei aber hat zu keiner Zeit die Unterstützung bekommen, die sie benötigt hätte. Stattdessen wurden viele Militärs in verschiedenste Strukturen der Polizei übernommen, ohne dass diese Strategie erfolgreich in der Eindämmung der Kriminalität gewesen wäre. Im November 2009 entschied Präsident Funes, mehr als 3000 Soldaten in „Risiko-zonen“ auf die Straße zu schicken. Diese Soldaten agieren oft unabhängig von den Polizeikräften, die von der Verfassung her die einzigen sind, die für die öffentliche Sicherheit zu sorgen haben. Diese Maßnahme überträgt den Streitkräften Aufgaben, die ihnen nicht zustehen. Gerechtfertigt wird dies mit dem hohen Ausmaß an Gewalt und Verbrechen im Land; de facto wird damit eine Strategie aufrechterhalten, die mit „harter Hand“ gegen das Verbrechen vorgehen will, ohne dass die strukturellen Ursachen beseitigt werden. Der auf dem FMLN-Ticket gewählte Präsident Mauricio Funes hat die Ex-Generäle David Munguía Payés und Francisco Salinas zum Sicherheitsminister respektive Polizeichef ernannt. Die FMLN protestierte besonders gegen die Ernennung Salinas.

Ein weiterer Aspekt der Militarisierung in der Region sind die Einrichtung einer US-Militärbasis am Flughafen von San Salvador und die Eröffnung der vom US-Außenministerium finanzierten ILEA (International Law Enforcement

Academy) im Jahr 2006 in El Salvador.

In **Honduras** hat in den 80er Jahren kein vergleichbarer interner bewaffneter Konflikt wie in den Nachbarländern stattgefunden. Einen zentralen Machtfaktor im Staat bildete das dortige Militär gleichwohl, und beim ersten Anzeichen eines politischen Richtungswechsels wurde es im Juni 2009 zum Protagonisten eines Staatsstreichs gegen den Präsidenten Manuel Zelaya. In den Monaten nach dem Putsch verteidigte das Militär an der Seite der Polizei die Putsch-Regierung gegen den Ansturm der Widerstandsbewegung mit Einsätzen bei Demonstrationen, Folter und gezielten Hinrichtungen.

Heute wird das Militär bei Landkonflikten eingesetzt. In der Region Bajo Aguan stehen 3000 Soldaten 3500 Bauernfamilien gegenüber. Nach offizieller Diktion dient die „Operación Xatruch II“ der Befriedung des Konfliktes zwischen Kleinbauernorganisationen und Großgrundbesitzer_innen. Der katholische Pastor der Regionhauptstadt Tocoa, Juan José Colato, konstatiert jedoch, die Soldaten hätten sich bisher nur durch die Räumung von Plantagen



hervorgetan, die Kleinbauern und -bäuerinnen besetzt hatten. Die Zahl der ermordeten Kleinbauern sei dabei weiter gestiegen. Eine Legalisierung von Landtiteln, wie sie der geputschte Präsident Zelaya angestrebt hatte, ist nicht in Sicht. Die Militarisierung der Region ersetzt hier die Lösung des Landkonflikts auf dem Verhandlungsweg.

In der Frage der steigenden Alltagskriminalität geht die Regierung Porfirio

Lobo ebenfalls den bekannten Weg der „Harten Hand“: Seit dem Dezember 2011 gilt in Honduras der Ausnahmezustand: Das Militär ist angewiesen, der Polizei bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zur Seite zu stehen. Seit Ende September 2012 werden städtische Busse in Tegucigalpa und San Pedro Sula von bewaffneten Militärs begleitet. Auch hier wird die zweifellos erdrückende Kriminalität mit einer Kriegslogik beantwortet, während die soziale Ungleichheit als Ursache der Gewalt nicht einmal thematisiert wird.

Über die Polizei ist eine permanente Korruptionsdebatte im Gange – Auslöser war die Ermordung des Sohnes der Direktorin der größten honduranischen Universität UNAH durch einen Polizisten im September 2011. In Folge der öffentlichen Debatte über diesen Mordfall wurden die Führungskräfte der Polizei mehrmals ausgetauscht. Der aktuelle Chef der Nationalpolizei, Juan Carlos Bonilla, wird von Menschenrechtsorganisationen verdächtigt, in den 80er Jahren als Kopf einer Todesschwadron an „sozialen Säuberungen“ beteiligt gewesen zu sein, die sich mit Billigung der Polizeibehörden auf die Hinrichtung mutmaßlicher Krimineller spezialisiert hatte, darunter vor allem auf Straßenkinder.

Für Berta Cáceres, Direktorin der Indigenen-Organisation COPINH, ist es nicht einmal sicher, dass die Sicherheitsorgane der organisierten Kriminalität feindlich gegenüber stehen: „Militär und Polizei arbeiten unverfroren mit Paramilitärs, Killern und dem organisierten Verbrechen wie dem Drogenkartell „Los Zetas“ zusammen, um politische Repression auszuüben.“¹

Die honduranische Oligarchie kann sich offensichtlich leichter mit den internationalen Drogenunternehmen arrangieren als mit dem Aufbegehren der Bevölkerung.

In **Mexiko** hat das Militär seit den siebziger Jahren eine sehr aktive Rolle in der Gestaltung und Umsetzung der Sicherheitspolitik gespielt. Zum Beispiel war es verantwortlich für die Massaker von Tlatelolco und Corpus Cristi, bei denen 1968 bzw. 1971 in der Hauptstadt zahlreiche Student_innen ermordet wurden, die sich für mehr demokratische Freiheiten einsetzten. Doch diese Verbrechen des Staates sind bisher straflos geblieben. Das wenige, was zu ihrer Aufklärung getan wurde, ist den Anstrengungen der Zivilgesellschaft geschuldet. Ähnlich verhält es sich mit dem sogenannten Schmutzigen Krieg der siebziger Jahre, in dem Militärs Tod und „Verschwinden lassen“ über Menschen im gesamten Land brachten. Man spricht von der Epoche des Staatsterrorismus.

Mit der Begründung, bewaffnete Gruppen zu bekämpfen, begann das mexikanische Heer, ganze Bundesstaaten zu militarisieren. Am sichtbarsten hiervon betroffen sind Chiapas, Oaxaca und Guerrero. Auch wenn diese Bundesstaaten tatsächlich Operationsgebiete bewaffneter Gruppen waren und sind, sie sind auch die ärmsten Staaten mit den größten indigenen Bevölkerungsanteilen.

Der derzeitige Minister für Angelegenheiten Indigener im Bundesstaat Oaxaca, Adelfo Regino Montes, listete schon im Jahr 2000 auf, welche anderen Interessen die Militarisierung in dem Bundesstaat verfolge. So wolle die

Regierung internationalen Konzernen, dem IWF und der Weltbank ihre strategischen Interessen am Isthmus von Tehuantepec durch Militarisierung sichern².

Es ist die Regel, dass von der Anwesenheit von Militär in Mexiko schwere Menschenrechtsverletzungen ausgehen, wie uns der Direktor des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan de la Montaña* in Guerrero erklärte. Ein exemplarischer Fall für die Situation in den ländlichen, meist indigenen Gemeinden Mexikos ist der von Inés und Valentina: Diese Me´phaa-Frauen wurden von Soldaten vergewaltigt und erhielten Drohungen, als sie die Tat anzeigen wollten. Nur aufgrund ihres eisernen Willens gelang es ihnen, den Spießbrutenlauf des mexikanischen Justizsystems zu überstehen und den Fall vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof CIDH zu bringen. Dort wurde der mexikanische Staat verurteilt. Auch in diesem Fall ist der Fortschritt in der Erfüllung des Urteils nur den beiden Frauen zu verdanken, die nicht aufhörten, Gerechtigkeit einzufordern.

Zur Zeit ist der "Feind", der bekämpft werden soll, das organisierte Verbrechen. Dank der Ambivalenz des Begriffs kann sich dieses überall und nirgendwo befinden. So hat sich der mexikanische Staat auf einen Krieg gegen seine eigene Bevölkerung eingeschossen.

In der sechsjährigen Regierungszeit von Felipe Calderón wurden – laut der Wochenzeitung *Zeta* aus Tijuana – über 80.000 Menschen im Zusammenhang mit dem so genannten "Krieg gegen das organisierte Verbrechen" ermordet. Nicht alle gehen auf das Konto der Militärs, aber es ist eindeutig, dass deren Strategie die Gewalt im Land hat explodieren lassen.

Die größte Verantwortung trägt der Staat für die Untätigkeit des Justizsystems. Wir wissen von mindestens vier Mordfällen in unserem Bekanntenkreis in Ciudad Juárez, zu denen nie auch nur eine Ermittlungsakte angelegt wurde. Während einer Theatertournee mit zwei Theater-Aktivist_innen aus Juárez, die zum Ziel hatte, die Situation einer militarisierten Stadt zu schildern, wurden die Schauspielerinnen gefragt: "Warum tötet das Militär so viele Menschen?" Die Antwort war: "Es gibt wahrscheinlich viele Gründe, aber der wichtigste ist, dass sie es tun können und nichts passiert." Diese Antwort verdeutlicht, was Strafflosigkeit bedeutet: Das Gefühl der Täter_innen, keine Konsequenzen befürchten zu müssen.

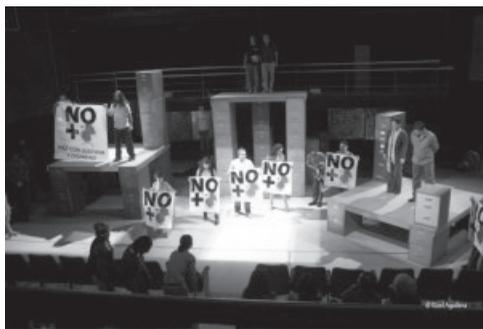
Nicaragua, die Ausnahme

Nicaragua ist die Ausnahme in der Region. Das gilt nicht nur für die gesellschaftliche Rolle von Polizei und Militär, sondern auch für die Sicherheitslage. Drogenhandel, Verbrechen, Gewalt und Morde sind lange nicht so ausgeprägt wie in Mexiko und den nördlichen Ländern Zentralamerikas.

Die Vermutung liegt nahe, dass dies in der Revolution von 1979 begründet liegt: Damals wurden sämtliche staatlichen Institutionen neu gegründet und die Nationalgarde des Diktators Somoza hörte auf zu existieren. Polizei und Militär wurden damals aus den Angehörigen der Guerilla der FSLN neu aufgebaut und genießen bis heute eine hohe Anerkennung in der Bevölkerung.

In diesem Jahr wurde Drogenkriminalität erstmals ein Medienthema. Anlass

war u.a. ein spektakulärer Kriminalfall, der auch ein Licht auf die Praxis mexikanischer Drogenkartelle warf. Am 20. August 2012 wurden 18 Mexikaner_innen beim Grenzübertritt von Honduras nach Nicaragua festgenommen. Sie behaupteten, Journalist_innen des mexikanischen Medienkonzerns



Televisa zu sein und über einen Drogenprozess in Managua berichten zu wollen. In den doppelten Böden der sechs Kleinbusse fand die Polizei 9,2 Millionen US-Dollar. Die Festgenommenen waren Drogenhändler_innen, die im südlichen Teil Zentralamerikas Kokain einkaufen und es nach

Mexiko transportieren wollten. Es war schon ihre 17. Einkaufstour innerhalb von zwei Jahren. Televisa bestritt jegliche Beteiligung, aber inzwischen gibt es erdrückende Beweise: Einige der Beschuldigten bestehen darauf, sie seien Angestellte von Televisa, und auch die Kleinbusse waren auf das Unternehmen angemeldet.

Die nicaraguanischen Sicherheitskräfte waren, verglichen mit den nördlichen Nachbarländern, bisher relativ erfolgreich im Kampf gegen den Drogenhandel. Dem Militär ist es in den letzten Jahren gelungen, große Mengen an Kokain zu beschlagnahmen (Zwischen 2000 und 2012 waren es 120 Tonnen). Der *International Narcotics Control Strategy Report* (INCSR) des US-Außenministeriums betont die gute Zusammenarbeit zwischen Nicaragua und den USA und lobt vor allem die Marine Nicaraguas. Auf diesem Gebiet als verlässlicher Partner dazustehen, ist für die Regierung Ortega ein entscheidender außenpolitischer Faktor und Garant einer eigenständigen Politik gegenüber den USA.

Die Rolle der USA

Wenn Militarisierung in Mexiko und Zentralamerika so stark mit dem Drogenhandel in die USA verknüpft ist, wie dies im Augenblick der Fall ist, spielen die USA natürlich eine wichtige Rolle. Der *war on drugs* der US-Administration ist der entscheidende Impuls für die Militarisierung der Region. Ganz vorne steht dabei das finanzielle Engagement der USA. Nach Mexiko sind in den Jahren 2008 bis 2011 über die Mérida-Initiative 1,6 Milliarden US-Dollar geflossen und es fließen weitere Beträge, um die mexikanischen Streitkräfte mit Helikoptern und Flugzeugen aufzurüsten. Für Zentralamerika existiert ein analoges Programm mit dem Namen *Central American Regional Security Initiative* (CARSI). Bis einschließlich 2012 sind darüber 466,5 Millionen US-Dollar geflossen. Diese Summen sind zumindest für Zentralamerika beträchtlich. Zum Vergleich: Der Verteidigungshaushalt von Nicaragua lag 2012

bei 67 Millionen US-Dollar.

Beide Initiativen laufen parallel zum Ausbau der militärischen Präsenz der USA in der Region: Zum 1. Juli 2008 wurde die 4. US-Flotte reaktiviert, die im Bereich Karibik, Zentral- und Südamerika operiert. Sie war während des Zweiten Weltkrieges geschaffen und 1950 aufgelöst worden. In jüngster Zeit bauen die USA auch ihre Militärbasen in der Region aus. Allein in Honduras sind seit dem Putsch 2009 vier neue US-Militärbasen entstanden, die nach offiziellen Angaben dem Krieg gegen die Drogen dienen.

Zur Militarisierung in der Region tragen die USA nicht nur durch finanzielle Unterstützung des Militärs bei, sie sind indirekt auch an der Aufrüstung der „Gegner“ beteiligt. Drogenkartelle und organisiertes Verbrechen profitieren von den liberalen Waffenvorschriften in den USA und besorgen sich dort problemlos Waffen und Munition.

Auch die Bundesrepublik ist am Waffenexport an das mexikanische Militär beteiligt. Laut Rüstungsexportberichten ist für die Jahre 2007 - 2009 ein sprunghafter Anstieg der Kriegswaffenexporte von Deutschland nach Mexiko zu verzeichnen. Die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern und der „Gemeinsame Standpunkt des (Europäischen Rates“ (2008/944/GASP) verpflichten die Bundesregierung jedoch, bei Rüstungsexporten der Einhaltung der Menschenrechte in den Empfängerländern besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Ähnlich bedenklich ist ein in Planung befindliches Abkommen zur Polizeizusammenarbeit zwischen Deutschland und Mexiko (siehe auch „Aktivitäten der Menschenrechtskoordination Mexiko“, Seite 19).

Die wirtschaftliche Bedeutung der organisierten Kriminalität in der Region

Es liegt in der Natur der Sache, dass es über die wirtschaftliche Bedeutung der organisierten Kriminalität in der Region nur Schätzungen gibt. Die folgenden Zahlen liefern folglich nur Anhaltspunkte. Das *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNODC) schätzte allein die Höhe des Umsatzes mit Kokain (inklusive Crack) in den USA im Jahr 2009 auf 37 Milliarden US-Dollar. Nicht nur der Kokain-Markt sondern auch das Geschäft mit Heroin werden nach Auffassung von UNODC zu über 90% von den mexikanischen Drogenkartellen kontrolliert. Bei beiden Produkten gehen 99% des Geldes an den Drogenhandel, nur ein Prozent geht an die Produzent_innen. Kurz, die mexikanischen Kartelle nehmen Milliarden ein und sind damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Milliarden werden im weltweiten Bankensystem relativ problemlos gewaschen und legal in der realen Wirtschaft investiert.

Seit der Militarisierung der Drogenbekämpfung in Mexiko hat sich die organisierte Kriminalität in Richtung Süden ausgebreitet. So sind die Kartelle 'Sinaloa' und 'El Golfo' inzwischen in Guatemala, El Salvador und Honduras anzutreffen.

Militarisierung der Grenzkontrolle

Der zwischen Mexiko und den USA ausgehandelte „Plan Sur“, der im Juli 2001 in Kraft trat, reguliert die Migration aus den mittelamerikanischen Ländern. Er sieht die Militarisierung der Grenzregion zwischen Mexiko und Guatemala vor, sein Wirkungsraum erstreckt sich jedoch bis weit nach Zentralamerika hinein.

„Wer ist schuld?“ und vor allem: „Kann man etwas dagegen tun?“

Auf der Suche nach den Ursachen der Militarisierung in der Region sind wir auf verschiedene, teils widersprüchliche Erklärungen gestoßen. Wissenschaftler_innen aus den betroffenen Ländern und Vertreter_innen unserer Partnerorganisationen vertraten die folgenden Ansichten:

1. „Die USA sind tatsächlich an einer Bekämpfung des Drogenhandels interessiert.“

An Drogenbekämpfung besteht in den USA ein hohes öffentliches Interesse. Um dem nachzukommen, versucht die US-Außenpolitik mit der Drogenbekämpfungsbehörde DEA und militärischen Programmen von der *Iniciativa Merida* bis zum *Plan Colombia*, Drogenproduktion und Drogenhandel in Lateinamerika zu bekämpfen. Sie setzt auf eine Zusammenarbeit mit den lokalen Sicherheitskräften, die sie zu diesem Zweck aufrüstet. Das war im Fall von Nicaragua und bedingt auch in Kolumbien erfolgreich.

2. „Die Militarisierung ist die falsche Antwort auf die real zunehmende Gewalt, denn diese ist ein Produkt sozialer Ungleichheit und der Dysfunktion des Staates.“

„Warum gibt es in Honduras so viel Gewalt?“, fragt der honduranische Jesuitenpater Ismael Moreno, und seine Antwort geht weit über das Gewaltproblem in Honduras hinaus. Er benennt folgende Ursachen:

* Die Gefährdung der Jugendlichen:
„*La vida loca*“, das Leben in der organisierten Kriminalität, werde immer dann attraktiv, wenn die soziale Ungleichheit besonders groß ist, für ärmere Schichten keine Perspektive auf Teilhabe am Reichtum besteht und deren soziale Strukturen zerfallen.

Die Konzentration der gesamten honduranischen Wirtschaft in den Händen von nicht mehr als zwölf Oligarchenfamilien führe zur Lähmung der Klein- und Mittelbetriebe und einer entsprechenden Stagnation der Wirtschaft, die den meisten Honduraner_innen keine Perspektive anbieten kann. Die Konzentration von Landbesitz in den Händen der selben Familien zu-

ungenunsten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft führe zu Landflucht und so unweigerlich zur Vergrößerung der städtischen Elendsviertel, in denen die Kriminalität sich als Hoffnung für den Weg aus der Misere anbietet.

- * Die allgemeine Schwäche und mangelnde Legitimität sämtlicher staatlichen Institutionen von Polizei und Militär über die Justiz bis zu Parlamenten und Parteien, welche ihrerseits von den Interessen der Oligarchie bestimmt werden. Für Angestellte des Staates, die es nie anders gewohnt waren, als privaten Machtinteressen zu dienen statt dem Wohle aller, sei es ein unbedeutender Schritt, statt von einem lokalen Oligarchen von einem mexikanischen Drogenkartell bestochen zu werden.³

Was Padre Ismael Moreno für Honduras beschreibt, gilt ebenfalls für die nördlichen Nachbarländer. Angela Reyes schreibt in ihrem Essay „Wer kocht da welches Süppchen?“, der im Infoblatt Nr. 80 veröffentlicht wurde: „Nach Ansicht des Soziologen Luis González mangelt es der salvadorianischen Sicherheitspolitik generell an Strategie. [...] Die schon seit der Regierung Präsident Tony Sacas eingeschlagene Richtung, Patrouillen aus Polizei und Militär auf dem Land und in städtischen Konfliktzonen einzusetzen, hält er für einen Irrweg. ‘Das ist kein Plan. Das ist eine repressive Linie gegen die Banden, aber das hat nichts mit einem Plan zu tun, der auf Integration abzielen muss, ermöglichen muss, dass etwa jungen Bandenmitgliedern das Aussteigen ermöglicht wird.’“⁴

Dass der Linie der „Harten Hand“ der Vorzug vor einer Bekämpfung der Ursachen gegeben wird, ist Resultat der Dominanz der Militärs in der Politik, des militärischen Denkens in den zentralamerikanischen Regierungen und des Interesses der herrschenden Schichten am Erhalt der sozialen Ungleichheit.

3. „Die Militarisierung ist eine Strategie der Industrieländer zur Sicherung des Zugangs zu Ressourcen. Dass man die Straßensriminalität und den Drogenhandel damit bekämpfen will, ist ein bloßer Vorwand und als Strategie gescheitert.“

Oscar Fernández, Berater der FMLN-Parlamentsfraktion in Sicherheitsfragen, sieht die Berufung von Ex-Militärs in das Sicherheitskabinett der salvadorianischen Regierung als Teil einer US-Strategie: „Das – sehr reale – Problem des Drogenhandels dient den USA als Vorwand für weit politischere Ziele. Es geht ihnen um Südamerika, wo sie an Hegemonie verloren haben.“⁵

Der salvadorianische Ökonom Raúl Moreno spricht in diesem Zusammenhang von einer „hegemonialen Strategie“ der Industrieländer, die drei Komponenten enthalte: Zum einen würden mit Freihandelsabkommen die politischen Spielräume der nationalen Regierungen eingeschränkt und optimale Bedingungen für die transnationalen Firmen geschaffen. Die zweite Komponente seien Mega-Infrastrukturprojekte, mit denen die Infrastruktur bereitgestellt werde, die für die Ausbeutung der Naturressourcen und Bodenschätze notwendig sei. Und die dritte Komponente sei die Militarisierung, die einen Machtzuwachs für

die lokalen militärischen Eliten mit sich bringe und den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft begrenze.⁶

Die Vermutung, die USA verstecke ihre hegemonialen Interessen hinter konsensfähigeren Begründungen wie dem Kampf gegen den Kommunismus, den Terrorismus oder den Drogenhandel, ist in weiten Teilen der Welt zu einem Allgemeinplatz geworden, worunter die Legitimität der US-Außenpolitik stark gelitten hat.

Der Ökonom Raúl Moreno betont, dass die Europäische Union den USA nicht nachstehen möchte bei dem Wettlauf um den Zugriff auf die weltweit knapper werdenden natürlichen Ressourcen. Moreno verweist auf das EU-Papier „Wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“, in dem es heißt: „Die europäische Industrie benötigt den Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Energie, Rohstoffe, [...] und dieser Zugang darf nicht beschränkt werden, sofern sich dies nicht aus Gründen des Umweltschutzes oder der Sicherheit rechtfertigen lässt.“⁷



4. „Organisierte Kriminalität ist ein fester Bestandteil des (mexikanischen) Wirtschaftssystems.“

Der mexikanische Soziologe und Publizist Carlos Fazio nimmt an, die mexikanische Regierung strebe nicht grundsätzlich den Kampf gegen die organisierte Kriminalität an: „Es besteht eine dynamische Verbindung zwischen Neoliberalismus, Korruption, Gewalt, Privatisierung der Sicherheit, zwischen dem Staat, der formellen und informellen Wirtschaft und der organisierten Kriminalität.“ In diesem Geflecht sei der mexikanische Staat nur ein weiterer Akteur neben den Konzernen und Kartellen. Da die Hegemonie über weite Teile des Landes in den Händen krimineller Mafiastrukturen liege, benutze das Regime von Calderón die Zwangsmaschinerie des Staates, um Spielregeln zu seinen Gunsten durchsetzen.⁸ „Calderóns Krieg gegen die Kartelle war kein Kampf gegen das Böse, sondern ein Ringen um die Früchte einer durch und durch kriminellen Wirtschaft“, zitiert Spiegel-online Carlos Fazio.⁹

Welche dieser Thesen am ehesten zutrifft, welche sich ergänzen oder widersprechen, wird Gegenstand weiterer Recherchen und Diskussionen sein.

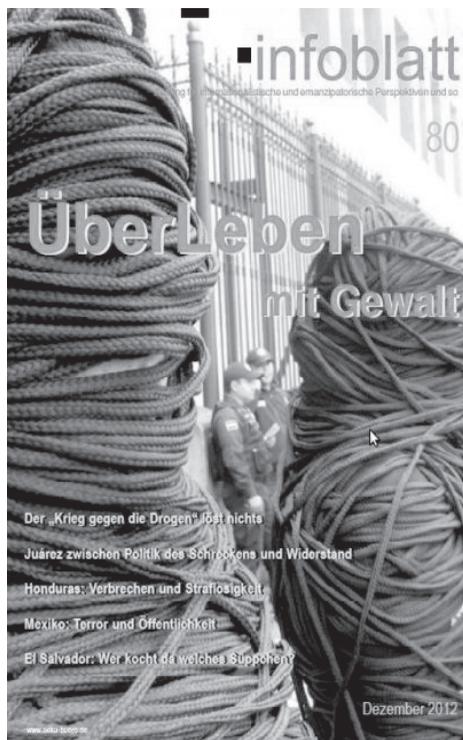
Militarisierung ist gleichzeitig die Ursache und die Folge einer gesellschaftlichen Spaltung, in der die Demokratisierung stets aufs Neue erkämpft werden muss. Hauptbetroffene ist die Zivilbevölkerung, deren Anstrengungen, sich selbst zu entfalten, in dem allgemeinen Klima der Angst einen schweren Stand haben. Die soziale Ungleichheit, die Macht der nationalen Eliten, die Interessen der internationalen Konzerne und das neoliberale Wirtschaftsmodell werden durch die Militarisierung eher gestützt als gefährdet, auch wenn sich einige der Länder an der Grenze zum *failed state* bewegen.

Die langfristig wirksamste Maßnahme gegen Kriminalität und Militarisie-

rung ist eine funktionierende Zivilgesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit. Unsere Solidarität gilt weiterhin den Gruppen und Organisationen in Zentralamerika und Mexiko, die trotz der zunehmenden Gewalt für diese Ziele eintreten. Dass sie dabei weder die nationalen Regierungen noch die Interessen des Nordens auf ihrer Seite haben, ist in der Region ein gewohnter Zustand.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zum Jahresschwerpunkt Militarisierung

Infoblatt-Schwerpunkt “ÜberLeben mit Gewalt”



Wie sich Militarisierung, (para-) militärische Gewalt und Straflosigkeit auf das tägliche Leben der Menschen in Zentralamerika und Mexiko auswirken, war die leitende Frage für die Zusammenstellung des Infoblatt-Schwerpunktheftes “ÜberLeben mit Gewalt”, das im Dezember 2012 erschienen ist. Enthalten ist ein Interview unseres Mitarbeiters Eberhard Albrecht mit der honduranischen Indigenen-Aktivistin Bertha Cáceres, in dem sie den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Gewalt und der neoliberalen Agenda des Präsidenten P. Lobo analysiert.

Aktivitäten zur Militarisierung in Mexiko

In der Mexiko-Arbeit haben sich unsere wichtigsten Aktivitäten im Jahr 2012 mit den verschiedenen Facetten und Folgen der Militarisierung in Mexiko auseinandergesetzt.

Die allgemeine Meinung, dass der Regierung nichts anderes übrig bleibe, als mit militärischen Mitteln gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen, trifft unserer Ansicht nach nicht zu. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigene



*Guadalupe de la Mora
während der Lesung von
Telón de Arena in
München*

Sicht der Dinge zu präsentieren, haben wir Guadalupe de la Mora und Perla de la Rosa vom Theaterkollektiv Telón de Arena aus Ciudad Juárez und den Historiker und Journalisten Carlos Fazio zu zwei Informationsrundreisen eingeladen.

Theaterperformance-Tournee mit Telón de Arena

Mit *Telón de Arena* verbindet uns eine langjährige gute Zusammenarbeit. Sie sind ein professionelles Theaterkollektiv, das sich über eine hochwertige Kunstdarstellung mit dem Alltag ihrer Gesellschaft auseinandersetzt. In den vergangenen Jahren hat Telón drei Tourneen hierzulande erfolgreich veranstaltet. Dieses Jahr wollten wir ein anderes Format der Zusammenarbeit probieren. Die beiden Kunstaktivistinnen besuchten Ende November zwölf Städte in Deutschland, Schweiz und Österreich. In gut besuchten Veranstaltungen lasen sie ein Fragment des Theaterstücks „*El Enemigo*“. In diesem geht es um verschiedene Momente des „Krieges“. Das Stück stellt reale Situationen dar. Danach erläuterten sie in einem Vortrag die schrecklichen Konsequenzen des „Drogenkriegs“ für die Stadt Ciudad Juárez. Sie erwähnten den eklatanten Anstieg der Morde in der Stadt seit der Ankunft von Militär und Bundespolizei. 100.000 Häuser seien von ihren Bewohner_innen verlassen worden, die aus der Stadt geflohen sind. Die Zahl der verwaisten Kinder soll 10.000 betragen und die Armut sei um 40 Prozent gestiegen.

Perla und Guadalupe sind sich einig: „Das Theater kann die Kugeln nicht

aufhalten, aber wir können versuchen, damit das Gewissen der Menschen zu berühren“. In München fand die Veranstaltung mit Telón de Arena am 21. November im EineweltHaus statt. Mehr über die Arbeit von Telón de Arena findet sich unter www.telondearena.org. Wir bedanken uns bei Telón de Arena für die Fotos aus dem Stück „El Enemigo“, mit denen wir den vorangegangenen Bericht zu Militarisierung illustriert haben.

Vortragsrundreise mit Carlos Fazio

Carlos Fazio ist ein in Uruguay geborener Historiker und Journalist, der seit mehr als dreißig Jahren in Mexiko lebt. Sein Geburtsort ist insofern wichtig, da Carlos die Anfänge der Militärdiktaturen in Uruguay und Argentinien am eigenen Leib erfahren hat. Wir haben ihn im Dezember zu einer Vortragsrundreise an Hochschulen eingeladen. Carlos Fazio vertritt die These, dass es im so genannten Drogenkrieg nicht wirklich um die Bekämpfung der Kartelle geht, sondern die mexikanische Regierung die Gelegenheit nutzt, um andere Vorhaben gegen die Zivilbevölkerung zu rechtfertigen.

Seiner Meinung nach hat die Militarisierung und Gewalt in Mexiko das Ziel, die Vertiefung der neoliberalen Maßnahmen und der Wirtschaftsreformen zugunsten der Interessen der USA, insbesondere im Energiesektor durchzusetzen. Dafür muss der Staat die möglichen Proteste und sogar Aufstände der Bevölkerung durch eine Art präventiven Angriff neutralisieren (siehe auch Analyse Militarisierung Seite 14 [These 3]). Es fanden Vorträge in Berlin, Hamburg, Kassel und Freiburg statt.

Mehr über Fazios Arbeit findet sich auf dessen Blog: <http://clasefazio.wordpress.com/>

Tagung und Aktivitäten der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko zur Militarisierung

Dass wir die beiden Rundreisen zum Thema Militarisierung so nah beieinander veranstaltet haben, lag an der dritten unserer Aktivitäten, die mit dem Schwerpunkt unserer Arbeit im Jahr 2012 zu tun hatte: Unsere Rundreisegäste waren auch als Referent_innen bei der Tagung der Menschenrechtskoordination Mexiko zum Thema „Rechtsstaat Mexiko?“ eingeladen. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung vom 30. November bis 2. Dezember in Berlin statt.¹⁰ Neben der Einladung der drei Referent_innen engagierte sich das Öku-Büro sich auch inhaltlich sowie logistisch bei der Vorbereitung der Tagung.

Wir trafen uns mit Vertreter_innen der mexikanischen Zivilgesellschaft und fast zweihundert Menschenrechtsverteidiger_innen, Aktivist_innen, Mitarbeiter_innen von Hilfswerken, Student_innen und interessiertem Publikum. Carlos Fazio nahm an der Podiumsdiskussion „Alternativen zum Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko“ und dem Forum „Instrumentalisierung des Drogenkrieges“ teil, Perla und Guadalupe nahmen an

dem Forum "Auswirkungen von Militarisierung" teil und lasen im Rahmen des Kulturprogrammes der Tagung Fragmente aus ihrem Theaterstück "El Enemigo".

In zehn verschiedenen Foren und Podiumsdiskussionen setzten sich die Teilnehmer_innen mit der Frage der Rechtsstaatlichkeit in Mexiko auseinander. Die Militarisierung sowie die Instrumentalisierung des „Drogenkriegs“ hatten einen wichtigen Platz in den Diskussionen. Die Tagung befasste sich auch mit dem aktuellen Verhältnis der Bundesrepublik und der EU zur Lage in Mexiko. Derzeit verhandeln die mexikanische Regierung und die Bundesregierung ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Die Mexiko Koordination meint dazu: „Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko betrachtet die mexikanischen Bemühungen um ein zwischenstaatliches Abkommen zur Polizeizusammenarbeit mit Deutschland als Teil der außenpolitischen Imagepflege. Wegen systematischer und umfangreicher Menschenrechtsverletzungen durch mexikanische Polizeikräfte bestehen schwerwiegende Bedenken



Bischof Raul Vera rechte während der Tagung mit der Situation in Mexiko ab.

gegen ein solches Abkommen. Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko rät der Bundesregierung daher in ihrem Positionspapier vom 23. Januar 2012 zur Ablehnung eines solchen Abkommens.¹¹ Damit unterstreicht das Netzwerk seine Haltung, die am 15. Juli 2011 anlässlich des Besuchs von Bundesaußenminister Westerwelle in Mexiko in einem offenen Brief bekannt gemacht wurde. Erforderlich ist zum jetzigen Zeitpunkt vielmehr: Mexiko muss den Anforderungen an einen Rechtsstaat - insbesondere im Bereich der Menschenrechte - nachkommen. Wie aus der Antwort der Bundesregierung vom 28.12.2011 auf eine parlamentarische Anfrage hervorgeht, befinden sich die Verhandlungen zu dem Abkommen noch im Anfangsstadium.¹² Wir haben innerhalb der Koordination ein Positionsschreiben dazu erarbeitet.¹³ Während einer Podiumsdiskussion bei der Tagung hat das Publikum einen Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums mit der Frage konfrontiert, wie Deutschland ein Abkommen mit einem Land abschließen kann, in dem gravierende Menschenrechtsverletzungen öffentlich dokumentiert sind. Er antwortete, dass die Bundesregierung Mexiko als eine junge Demokratie betrachtet. Diese Aussage bewerten wir als respektlos gegenüber den Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Wir selbst haben viele Personen begleitet, die ihre Situation vor Ange-

Die Kinderbetreuung machte für viele Eltern die Teilnahme an der Tagung möglich.



hörigen der Bundesregierung vorgetragen haben. Es bleibt für uns ein bitterer Beigeschmack, dass die deutschen Bürokrat_innen lieber ihren mexikanischen Kolleg_innen glauben. Wir vermuten, dass sie sich nicht mit der Wirklichkeit in Mexiko befassen wollen, denn wenn es so wäre, müsste die deutsche Regierung ihre Beziehungen zu Mexiko stark überdenken. Und da Mexiko einer der wichtigsten Handelspartner für Deutschland ist, ist niemand bereit, diese Geste der Anerkennung der mexikanischen Regierung infrage zu stellen.

Ein weiteres Thema der Tagung befasste sich mit der deutschen und europäischen Verantwortung im so genannten „Drogenkrieg“ in Mexiko: die Rüstungsexporte. Sowohl deutsche als auch europäische Rüstungskonzerne machen Geschäfte mit Mexiko. Auch dazu hatte die Menschenrechtskoordination Mexiko bereits Stellung bezogen: „Rüstungsexporte nach Mexiko sind aus Sicht der Menschenrechtskoordination nicht mit den geltenden EU-Bestimmungen und Richtlinien der Bundesregierung vereinbar. Laut Rüstungsexportberichten der Bundesrepublik Deutschland ist für die Jahre 2007 - 2009 ein sprunghafter Anstieg der Kriegswaffenexporte von Deutschland nach Mexiko zu verzeichnen. Die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern und der „Gemeinsame Standpunkt des (Europäischen) Rates“ (2008/944/GASP) verpflichten die Bundesregierung jedoch, bei Rüstungsexporten der Einhaltung der Menschenrechte in den Empfängerländern besondere Aufmerksamkeit zu schenken.“¹⁴ Das Positionspapier geht darauf ein, dass in Mexiko Folter eine systematische, allgemeine und straffreie Praxis ist und willkürliche Verhaftungen von Führer_innen und Mitgliedern sozialer Bewegungen an der Tagesordnung sind. Das Papier konstatiert, dass angesichts der in Mexiko herrschenden gesellschaftlichen Realität, der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern mit den für die Bundesregierung geltenden Richtlinien nicht vereinbar ist. „Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko schließt sich daher dem vom Menschenrechtsbeauftragten der deutschen Bundesregierung, Markus Löning, geforderten generellen Exportstopp für Kriegswaffen nach Mexiko an.“ Besonders in der Podiumsdiskussion am Anfang der Tagung und im Forum „Waffenexporte und Sicherheitsabkommen“ machten die Teilnehmer_innen ihre

Ablehnung solcher Geschäfte deutlich.

Eine Veranstaltung wie die Tagung „Rechtsstaat Mexiko?“ bietet uns die Gelegenheit, uns mit anderen Akteur_innen der Mexiko-Solidarität auszutauschen, Strategien für unsere Arbeit zu entwickeln, sowie unsere Meinung über die Lage in Mexiko bekannter zu machen. Die Aufmerksamkeit der Tagung in der Presse war größer als bei Tagungen vergangener Jahre, so haben wir zumindest ein Ziel erreicht. Jetzt müssen wir noch mehr arbeiten, um unseren solidarischen Beitrag zu einem Wandel der mexikanischen Gesellschaft vollständiger zu machen.

Die Medien haben die Anwesenheit unserer Gäste genutzt. Interviews mit Carlos Fazio wurden von den Sendungen *Estacion Sur* (WDR5-Funkhaus Europa)¹⁵ und *Raices Nomádes* (Radio Dreieckland) präsentiert. Für das Internetportal der Deutschen Welle wurde er nach dem Vortrag in Hamburg interviewt.¹⁶ Auch die Redaktion von Spiegel-online zitierte Fazio in einem Artikel über die Tagung.¹⁷ Perla de la Rosa und Guadalupe de la Mora waren als Studiogäste in der Sendung „*Raices Nomádes*“ von Radio Dreieckland, bei Radio RaBe in Bern und in der Sendung „Mexiko anders“ von Radio Fabrik in Salzburg. Perla de la Rosa gab ein Interview für die Sendung „Alle Welt on Air“ in Köln.

Bundes- und Koordinationstreffen der El Salvador-Solidarität 2012

Das diesjährige Koordinationstreffen fand vom 16.-18. November in Frankfurt am Main statt. Unter dem Titel: „Links, zwei, drei – (Re-)Militarisierung in El Salvador“ sollten die Kontinuitäten, Traditionslinien – aber auch Brüche – in der Politik der Öffentlichen Sicherheit seit Ende des Bürgerkrieges in El Salvador diskutiert werden.

Als Referent_innen aus El Salvador waren die Menschenrechtsanwält_innen Zaira Navas und David Morales eingeladen. Zaira Navas ist vormalige Generalinspektorin der Zivilen Nationalpolizei (PNC) und aktuelle Direktorin des Nationalrates für Kindheit und Jugend (Consejo Nacional de



*El Salvador Bundestreffen
in Frankfurt*

la Niñez y Adolescencia, CONNA). David Morales leitet seit 2009 die Menschenrechtsabteilung des salvadorianischen Außenministeriums.

David Morales kritisierte in seinem Vortrag, dass 20 Jahre nach dem Friedensabkommen, das die Rolle der Militärs auf die Verteidigung der nationalen Souveränität beschränkte, zwei Generäle an die Spitze der Zivilen Nationalpolizei PNC und des Sicherheitsministeriums berufen wurden. Ende 2011 wurde der bisherige Verteidigungsminister General David Munguía Payés zum neuen Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit ernannt. Munguía ersetzt Manuel Melgar, der seinen Rücktritt eingereicht hatte. Der ehemalige General Francisco Salinas wurde Anfang 2012 zum Direktor der PNC ernannt. Beide Generäle schieden erst am Tag vor der Ernennung zum Minister bzw. zum Polizeidirektor aus dem Militärdienst aus.

Die neue PNC, die nach den Friedensverträgen geschaffen wurde, sollte sich mittels Quotierung zu jeweils 20 Prozent aus Exkämpfern von Guerilla und Militär und zu 60 Prozent aus Zivilist_innen zusammensetzen. Allerdings versuchte das Militär, Spitzenpositionen in der PNC mit seinen Angehörigen zu besetzen. Alte Einheiten wie z.B. diejenige, welche Delikte untersucht und die Anti-Drogeneinheit wurden komplett in die neue PNC übernommen. Diese Einheiten sind für viele politische Morde Anfang der 90er Jahre verantwortlich, außerdem bauten sie paramilitärische Strukturen auf. Bereits seit 1995 patrouillieren militärische Einheiten auf dem Land, angeführt werden sie jeweils von einem Polizisten.



Zaira Navas und David Morales legten viele Kilometer mit den Zug zurück.

Morales bezeichnete diese Entwicklungen als besorgniserregend und verfassungswidrig. Gleichzeitig betonte er aber, dass nicht von einer Remilitarisierung gesprochen werden könne, da die Strukturen der öffentlichen Sicherheit auch zuvor militärisch geprägt gewesen seien. Die demokratischen Reformen des Polizeiapparates, die in den Friedensverträgen festgelegt worden waren, seien von der ARENA-Regierung blockiert worden. So sei es nie zu einer klar zivilen Ausrichtung der Polizei gekommen.

Zaira Navas berichtete, dass unter der FMLN-Regierung ab 2009 ein Sicherheitskabinett geschaffen wurde, in dem alle Instanzen, welche mit öffentlicher Sicherheit befasst sind, vertreten sind (Justiz, Staatsanwaltschaft, PNC mit der Generalinspektion, Menschenrechtsorganisationen). Trotz aller Differenzen unter den Mitgliedern gab es einen Konsens bezüglich einer neuen Sicherheitspolitik, die einen stärkeren Fokus auf Prävention und institutionelle und legale Reformen legen sollte.

Präsident Funes unterstützte dieses Sicherheitskabinett und auch das Generalinspektorat der PNC. Es gab aber starken medialen Gegenwind gegen das Sicherheitskabinett. So wurde eine Strafanzeige wegen Verleumdung gegen die damalige Generalinspektorin Zaira Navas gestellt, was die Untersuchung der Generalinspektion verzögerte und in einigen Fällen zur Verjährung der Taten führte.

Nachdem General Salinas zum Polizeidirektor ernannt worden war, reichte Generalinspektorin Zaira Navas ihren Rücktritt ein, um die Vorgänge nicht zu legitimieren. Ihr Nachfolger, ein Richter, der auf organisiertes Verbrechen spezialisiert ist, schloss Untersuchungsakten, die noch hätten bearbeitet werden können.

Die Vorträge der beiden Referent_innen wurden in Arbeitsgruppen vertiefend diskutiert. Weiterhin gab es reichlich Raum für die beteiligten Organisationen und Gruppen, sich zu vernetzen und weitere Aktionen zu planen.

Die Botschafterin El Salvadors in Berlin, Anita Escher, informierte über zwei anlaufende Initiativen der salvadorianischen Regierung: Es soll eine Untersuchung der chronischen Niereninsuffizienz stattfinden, die in Bajo Lempa mit großer Häufigkeit bei Landarbeitern diagnostiziert wird und die mit Pestizideinsatz in Verbindung gebracht wird. Weiterhin soll das Jahr 2013 zum „Jahr der Bildung“ in El Salvador ausgerufen werden und eine Alphabetisierungskampagne wird gestartet. 18 Prozent der salvadorianischen Bevölkerung sind Analphabet_innen, davon 62 Prozent Frauen.

Vortragrundreise „Links, zwei, drei – (Re-)Militarisierung in El Salvador“ mit den salvadorianischen Menschenrechtsanwält_innen Zaira Navas und David Morales

Um eine breitere Öffentlichkeit für ihre Themen und Anliegen zu erreichen, machten die beiden Gäste des diesjährigen Bundes- und Koordinationstreffens der El Salvador-Solidaritätsgruppen eine bundesweite Rundreise. Die Rundreise wurde unter Einbeziehung verschiedener lokaler Organisationen wie dem Weltladen Marburg, dem Oscar-Romero-Haus in Bonn, der Werkstatt Solidarische Welt in Augsburg, verschiedener Amnesty-Gruppen in Berlin, der AG Landrechte Zentralamerika, dem Allerwelthaus in Köln, Zapapres in Köln und der evangelischen Matthias-Claudius-Gemeinde in Kiel durchgeführt.

Auf dem Programm standen neben zahlreichen Abendveranstaltungen auch Gespräche an Schulen, Treffen mit Politiker_innen und Presseterminen.

El Salvador-Arbeitskreis

Der El Salvador-Arbeitskreis diskutierte Texte zum Themenschwerpunkt „Militarisierung“, beteiligte sich an der Planung und Durchführung des Bundestreffens zum gleichen Thema und organisierte die Veranstaltung mit Zaira Navas und David Morales am 6.11. in der Ligsalz8 in München.



Veranstaltung mit Zaira und David in Berlin

- 1 Infoblatt 80, Seite 36
- 2 <http://www.jornada.unam.mx/2000/03/13/oja-oaxaca.html>
- 3 Zeitschrift Envío Nr. 352, Mai 2012. <http://www.envio.org.ni/articulo/4521>
- 4 Infoblatt 80, Dezember 2012, Seite 15. <http://www.oeku-buero.de/infoblatt.html?file=files/docs/Infoblatt/Infoblatt%20Schw%2080.pdf>
- 5 Infoblatt 80, Dezember 2012, Seite 16. <http://www.oeku-buero.de/info-blatt-80/articles/wer-kocht-da-welches-sueppchen.html>
- 6 http://www.oeku-buero.de/files/docs/Laender/iz3w310_s9.pdf
- 7 http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130468.pdf
- 8 www.rechtsstaat-mexiko.de/2012/11/29/la-violencia-en-el-mexico-actual-y-su-nueva-vertiente-en-el-norte-del-pais.html
- 9 <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/mexiko-ausblick-auf-die-drogenstrategie-von-praesident-pena-nieto-a-870547.html>
- 10 <http://www.rechtsstaat-mexiko.de>
- 11 http://www.mexiko-koordination.de/component/docman/doc_view/120-positionspapier-polizeizusammenarbeit.html?Itemid=53
- 12 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/082/1708275.pdf>, Seite 7.
- 13 http://www.mexiko-koordination.de/component/docman/doc_view/120-positionspapier-polizeizusammenarbeit.html?Itemid=53
- 14 http://www.mexiko-koordination.de/component/docman/doc_view/113-ruestungsexporte-und-menschenrechte-in-mexiko-19102011.html?Itemid=53
- 15 http://ondemand-http.wdr.de/mediendb/fhe/audio/spanisch/estacion_sur/2012/Fazio_inter_021212.MP3?ds1Src=http://ondemand-http.wdr.de/mediendb/fhe/audio/spanisch/estacion_sur/2012/Fazio_inter_021212.MP3
- 16 <http://www.dw.de/m%C3%A9xico-necesita-de-la-solidaridad-mundial/a-16428068>
- 17 <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/mexiko-ausblick-auf-die-drogenstrategie-von-praesident-pena-nieto-a-870547.html>

Länderbericht

El Salvador

Mauricio Funes ist der erste salvadorianische Präsident, der auf dem Ticket der FMLN gewählt wurde. Die Regierung Funes hat sich allerdings häufig sehr fern der FMLN positioniert. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2014 wird die FMLN wieder einen ehemaligen Guerrilla-Kommandanten ins Rennen schicken – einen, von dem weniger Überraschungen zu erwarten sind.

Zwanzigster Jahrestag der Friedensverträge und ein Präsident entschuldigt sich

Am 16. Januar 2012 jährte sich die Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen der damaligen Regierung El Salvadors und der Guerrillaorganisation FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) zum zwanzigsten Mal. Mauricio Funes, der Präsident El Salvadors, nahm diesen Jahrestag zum Anlass, um sich nach über dreißig Jahren im Namen des salvadorianischen Staates bei den Angehörigen der Opfer des Massakers von El Mozote zu entschuldigen. In El Mozote, im Norden des Departments Morazán, hatte das größte Massaker des salvadorianischen Militärs an der Zivilbevölkerung während des Bürgerkrieges stattgefunden. Bei dem Massenmord wurden im Dezember 1981 ca. 900 Zivilist_innen von Regierungstruppen ermordet. Es gilt als größtes Kriegsverbrechen in der Geschichte Mittelamerikas. In der Rede, die Funes am Ort des Verbrechens hielt, heißt es:

„Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte bitte ich die Familien der Opfer und die benachbarten Gemeinden um Verzeihung. Ich bitte die Mütter, Väter, Söhne, Töchter, Brüder, Schwestern um Verzeihung, die bis heute nicht wissen, wo ihre geliebten Familienangehörigen sind. Ich bitte das salvadorianische Volk um Verzeihung, das Opfer solch brutaler und unerträglicher Gewalt wurde. Diese Bitte um Verzeihung beabsichtigt nicht den Schmerz auszulöschen - sie ist ein Akt der Schuld-Anerkennung und der Wiedergutmachung an den Opfern dieser Tragödie. Diese Bitte um Verzeihung ist Ausdruck unserer Verpflichtung, den Angehörigen der Opfer moralische und materielle Entschädigung zu leisten, in dem Maße



Präsident Funes

wie es dem Staat möglich ist. Diese Bitte um Verzeihung bedeutet auch, gegenüber dem salvadorianischen Volk und der Geschichte Verantwortung zu übernehmen, denn in dem Maße wie die Wahrheit ans Licht kommt und Gerechtigkeit geschaffen wird, errichten wir die Grundlagen für den Frieden und das friedliche Zusammenleben.“



Denkmal in El Mozote

Neben der sicherlich hohen Bedeutung der symbolischen Anerkennung sind auch konkrete Programme zur Wiedergutmachung in Angriff genommen worden. So wurde bereits im Februar in El Mozote eine Gesundheitsstation (Equipo Comunitario de Salud Familiar) eröffnet. Weiterhin

wurden die verschiedenen Wirtschaftsbereiche des Ortes gestärkt und Infrastrukturarbeiten u.a. im Straßenbau vorangetrieben, zum Beispiel im Straßenbau. Angesichts des nach wie vor bestehenden Amnestiegesetzes, das die Verfolgung und Aufarbeitung von Bürgerkriegsverbrechen verhindert, wies Funes auf einen Richterspruch vom Obersten Gerichtshof hin, der das im März 1993 beschlossene Amnestiegesetz für ungültig erklärt, wenn schwere Menschenrechtsverletzungen vorliegen. Er forderte Staatsanwält_innen, Richter_innen und Abgeordnete auf, sich für alle notwendigen Maßnahmen zur Vergangenheitsbewältigung einzusetzen.

Ein knappes Jahr nach Funes' Rede in El Mozote entschied der Inter-amerikanische Gerichtshof am 10. Dezember, dass das Amnestiegesetz den salvadorianischen Staat nicht davon entbindet, das Massaker von El Mozote aufzuklären. Der Gerichtshof hielt fest, der salvadorianische Staat sei verpflichtet, das Geschehen zu untersuchen, bis ein Urteil über die Täter gefällt sei. Exhumierungen müssten vorgenommen, die Opfer identifiziert und deren Überreste den Angehörigen übergeben werden. Diesen sei Schmerzensgeld zwischen 10 000 und 35 000 Dollar zu zahlen. Zudem müsse die Instruktion über Menschenrechte zur Ausbildung der Streitkräfte gehören. Die salvadorianische Regierung hat das Urteil bestätigt und anerkannt.

Parlaments- und Kommunalwahlen im März 2012

Am 11. März 2012 fanden in El Salvador Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Diese haben für die Partei FMLN, die aus der ehemaligen Guerrillaorganisation hervorgegangen ist, und die aktuell erstmals den Präsidenten stellt, zu beträchtlichen Verlusten geführt. Nicht nur die Mehrheit im Parlament, und damit auch den Vorsitz desselben, verlor die FMLN, sondern auch viele entscheidende Bürgermeisterämter im Großraum San Salvador. In der Hauptstadt San Salvador siegte der Kandidat der Nationalrepublikanischen Allianz (ARENA) Norman Quijano, der fast das Doppelte an Stimmen wie der FMLN-Kandidat Jorge Shafick Handal erhielt. Die FMLN verlor zudem traditionelle Hochburgen wie die bevölkerungsreichen Städte in der näheren Umgebung der Hauptstadt, darunter Mejicanos, Soyapango, Ilopango, Apopa, San Martín, Tonacetepeque, Ayutuxtepeque und Santo Tomás. In der Hauptstadtregion um San Salvador, in der sich mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung konzentriert, hat somit die politische Rechte die Oberhand, die wiederum mit dieser territorialen Macht ein wichtiges Instrument für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf besitzt. Doch auch landesweit konnte die ARENA-Partei ihre Macht erheblich ausweiten, indem sie nun in neun (von vierzehn) Provinzhauptstädten die Bürgermeister stellt, während die FMLN im Gegensatz dazu in nur drei und die Parteien GANA (Große Allianz für die Nationale Einheit) und PCN (Partei der Nationalen Versöhnung) in jeweils nur einer das Sagen haben werden. Während die FMLN also in den Städten Verluste erlitten hat, hat sie in traditionell konservativen Armutszonen des Landes an Stimmen gewonnen. Also dort, wo die Sozialprogramme der Regierung (Schule, Gesundheit, Pensionen etc.) einen wichtigen Unterschied machen. So gewann die FMLN zum Beispiel erstmals die konservative rurale Armutsgemeinde Rosario de Mora in San Salvador. Dafür scheinen untere Mittelschichten nicht zum Wählen gegangen zu sein, was in El Salvador als Voto castigo - Abstrafung durch Abstinenz - , bekannt ist. Diese Schichten haben im Vergleich zu ihren Erwartungen an einen Cambio – eine tatsächliche Veränderung – wenig von der Regierungspolitik profitiert. Die Sozialprogramme greifen weiter unten. Der Präsident Mauricio Funes hat mehrere Initiativen der FMLN, die den Mittelschichten Vorteile gebracht hätten, blockiert. Dabei argumentiert er zumeist mit der Rechtssicherheit von Investor_innen.

Beispiele für solche von Funes blockierten Initiativen waren die Abschaffung der Grundgebühr für einen Telefon-Festnetzanschluss und die Reduktion der unglaublich hohen Zinsen auf Kreditkarten (bis über 50 Prozent!) auf die Hälfte. Weiterhin ist denkbar, dass die massive Desinformations- und Angstkampagne der Unternehmerverbände und der Medien bezüglich der im Dezember 2011 verabschiedeten Steuerreform, die eine gesellschaftliche Umverteilung zum Ziel hatte, ebenfalls zur Abstinenz dieser gesellschaftlichen Schichten beigetragen hat.

Waffenstillstand der Jugendbanden

Am 10. März 2012 wurde – vermittelt durch den Militärbischof Fabio Colindres und den Ex-Kommandanten der Guerilla Raul Mijango – ein Waffenstillstand zwischen den beiden großen Jugendbanden Mara Salvatrucha und M18 vereinbart. Dies hat zu einer signifikanten Senkung der Mordrate in El Salvador geführt. Von März bis September 2012 gab es im Vergleich zum Vorjahr 53% weniger Morde. Es wurden in diesem Zeitraum zwar 959 Menschen getötet, im Jahr davor allerdings 2.072. Derzeit werden im Schnitt fünf Menschen pro Tag Opfer eines Gewaltverbrechens, 2011 waren es zwölf pro Tag. Grund für Euphorie gibt es dennoch keine: Die Zahl der Verschwundenen ist seitdem angestiegen; allerdings nicht in dem Maße, in dem die Mordrate gesunken ist.

Von dem Online-Magazin El Faro wurde an dem Abkommen zudem die fehlende Transparenz des Verhandlungsprozesses kritisiert. Es ist nicht bekannt, welchen „Preis“ die Maras für die Einhaltung des Abkommens forderten. In Folge dieser Kritik betonte Präsident Funes, dass die Regierung nicht an den Verhandlungen beteiligt gewesen sei.¹ Diese Darstellung ist allerdings zumindest umstritten, denn der Militärbischof Colindres steht dem ehemaligen Verteidigungs- und aktuellen Justizminister Munguía Payés nahe. Organisationen, die seit langer Zeit in der Resozialisierung von Mara-Mitgliedern – wie Homies Unidos – arbeiten forderten, dass das Abkommen von Präventionsmaßnahmen und langfristigen Perspektiven für die gesellschaftliche Integration begleitet werden müsse.²

Im Oktober 2012 wurde die Mara Salvatrucha vom Finanzministerium in Washington zur „internationalen kriminellen Organisation“ erklärt. Dieser Schritt soll es erleichtern, Erlöse aus Drogenschmuggel und anderen Verbrechen zu beschlagnahmen. Zudem soll Bandenmitgliedern erschwert werden, Banken für Geldtransfers zu benutzen.

Die Auseinandersetzung mit den Hintergründen und Konsequenzen des Mara-Abkommens waren auch ein Schwerpunkt der Diskussionen auf dem diesjährigen Bundestreffen in Frankfurt am Main.

Frauenrechte: Gewalt an Frauen und sexuelle und reproduktive Rechte

Die Situation der sexuellen und reproduktiven Rechte ist in El Salvador nahezu unverändert, seit mit der Reform des Strafgesetzbuchs im Jahr 1998 Abtreibung in allen Fällen – auch bei medizinischer Indikation und nach Vergewaltigung – kriminalisiert wurde. Seither kommt es vor, dass Frauen vom Krankenhaus unmittelbar ins Gefängnis gebracht werden. Der Tatvorwurf lautet in vielen Fällen Mord, worauf eine Gefängnisstrafe von bis zu 30 Jahren steht.³

Besondere Aufmerksamkeit hat in diesem Jahr der Fall der 27-jährigen „Mery“ erregt. Die junge Frau hatte im Februar in der achten Schwangerschaftswoche versucht, durch die Einnahme von Medikamenten einen Schwangerer-

schaftsabbruch herbeizuführen. Nachdem Sie nach der Einnahme ungewöhnliche Nebenwirkungen feststellte, begab sie sich in ärztliche Betreuung. Mehrere Angestellte des Krankenhauses, in dem sie sich behandeln ließ, meldeten den Vorfall der Polizei, die „Mery“ sofort inhaftierte. Am 28. August wurde sie wegen des Herbeiführens eines Schwangerschaftsabbruchs zu zwei Jahren Haft verurteilt. Der Richter bestand darauf, dass „Mery“ die Strafe in einem Gefängnis verbüßt. Dort erhält sie nicht die psychologische Behandlung und Unterstützung, die sie dringend benötigt. „Mery“ unternahm am 3. September einen Selbstmordversuch, woraufhin man sie in die psychiatrische Abteilung der Poliklinik Arce verlegte. Sie muss noch immer ständig Handschellen tragen und steht ganztägig unter Bewachung. Einige Beamt_innen haben sie beleidigt und als „Mörderin“ bezeichnet. „Mery“ wird der Zugang zu einer Rechtsberatung und psychologischer Unterstützung verwehrt. Amnesty International und die salvadorianische Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto Terapéutico, Ético y Eugenésico (Bürgervereinigung für die Entkriminalisierung von Abtreibung mit therapeutischer, ethischer oder medizinischer Indikation) führen eine Kampagne für die Freilassung von „Mery“ und fordern die Entkriminalisierung von Abtreibung in allen Fällen.

Angriff auf Verkäufer_innen im Stadtzentrum von San Salvador

Ende Oktober ließ der Bürgermeister (und Präsidentschaftskandidat für ARENA bei den nächsten Wahlen) Norman Quijano das Stadtzentrum räumen. 4000 Verkäufer_innen des informellen Straßenhandels wurden vertrieben und 970 Verkaufsstände zerstört. Quijano war im März mit großem Vorsprung vor seinem Herausforderer wieder gewählt worden und hatte unter anderem damit Kampagne gemacht, dass er das Stadtzentrum „säubern“ würde. Mehrere vergleichbare „Säuberungsaktionen“ unter Einsatz von Tränengas und Knüppeln hatte es bereits in seiner ersten Amtszeit gegeben.

Die Stadtverwaltung ließ in Folge der Räumung verlauten, dass alle Verkäufer_innen, die durch die Räumung ihre Erwerbsmöglichkeit verloren hatten, Alternativangebote für Marktstände erhalten würden. Diese Behauptung wurde aber von Martín Montoya, dem Sprecher der CD-Verkäufer_innen aus dem Stadtzentrum von San Salvador, in Frage gestellt: „Es muss genau überprüft werden, ob die Verkäufer_innen, die nun Marktstände von der Stadtverwaltung bekommen sollen, wirklich zu denen gehören, die vorher aus dem Zentrum vertrieben wurden. Nicht, dass es sich da um Medienpropaganda handelt. Die Be-

Karikatur von Quijano:
„Rom soll brennen – ääh,
San Salvador.“



völkerung wird hier betrogen.“⁴

Martín Montoya war im Jahr 2007 als Referent beim Bundestreffen der El Salvador-Gruppen zu Gast.

Germanwatch: Vierter Platz beim Klima-Risiko-Index

Anlässlich des Klimagipfels in Katar im November 2012 stellte die Nicht-regierungsorganisation Germanwatch ihren Klima-Risiko-Index vor. Bei den Ländern, die im Jahr 2011 weltweit am meisten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen waren, steht El Salvador an 4. Stelle. Diese hohe Einstufung begründet sich vor allem in dem tropischen Tief 12-E, das im Oktober 2011 für Dauerregen in Mittelamerika sorgte. In El Salvador waren damals die heftigsten Regenfälle seit 50 Jahren gemessen worden. Über eine Million Menschen waren von den Auswirkungen der Regenfälle betroffen gewesen. Über 11.000 Familien mussten evakuiert und in Notunterkünften untergebracht und versorgt werden. Insgesamt waren 34 Todesopfer zu beklagen. Wie so oft waren auch in diesem Fall die am stärksten betroffenen, die sich auf Grund ihrer ökonomischen Situation und mangels Alternativen an Gefahrenpunkten ansiedeln und zur Selbstversorgung auf ihre Ernte angewiesen sind. Langfristige Auswirkungen hatte diese Katastrophe auch auf die Ernährungssituation, da über 2000 Hektar an Getreidefeldern zerstört wurden.

In dem Zeitraum von 1992-2011 steht El Salvador an 15. Stelle der von negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffenen Länder. Die Forderungen unserer Partnerorganisationen nach Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit bleiben also weiterhin drängende Themen – auch wenn El Salvador im Jahr 2012 von einer großen Klimakatastrophe verschont geblieben ist (zu diesem Thema siehe auch Jahresbericht 2011).

Präsidentschaftskandidaten nominiert

Im Jahr 2014 endet die Präsidentschaft von Mauricio Funes, dem ersten linken Präsidenten El Salvadors. Bereits im Juni 2012 wurde der Kandidat der FMLN für seine Nachfolge nominiert: Salvador Sánchez Ceren, der Vizepräsident und vormalige Bildungsminister (mit der Annahme seiner Präsidentschaftskandidatur legte er das Ministeramt nieder). Sánchez Ceren hat bei der Bekanntgabe seiner Kandidatur angekündigt, wichtige Veränderungen zu vertiefen, die die Regierung Funes angestoßen habe – unter anderem auf dem Gebiet der Gesundheit und der Erziehung.

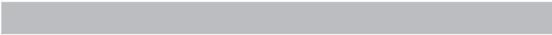
Im August kürte dann die ARENA-Partei Norman Quijano, den aktuellen Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador, zu ihrem Kandidaten. Ob Sánchez Ceren, ein *líder histórico* und Ex-Kommandant der Guerrilla, ein ebenso breites politisches Spektrum wird erreichen können wie der Journalist Funes, bleibt abzuwarten. Am 11. November wurde die *Formula Presidencial* der FMLN im völlig überfüllten Cuscatlán-Stadion von San Salvador offiziell

präsentiert: Als Kandidat für die Vizepräsidentschaft tritt Oscar Ortíz an, der seit dem Jahr 2000 Bürgermeister von Santa Tecla ist. Die Anhänger_innen der Partei feierten die beiden Kandidaten und sind voller Zuversicht angesichts der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014. Sánchez Ceren kann vorwiegend auf die diversen sozialen Bewegungen zählen, die schon Unterstützung signalisiert haben. Ob dies für einen Sieg bei den Wahlen reicht, bleibt abzuwarten.

Militarisierung

Schwerpunkt der diesjährigen El Salvador-Arbeit war „Militarisierung“. Die Ernennung von zwei ehemaligen Generälen zum Minister für Justiz und Öffentliche Sicherheit und zum Polizeidirektor wurde von Menschenrechtsorganisationen als Verstoß gegen die Friedensverträge heftig kritisiert. Die Regierung begründete die Besetzung dieser hohen und sensiblen Posten durch Militärs mit der Eskalation der Gewalt in der Region. Sowohl die Aktivitäten transnationaler krimineller Unternehmen als auch der sogenannte „Krieg gegen das Verbrechen“, der Mexiko seit Jahren verheert, dehnen sich zunehmend nach Süden aus. Der Versuch einer Analyse dieser regionalen Problematik findet sich im Schwerpunktartikel dieses Jahresberichts auf Seite 7.

Aktivitäten und Infos



El Salvador-Arbeitskreis

Der El Salvador-Arbeitskreis war ein ständiges Forum zum Austausch zwischen den ehrenamtlichen El Salvador-Interessierten. Bei monatlichen Treffen wurden gemeinsam Texte gelesen, neue Entwicklungen diskutiert und Aktivitäten, wie der Info-Stand am DOK.Fest oder die Veranstaltung mit David Morales und Zaira Navas, vorbereitet.

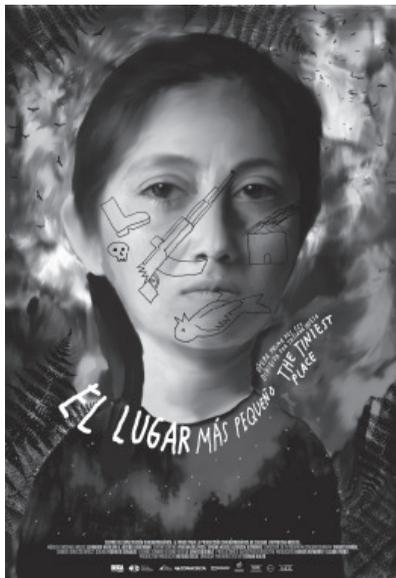
Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen und Rundreise zum Thema „Links, zwei, drei – (Re-)Militarisierung in El Salvador“

Im November fand das Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen mit dem Schwerpunktthema: „(Re-)Militarisierung in El Salvador“ in Frankfurt am Main statt. In den zwei Wochen zuvor waren die salvadorianischen Gäste David Morales und Zaira Navas mit einer Veranstaltungsrundreise in der ganzen Bundesrepublik unterwegs.

(Siehe Hauptartikel unter „Aktivitäten zu Militarisierung“, Seite 23)

Beim Münchner DOK.FEST 2012 präsentierte das Ökumenische Büro den Film „El Lugar más pequeño“

The Tiniest Place / El lugar más pequeño ist der erste abendfüllende Dokumentarfilm der Regisseurin Tatiana Huezo Sánchez. [...] Dabei hat die mexikanische Filmemacherin kein leichtes Thema gewählt: Die Traumata des



Bürgerkrieges von El Salvador. Kein Thema, bei dem man einen Film erwarten würde, der auch gerade durch seine visuelle Schönheit überzeugt. Doch in *The Tiniest Place / El lugar más pequeño* liegen Schönheit und Schrecken, Leben und Tod, Gestern und Heute, Dorfalltag und Trauma-bewältigung nicht nur dicht beieinander, sie durchdringen sich gegenseitig, sind ohne einander gar nicht denkbar an dem Ort, den der Film erkundet und dessen Geister er auf seine ganz eigene Weise heraufbeschwört. (kino-zeit.de)

Bei den zwei Vorführungen des Filmes „El lugar más pequeño“ beim Münchner DOK.Fest am 4. und 6. Mai 2012 war unsere El Salvador-Referentin Eva Bahl an-

wesend und stand – da die Regisseurin nicht anwesend sein konnte – für Fragen zum historischen und sozialen Kontext des Films zur Verfügung. Mitglieder des El Salvador-Arbeitskreises machten zudem jeweils einen Infotisch und stellten



Zaira Navas und
David Morales

den Kinobesucher_innen Hintergrundinformationen und Infomaterial zur Verfügung.

Veranstaltung mit Zaira Navas und David Morales in München am 6.11.2012

Am 6. November organisierte der El Salvador-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros eine Veranstaltung mit Zaira Navas und David Morales in der Ligsalz8. Nach einem gemeinsamen Abendessen mit salvadorianischer Küche referierten die beiden Gäste über die Kontinuitäten und Brüche in der Sicherheitspolitik El Salvadors und über die Rolle, die das Militär dabei doch immer wieder einnimmt – trotz der Friedensverträge, die dessen Rolle auf die Verteidigung der nationalen Souveränität beschränkten.

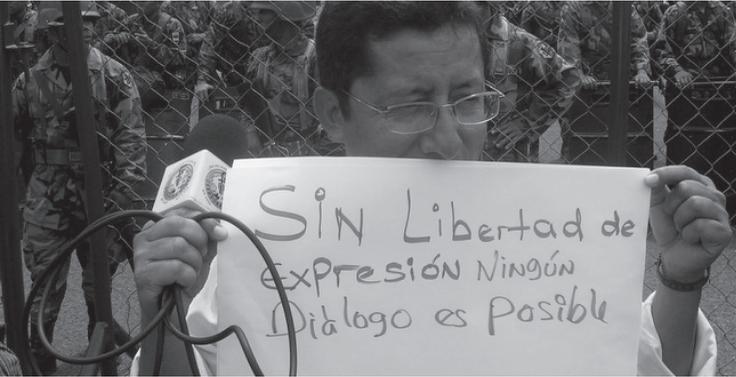


Veranstaltung in München mit David Morales und Zaira Navas

Todesanzeige und Nachruf Bernd Päschke

Am 29. Mai 2012 starb Bernd Päschke im Alter von 81 Jahren. Päschke war als Befreiungstheologe von Beginn an in der El Salvador-Solidaritätsbewegung aktiv und publizierte u.a. Die Bücher „Salvadorianische Passion“ (1985), „Befreiung von unten lernen“ (1987) und „Massaker im Namen der Freiheit“ (1982). Das Ökumenische Büro beteiligte sich an der Finanzierung einer Todesanzeige in der salvadorianischen Tageszeitung DiarioCoLatino, die am 15. August erschien und mit der auch die salvadorianischen Freund_innen über den Tod des langjährigen Unterstützers informiert werden sollten.

- 1 <http://www.cispes.org/programs/stop-repression-and-the-ilea/salvadoran-govt-accused-of-negotiating-with-gangs-after-40-drop-in-murders/>
- 2 <http://elmundo.com.sv/homies-unidos-pide-oportunidad-para-pandilleros>
- 3 <http://www.npla.de/poona1/3529>
- 4 <http://elmundo.com.sv/600-vendedores-buscan-ubicacion-luego-de-desalojo>



Der Radiojournalist Felix Molina: „Ohne Meinungsfreiheit ist kein Dialog möglich“

honduranischen Eliten und multinationalen Konzerne. Die EU schließt mit Honduras und anderen mittelamerikanischen Ländern ein so genanntes Assoziierungsabkommen ab und auch die Entwicklungshilfe fließt wieder.

Unterdessen wächst vor allem die Gewalt. Bereits vor dem Putsch war Honduras wie die Nachbarländer El Salvador und Guatemala durch eine hohe Kriminalität gekennzeichnet. Seit dem Jahr 2009 ist die Mordrate von 71 auf 92 Opfer pro 100 000 Einwohner weiter gestiegen und derzeit die mit Abstand höchste der Welt.¹

Der staatliche Sicherheitsapparat, eng verstrickt mit den Interessen der Großgrundbesitzer und der internationalen Drogenkartelle, ist weit davon entfernt, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Es herrscht Straflosigkeit. Mit dem Versagen als Ordnungsmacht leidet die Glaubwürdigkeit der Regierung: Bei einer Umfrage des Instituts CID-Gallup im August dieses Jahres beurteilten 59 Prozent der Befragten die Regierungsführung als schlecht, 14 Prozent als gut. Dies ist der schlechteste Wert in Zentralamerika.² Auch für den ehemaligen deutschen Botschafter Karl-Heinz Rode „[ist] die Straflosigkeit ein großes Hindernis auf dem Weg zur vollständigen Versöhnung innerhalb der honduranischen Gesellschaft.“ Bei einem Besuch der Journalist_innendelegation Honduras 2012 kritisierte er, dass es während der Amtszeit von Präsident Porfirio Lobo in Bezug auf die Menschenrechte keine realen Fortschritte gegeben habe. Die massiven Menschenrechtsverletzungen seien nicht strafrechtlich verfolgt worden, mit Ausnahme der Verurteilung eines rangniederen Polizisten wegen des Verbrechens der Folter.³

Die Bewegung wird gefährlich...

Ob die Regierung Lobo den Zustand vor Zelayas Präsidentschaft wieder herstellen kann, darüber entscheidet in erster Linie die Duldsamkeit der Bevölkerung. Nicht nur eigene Fehler bringen die alte Ordnung der zwölf Familien und zwei Parteien in Bedrängnis. Die aus der Widerstandsbewegung gegen den Putsch hervorgegangene Partei LIBRE hat sich konsolidiert und mit der Gattin von Manuel Zelaya, Xiomara Castro, eine populäre Kandidatin für die

Präsidentenwahlen im Herbst 2013 aufgestellt. Aus einigen der stark auseinander driftenden Meinungsumfragen der letzten Monate ging sie als potentielle Siegerin der Präsidentenwahlen hervor, was bereits jetzt das traditionelle Zweiparteiensystem stark erschüttert. Dass die alten Eliten bei der nächsten Wahl einen Teil ihrer Macht verlieren werden, gilt als sicher.

... und ist in Gefahr

Die Demokratiebewegung stellt für die Mächtigen in Honduras eine ernste Gefahr dar und bringt sie in Bedrängnis. Dies spiegelt sich auch in der politischen Gewalt, der die Aktiven der Bewegung ausgesetzt sind. Im Jahr 2012 gab es mindestens vier Morde an Aktiven der Partei LIBRE, sowie an zahlreichen Journalist_innen, Menschenrechtler_innen und wichtigen Persönlichkeiten aus den sozialen Bewegungen. Seit dem Putsch stieg die Zahl der politischen Morde auf über 300 an, von denen nach wie vor kein einziger aufgeklärt wurde.



„Von der
Widerstandsbewegung
an die Macht“ –
Delegiertentag der
Partei LIBRE

Einen vorläufigen Höhepunkt an Skrupellosigkeit erlebte das Land Ende September, als ein bekannter Anwalt der Kleinbauernorganisationen aus dem Bajo Aguan-Tal, Alejandro Trejo, auf offener Straße in Tegucigalpa ermordet wurde. Das Widerstandsbündnis *Espacio Refundacional* wertete die Tat als „Teil der Politik des Terrors, die durch Morddrohungen, erzwungenem Exil, juristische Schikanierung, Verleumdungskampagnen, Anfeindungen und Morde versucht, den sozialen Kampf der Bevölkerung einzudämmen, die ihr Recht auf Land verteidigt.“ Wenig später warnte Präsident Lobo seinen Landwirtschaftsminister Cesar Ham und die Ministerin für Menschenrechte Ana Pineda, die Auftraggeber des Mordes an Trejo hätten sie beide als nächste im Visier, es seien bereits Anzahlungen an die Berufskiller geleistet worden.⁴

Ham und Pineda gelten in der Regierung Lobo als am ehesten interessiert

an den Belangen der armen Bevölkerungsmehrheit. Es blieb unklar, ob Lobo der Bedrohung machtlos gegenüber stand oder sie sogar guthieß.

Die Widerstandsbewegung hat ihrerseits an Einigkeit eingebüßt. Zwar existiert formal immer noch die nach dem Putsch gegründete Dachorganisation der Widerstandsbewegung FNRP, faktisch agieren aber große Teile der Bewegung nur noch als Partei LIBRE, nach offizieller Wortwahl der parlamentarische Arm der FNRP. Ein anderer Teil, besonders Kleinbauern und -bäuerinnen und indigene Organisationen, bündeln ihre Kräfte im erwähnten Espacio Refundacional (etwa: Plattform zur Neugründung [von Honduras]). Diese Fraktion lehnt die Parteigründung als eine Legitimierung des bestehenden Unrechtssystems ab und führt dezentral verschiedene soziale Kämpfe, darunter die Auseinandersetzungen um Land im Aguan-Tal und den Kampf gegen die so genannten Charter Cities.

Internationale Interessen

Der Historiker Edgar Soriano vom *Espacio Refundacional* analysiert die internationale Interessenlage so: Zelaya habe sich mit den internationalen Versöhnungsabkommen von den Interessen der USA kaufen lassen, denen eine zahme politische Partei allemal lieber sei als eine vielfältige und unberechenbare soziale Bewegung. Die Interessen, die die Botschaft, das Militär und die Geheimdienste der USA in Honduras verfolgen, zielen in erster Linie auf Stabilität und die Sicherung ihrer regionalen Hegemonie gegenüber der Emanzipation Lateinamerikas. Die Kanalisierung des demokratischen Aufbruchs nach dem Putsch in eine politische Partei im alten System dürfte ihnen als das geringste Übel erscheinen.⁵

Die EU hat ebenfalls Interesse an einem stabilen Neoliberalismus in Honduras. Am Jahrestag des Putsches, dem 28. Juni, wurde dieses Jahr ausgerechnet in Tegucigalpa die Endfassung des so genannten Assoziierungsabkommens EU-Zentralamerika von den zentralamerikanischen Staatshäuptern unterschrieben. Gewinner des Abkommens dürften europäische Konzerne und die honduranische Elite sein. In einem Interview mit den Journalist_innen Kathrin Zeiske und Øle Schmidt äußerte Ex-Präsident Zelaya:

„Europa hat die Menschenrechte vergessen. Die Demokratie in Honduras war ihnen nicht viel wert, als es darum ging, Handelsverträge zu zeichnen. Sie zwingen unsere Bauern mit subventionierten Agrarprodukten aus Europa und den USA in die Knie. So bleiben wir in all diesen Dingen immer eine Kolonie. Europa ist die Wiege der Demokratie, die dortigen Regierungen sollten deswegen die Menschenrechte auch im Rest der Welt nachhaltig stärken. Im Diskurs tun sie dies, doch faktisch stehen Außenhandel und Ressourcensicherung an erster Stelle.“⁶

Das EU-Entwicklungsprogramm *Proyecto de Apoyo al Sector de Seguridad* (PASS) läuft indessen weiter. Das Programm unterstützt den honduranischen Sicherheitsapparat, der nachweislich in dem internationalen Drogenhandel und in die Durchführung des Putsches 2009 verwickelt ist, mit Geldmitteln und Ausbildung.

Zentraler Konfliktpunkt: der Zugang zu Land

Unterdessen finden im Land weiterhin zahlreiche soziale Kämpfe statt: Der schärfste und gewalttätigste Konflikt im Land sind seit dem Putsch die Landkämpfe im Aguan-Tal. Die Situation hier hat sich im Jahr 2012 kaum verändert und ist nach wie vor weit entfernt von einer Lösung. Die Zahl der organisierten Kleinbauern seit dem Putsch stieg um mindestens 14 auf über 60 Personen an. Die in verschiedenen lokalen Vereinigungen organisierten Kleinbauern und -bäuerinnen kämpfen um Landtitel, die ihnen während einer Landreform in den 1980er Jahren zugesprochen wurden, die sie aber im Laufe der



*Straßenkontrolle in der
Landkonflikt-Region
Bajo Aguan*

Zeit durch Druck, Armut oder illegale Aneignung wieder an die Palmölmagnaten Morales, Facussé und Carnales abgeben mussten. Während die Bauern und Bäuerinnen unter dem geputschten Präsident Zelaya einer Verhandlungslösung näher gekommen waren, reagierte der amtierende Präsident Lobo mit einer Rücknahme der Reformen Zelayas und der Militarisierung der Region im Rahmen der Operation „Xatruch II“. Die Bauern und Bäuerinnen kämpfen seither ums Überleben. Neben bisher ergebnislosen Gerichtsprozessen und Verhandlungen mit dem nationalen Agrarinstitut (INA) führen sie Demonstrationen und Landbesetzungen durch. Hierbei sind sie mit dreierlei Kräften der Repression konfrontiert: Die Polizei löst Demonstrationen gewaltsam auf, Militär und Polizei beenden Landbesetzungen, das Militär führt Straßensperren und Einschüchterungen durch, die paramilitärischen privaten Sicherheitskräfte der Großgrundbesitzer begehen Morde und Brandstiftungen, lassen Führer der Kleinbauernorganisationen verschwinden, die in fast allen Fällen straffrei bleiben. Ende Mai waren Beobachter des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte, der

Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) und der Europäischen Union bei einer Anhörung verschiedener Nichtregierungsorganisationen in Bajo Aguan zugegen. Sie konstatierten vorherrschende Straflosigkeit und den mangelnden Willen der Regierung zu einer politischen Lösung des Konfliktes in Bajo Aguan. Solange die Regierung nicht gewillt ist, den berechtigten Landforderungen der Bauern und -bäuerinnen nachzukommen, werden die Menschenrechtsverletzungen kein Ende nehmen.

Mit vereinten Kräften und Unterstützung von honduranischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen richteten die Kleinbauern und -bäuerinnen des Aguán-Tals ein Menschenrechtszentrum ein, das Observatorio Permanente de Derechos Humanos del Aguán (OPDH), das im Februar seine Arbeit aufnahm. Internationale Aufmerksamkeit, so die Einschätzung von dessen Mitarbeiter Wilfredo Paz, ist für den Fortgang des Konflikts von entscheidender Bedeutung: Auch er erhält häufig Morddrohungen per SMS.

In diesem Konflikt stehen nicht nur organisierte Kleinbauern und -bäuerinnen einer Handvoll schwerreicher Großgrundbesitzer mit Privatarmeen gegenüber. Es ist auch der Konflikt zweier Entwicklungsmodelle: Die kleinbäuerliche Landwirtschaft mit ihrem Ideal einer regionalen Ernährungssouveränität auf der einen und industrielle Monokulturen für die Weltmarktproduktion auf der anderen Seite. Hier decken sich die Interessen der Regierungen von USA, EU und Honduras an einem neoliberalen Wirtschaftsmodell mit denen der Großgrundbesitzer. Diese Konstellation macht es umso dringender, Solidaritätsarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene mit den Kleinbauern und -bäuerinnen zu leisten.

Ähnlich gelagert ist die Situation der Garifuna, einer afro-karibischen Ethnie, deren Gemeinden sich traditionell an der Karibikküste von Belize, Guatemala und Honduras befinden. Die Bedrohung geht hier von Tourismusprojekten, internationalem Drogenhandel, Vernachlässigung durch die staatlichen Institu-



Aktivist_innen von OFRANEH erwirken Landvermessung in Vallecito.

Sendestudio von Radio
Waruguma, einer der fünf
Sender von OFRANEH



tionen und Landraub durch Großgrundbesitzer aus. Sie haben daher die Organisation OFRANEH gegründet, die die kulturelle Identität der Garifuna verteidigt und für deren Leben in Würde eintritt. Nach dem Putsch gehörte OFRANEH zu den bedeutenden Organisationen der Widerstandsbewegung. Sie betreibt unter anderem fünf lokale Radiosender. Die Organisation erreichte, dass die Behörden ein illegal enteignetes Grundstück der Garifunagemeinde Vallecito der Nutzung des Großgrundbesitzers Villalobos entzogen. Eine von OFRANEH ausgerufene internationale Unterstützungskampagne hatte bewirkt, dass Präsident Lobo den Fall zur Chefsache erklärte. OFRANEH plant nun, auf dem Gelände die erste Garifuna-Universität zu errichten.

Ungerechte Landverteilung ist ein Dauerkonflikt in vielen Landesteilen. Am 17. April, dem internationalen Tag des kleinbäuerlichen Widerstands, besetzten 13 Campesino-Organisationen in fünf Departements des Landes Ländereien, die Großgrundbesitzer ihnen nach der Landreform der 80er Jahre wieder abgenommen hatten.

Eine Schlüsselrolle in diesen Auseinandersetzungen spielt das nationale Agrarinstitut INA. Dessen Direktor Cesar Ham, ursprünglich ein linker Sozialdemokrat, war von der Regierung Lobo ins Amt berufen worden, um dessen Post-Putsch-Regierung zu größerer Glaubwürdigkeit zu verhelfen. In dieser Funktion sitzt Ham nun zwischen den Stühlen: Dort wo er Erfolge für die Kleinbauern und -bäuerinnen erzielt, zieht er sich die Feindschaft der Hintermänner seiner Regierung zu. Im September eröffnete ihm Präsident Lobo, dass er ihn vor einem drohenden Attentat nicht mehr schützen könne.

„Modellstädte“: Neokoloniales Investitionsprojekt gescheitert

Einen Konflikt, der ebenfalls die Bedrohung von Kleinbauern und -bäuerinnen zum Gegenstand hatte, konnte die Bewegung im Oktober 2012 für sich entscheiden: Das Projekt so genannter „Charter Cities“ wurde für verfas-

sungswidrig erklärt. Es handelt sich hierbei um ein Vorhaben des US-Ökonomen Paul Romer, der mit Einwilligung der honduranischen Regierung ein oder mehrere Gebiete in Honduras ausländischen Investoren als privates Staatsgebiet zur Verfügung stellen wollte. Ein internationales Konsortium hätte hier die Regierung geführt und nach dessen Bedarf Gesetze erlassen und Arbeitskräfte aus Honduras rekrutiert. Nach Querelen mit den nationalen Behörden trat Romer jedoch vom Vorsitz des Planungsgremiums zurück. Währenddessen protestierten die Kleinbauern und -bäuerinnen aus den betroffenen Gebieten. Personen aus der Widerstandsbewegung reichten ca. 70 Verfassungsklagen ein. Sie sehen darin einen klaren Verfassungsbruch und den Ausverkauf der nationalen Souveränität. Überraschenderweise wurde den Klagen vom Obersten Gerichtshof stattgegeben. Regierung und Investoren erklärten das Projekt für gescheitert.

LGBT-Community geht trotz schwerer politischer Gewalt in die Politik

Eine Bevölkerungsgruppe, die ständigen Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt ist, ist die LGBT-Community. Lesben, Schwule und Transgender hatten sich ab dem ersten Tag der Widerstandsbewegung gegen den Putsch im Jahr 2009 angeschlossen und haben innerhalb der breiten und heterogenen Bewegung große Anerkennung und Sichtbarkeit erkämpft. Andererseits waren sie mit am stärksten von Repression und Gewalt betroffen. Diese Ambivalenz zeigt sich auch in den Ereignissen des Jahres 2012: Am 22. April wurde innerhalb der Partei LIBRE der Runde Tisch für Sexuelle Vielfalt (Mesa de la Diversidad en la que personas de la Comunidad Lésbico, Gay, Travesti, Transexual, Bisexual e Intersexual (LGTITBI)) gegründet und der schwule Aktivist Erick Martínez Ávila wurde für eine Kandidatur als Abgeordneter nominiert. Nur wenige Tage später – Anfang Mai – wurde Martínez Ávila ermordet an einer Ausfallstraße von Tegucigalpa aufgefunden, nachdem er zwei Tage lang vermisst worden war. Der LGBT-Aktivist Fernando Reyes schrieb uns damals: „Sie haben uns wieder einen Jugendlichen geraubt, der so vielversprechend war. Wir sind empört und voll tiefem Schmerz!“

Am 5. Juli 2012 ist der prominente LGBT-Menschenrechtler Donny Reyes mehrfach von einem bewaffneten Mann auf einem Motorrad bedroht worden. Ungeachtet entsprechender Anordnungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission stellten die Behörden Donny Reyes keinerlei Schutzmaßnahmen zur Verfügung. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hatte 2009 schon einmal Schutzmaßnahmen für Donny Reyes angeordnet. Die Behörden kamen damals den Anordnungen nicht nach und setzten Donny Reyes somit einer großen Gefahr aus. Seine Anfrage, man möge ihm Leibwächter zur Verfügung stellen, wurde damals aufgrund mangelnder Ressourcen abgelehnt.

Erick Vidal Martínez, der als Stellvertreter des ermordeten Martínez Ávila kandidieren sollte, hat nun dessen Kandidatur übernommen. Er ist somit der zweite offen schwule Kandidat für eine Abgeordnetenwahl in Honduras. Erst-

mals wird auch eine Trans-Frau im November 2013 kandidieren: Claudia Spellman kandidiert als Abgeordnete für das Departement Cortés. Wie progressiv diese Kandidaturen sind und wie sehr sie gegen gesellschaftliche Feindbilder ankämpfen müssen, zeigt sich an dem Kommentar, den der honduranische Journalist Eduardo Maldonado in einem landesweit ausgestrahlten Programm bezüglich der Kandidatur Spellmans machte. Er verglich die Tatsache, dass Spellman mit einem männlichen Namen auf dem Wahlzettel stehe, aber ein weibliches Gesicht habe, mit der Möglichkeit anderer Kandidaten, das „Bild eines Hundes, eines Huhns, Schweins oder Esels“ auf dem Wahlzettel zu zeigen.

Indigene Kämpfe mit weitreichender Perspektive

Eine weitere Partnerorganisation des Ökumenischen Büros, die Indigenen-Organisation COPINH (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras) im südwestlichen Hochland, hatte im Jahr 2012 ebenfalls mindestens zwei politische Morde zu beklagen. Die bei COPINH organisierten Lenca-Indigenen engagieren sich gegen den Bau von Staudämmen in ihren Siedlungsgebieten, kämpfen um ihr Recht auf Land und für Ernährungssouveränität und wehren sich gegen Landraub für Projekte der Green Economy. Für ihre gewaltfreien Aktivitäten für die Rechte von Indigene und Kleinbauern und -bäuerinnen erhielt die Direktorin von COPINH, Berta Cáceres, im Juni des Jahres den Eichstätter Shalom-Menschenrechtspreis. Innerhalb der Demokratiebewegung ist COPINH wie auch OFRANEH profiliertes Mitglied des Espacio Refundacional. AktivistInnen von COPINH sind landesweit unterwegs, um Betroffene zu beraten, die sich in ähnlichen Auseinandersetzungen um Staudämme und Landraub befinden. In ihrer Region im südwestlichen Hochland unterhält die Organisation zwei unabhängige Radiosender, die den Kern der freien Basisradiobewegung in Honduras bilden.

Die alte „Ordnung“ wird sich in Honduras nicht wieder herstellen lassen. Das System bewegt sich an der Grenze zum failed state und lässt sich nur noch mit politischer Gewalt aufrecht erhalten. Am 7. Dezember 2012 bezichtigte Präsident Lobo den Oligarchen und Medienunternehmer Jorge Canahuati, Vorbereitungen für einen Putsch gegen ihn zu treffen. Canahuati war bereits am Putsch gegen Zelaya beteiligt. Lobo hatte sich für eine Säuberung der Polizei von der Organisierten Kriminalität stark gemacht.

Welche Mittel die Eliten noch einsetzen werden, um ihre Macht zu verteidigen, ist nicht abzusehen. Die Regierungen der EU werden erfahrungsgemäß wegschauen, solange es geht. Das Assoziierungsabkommen ist ihnen wichtiger.

Auf den Zustand permanenter Straflosigkeit und der Illegitimität staatlicher Institutionen reagieren unsere Partnerorganisationen mit einer Intensivierung der Menschenrechtsarbeit. Internationale Präsenz ist im Wahljahr 2013 wichtiger denn je, denn je gefährlicher die Kräfte werden, die für ein neues Honduras kämpfen, desto gefährdeter sind sie.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Honduras

Die Demokratiebewegung in Honduras hat einen großen Bedarf an Solidaritätsarbeit. Gemessen an den Solidaritäts-Netzwerken etwa zu Chile, Nicaragua und El Salvador in den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der aktiven Gruppen zu Honduras im deutschsprachigen Raum relativ klein geblieben. Die Aufgaben sind jedoch vergleichbar: Den Aktiven in der honduranischen *resistencia* dient der Kontakt nach Europa als Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, aber auch als motivierender Impuls, mit ihrem Kampf nicht alleine zu sein. Sie bitten in Gesprächen um konkrete Menschenrechtsarbeit zu einzelnen Fällen und um die Erhöhung der internationalen Sichtbarkeit der Demokratiebewegung. Unsere Partnerorganisationen in Honduras bitten auch um physische Präsenz der internationalen Gemeinschaft, und nicht zuletzt um Unterstützung bei der Finanzierung ihrer Arbeit.

„So viel wie gebraucht würde, schaffen wir nicht“ – Hauptamtliche Arbeit und Überregionaler Arbeitskreis „Honduras-Delegation“

All dem versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten gerecht zu werden. Auf Beschluss des Plenums widmen unsere Referent_innen für El Salvador und Nicaragua einen Teil ihrer Arbeitszeit der Solidarität mit der Demokratiebewegung in Honduras.

Neben der Arbeit der Münchner Haupt- und Ehrenamtlichen stützen wir uns besonders auf die überregionale Arbeitsgruppe „Honduras-Delegation“. Diese ist aus der vom Ökumenischen Büro initiierten Honduras-Delegation 2010 hervorgegangen und hat seither, verteilt über mehrere Länder und verschiedene deutsche Städte, einen wesentlichen Teil der Solidaritätsaktivitäten zu Honduras im deutschsprachigen Raum geleistet. Unsere beiden hauptamtlichen Mitarbeiter_innen Eva Bahl und Andrés Schmidt sind Mitglied dieser Gruppe.

Journalist_innen-Delegation Honduras 2012

Die Journalist_innen-Delegation war unsere zentrale Aktivität zu Honduras im Jahr 2012. Das Projekt ist aus gemeinsamen Überlegungen honduranischer und europäischer Aktivist_innen entstanden und wahrscheinlich das erste seiner Art.

Hintergrund

In Honduras existiert ein Netzwerk von etwa 15 freien Regional- und Lokalradios. Wie die Koordinatorin der Projekt-Partnerorganisation



Homepage der Honduras-Delegation

COFADEH, Bertha Oliva, betont, spielen diese Radios als Mittel einer unabhängigen Kommunikation eine fundamentale Rolle. Besonders in einer Gesellschaft, in der die Medien sich in der Hand weniger Eigentümer befinden, die deren politischen Diskurs vorgeben, seien die Meinungsfreiheit und das Recht auf Information ein fundamentales Thema für die Verteidigung der Menschenrechte.

Von den Mitarbeiter_innen der kommunitären Radios erfuhren wir bei Besuchen in den Jahren 2010 und 2011 von den Schwierigkeiten, eine Sendeerlaubnis zu erhalten, von Sabotageakten gegen die technische Ausstattung sowie von persönlichen Bedrohungen und Attentaten gegen die Radioaktivist_innen selbst.

Konzept

Nachdem uns Vertreter_innen der FNRP und von Menschenrechtsorganisationen wiederholt um die Präsenz von Journalist_innen gebeten hatten, beschloss die Honduras-Delegation, ein Projekt aus der Taufe zu heben, das folgendes leisten sollte:

- Schutz der Radioaktivist_innen durch internationale Präsenz
- Austausch über journalistische Praxis durch die Zusammenarbeit deutscher und österreichischer Journalist_innen mit den Radiomacher_innen vor Ort

Teilnehmer_innen der Journalist_innen-Delegation 2012 mit honduranischen Radioaktivist_innen bei einem gemeinsamen Seminar in Tegucigalpa.



- Verbreitung von Informationen über die Situation in Honduras in deutschsprachigen Medien
- Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Medien in Honduras, Deutschland und Österreich.

Koordinatorin des Projekts war Kirstin Büttner, Mitglied der Honduras-Delegation aus Berlin. Das Ökumenische Büro fungierte als Trägerorganisation und offizieller Ansprechpartner. Eine Gruppe von sechs Journalist_innen aus Deutschland und Österreich verbrachte im Sommer 2012 etwa zwei Monate in Honduras. Zwei Teams begleiteten die Radioprojekte der Indigenen-Organisation COPINH im südwestlichen Hochland und der Garifuna-Organisation OFRANEH an der Karibikküste.

Vorbereitung

Die Teilnehmer_innen wurden in einem Vorbereitungsworkshop am 20.-22. April in Berlin auf ihren Einsatz vorbereitet. Um der Doppelrolle der Teilnehmenden als Journalist_innen und Menschenrechtsbeobachter_innen gerecht zu werden, wurden Kenntnisse vermittelt über die allgemeine Situation in Honduras, das Verhalten in Konfliktsituationen und über journalistische Praxis in konfliktiven Regionen. Wir konnten dafür Referentinnen aus der Honduras-Delegation, von CAREA e.V. und von Reporter ohne Grenzen gewinnen.

Die Gruppe richtete ein Unterstützungsnetzwerk für Notfälle ein, an dem sich unter anderen die Bundestagsabgeordneten Thilo Hoppe, Heike Hänsel und Tom Koenigs sowie die Europaabgeordnete Ska Keller beteiligten.

Im Rahmen eines Workshops beim BUKO-Kongress in Erfurt im Mai stellte unser Referent Andrés Schmidt das Projekt vor und diskutierte mit den Teilnehmenden über dessen Möglichkeiten und Gefahren.

Durchführung

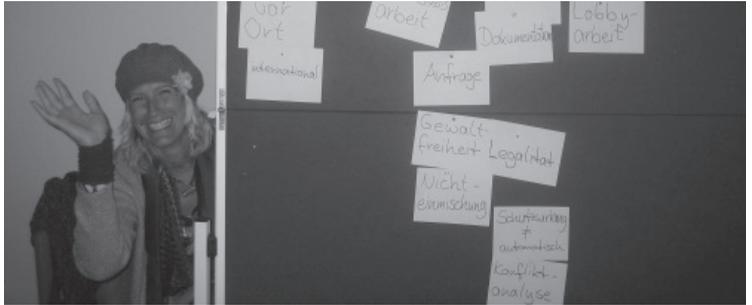
Projektpartner in Honduras waren die Menschenrechtsorganisation COFADEH, die Indigenen-Organisation COPINH und die Garifuna-Organisation OFRANEH. Bei COFADEH in Tegucigalpa erhielten die TeilnehmerInnen der Delegation ein vertiefendes Einführungsseminar in die Arbeit der unabhängigen Journalist_innen in Honduras sowie ihre Rolle als Menschenrechtsbeobachter_innen. Das Seminar schloss mit einer Pressekonferenz in der deutschen Botschaft.

Von Ende Juni bis Anfang September begleiteten die Journalist_innen die Organisationen COPINH und OFRANEH bei ihrer Arbeit. Dabei arbeiteten sie mit den Radiosendern der Organisationen zusammen und begleiteten diese auch bei Reisen. Etwa nach El Salvador, wo sich ein Netzwerk zur Aufnahme politischer Flüchtlinge aus Honduras im Aufbau befindet, oder in die Urwaldregion Mosquitia zu einem nationalen Treffen indigener Organisationen. Die Berichte der Delegation sind auf der Homepage der Honduras-Delegation in

18 Einzelreportagen dokumentiert.⁷

Am Ende der Reise begleiteten zwei der Teilnehmer_innen eine Mobilisierung von OFRANEH zur Wiederaneignung eines Landstücks, dass der dort

*Beim
Vorbereitungsseminar
mit der Journalistin
Kathrin Zeiske*



ansässigen Garifuna-Gemeinde von der Großgrundbesitzerfamilie Reynaldo Villalobos unrechtmäßig abgenommen worden war. OFRANEH rief das staatliche Agrarinstitut INA auf, dafür zu sorgen, der Gemeinde ihr Land, für das sie einen offiziellen Besitztitel innehat, wieder zugänglich zu machen. Als die Techniker der Behörde angesichts der schweren Bewaffnung des Sicherheitsdienstes von Villalobos zögerlich wurden, initiierte OFRANEH eine internationale Protestkampagne, an der sich das Ökumenische Büro beteiligte. Eine Woche lang wurden unzählige Schreiben und Anrufe an die zuständigen Stellen in Honduras gerichtet, bis das INA die Neuvermessung des Landes mit bewaffneter Unterstützung tatsächlich durchführte und einen Räumungstitel gegen die Familie Villalobos beantragte.

Weiterführende Arbeit

Die Delegation veröffentlichte Berichte und Reportagen in zahlreichen deutschsprachigen Medien, darunter MENSCHEN-MACHEN-MEDIEN



*Im Sendestudio von Radio
La Voz de Zacate Grande*

(Ver.di), Neues Deutschland, Magazin für Menschenrechte, Weltsichten, Radio Onda, Amerika21.de, Lateinamerika Nachrichten, Lateinamerika Anders.

Mit öffentlichen Veranstaltungen macht die Delegation ihre Ergebnisse publik. So führte die Delegation am 20. November im Berliner taz-Café eine Veranstaltung über den gefährlichen Arbeitsalltag honduranischer Journalist_innen durch. Gastreferent war der honduranische Journalist Felix Molina.

Auf Einladung der Ellwanger Ortsgruppe von *amnesty international* berichtete unser Honduras-Referent am 13. November über die Situation der an der honduranischen Karibikküste beheimateten Garifuna-Ethnie und deren Kampf um ein würdevolles Leben und ihre kulturelle Identität. Grundlage seines Vortrags waren die Erfahrungen des bei OFRANEH eingesetzten Teams des Journalist_innenprojekts.

Durch Spendenaufrufe und Stiftungsanträge unterstützt die Journalist_innen-Delegation die Radiosender von COPINH und OFRANEH auch finanziell.

In einem Auswertungsgespräch äußerten unsere Gastgeber_innen von COPINH, es sei von besonderer Bedeutung, dass die Dynamik und politische Rolle von COPINH und die weltweite Bedeutung des Einsatzes für indigene Rechte gut verstanden wird. Ausdrücklich wiesen sie auf den Bedarf an weiterer internationaler Präsenz hin und luden kompetente internationale Freiwillige zur Mitarbeit ein. Bei Journalist_innen seien Recherchen und Lobbyarbeit bei den Regierungen der Herkunftsländer und bei der EU wichtig. Bedarf bestehe auch an der Verbesserung der Kommunikationsstrukturen von COPINH mit der internationalen Zivilgesellschaft, an Fähigkeiten in Videoproduktion und künstlerischen Kompetenzen.

Veranstaltungen mit Fernando Reyes und Präsentationen seines Films „En mis Tacones – Auf meinen Highheels“

Von Anfang Juni bis Ende August war der LGBT-Aktivist, Künstler und Filmemacher Fernando Reyes auf Einladung der Filmemacherin Doris Dörrie zu Gast in München. In Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Büro führte er in der Stadt und bundesweit zahlreiche Veranstaltungen durch, bei denen er über die gefährdete Situation von LGBT-Aktivist_innen in Honduras berichtete und für Solidarität warb.



Fernando Reyes und Mitarbeiter_innen des Öku-Büros bei einer Veranstaltung im Münchner Kultur- und Wohnprojekt Stattpark OLGA und beim Besuch auf Schloss Hohenschwangau



Er präsentierte seinen Film „En mis Tacones“ u.a. in Hamburg beim SexArbeitFilmFest, im Rahmen einer queeren Vorlesungsreihe an der Universität Frankfurt, in Wendland beim „Rebellischen Zusammentreffen“, in München beim Wohn- und Kulturprojekt „Stattpark OLGA“, in der Kneipe „Balan“ und an der Hochschule für Film und Fernsehen. Weitere Veranstaltungen fanden in Kooperation mit dem Ladyfest Leipzig und dem queeren Bündnis Walter Tróchez in Berlin statt.

Eine weitere Filmvorführung fand bereits im Februar im Queerkafe in München statt. Bei dieser Veranstaltung übernahm Eva Bahl vom Ökumenischen Büro die thematische Einführung und stand nach dem Film für Fragen zur Verfügung.

In Folge der Veranstaltung von Fernando Reyes und Eva Bahl in der Queeren Vorlesungsreihe an der Frankfurter Universität erschienen Artikel über LGBT-Kämpfe in Honduras in der Asta-Zeitung der Uni Frankfurt und in der Zeitung Queerulant_in des Schwulenreferates der Uni Gießen.

Bertha Cáceres, Direktorin von COPINH, zu Gast in Europa

Verleihung des Eichstätter Shalompreis an Berta Cáceres

Am 16. Juni nahm Bertha Cáceres Flores von der Indigenen-Organisation COPINH den Shalompreis 2012 in der Residenz in Eichstätt entgegen. Der Menschenrechtspreis wird vom AK Shalom der Katholischen Universität Eichstätt vergeben und ist mit 18.500 Euro einer der höchstdotierten Menschenrechtspreise in Deutschland. Die Honduras-Delegation hatte Cáceres bei einer Reise nach Honduras porträtiert und für den Preis vorgeschlagen.



Anlässlich der Preisverleihung organisierte die Gruppe eine Veranstaltungsrundreise mit ihr durch Italien, Österreich und Deutschland.

Veranstaltung mit Berta Cáceres in München

Am 18. Juni referierte Berta Cáceres im EineWeltHaus München über den Widerstand von COPINH gegen Projekte der Green Economy. Was hierzulande als eine vielversprechende Option im Kampf gegen den Klimawandel diskutiert wird, bei der sogar die Länder des Südens verdienen könnten, ist für die indigenen Gemeinden eine neue Form von Kolonisierung: In Honduras wehren sich hunderte betroffene Gemeinden gegen den Bau von Staudämmen und Projekte des internationalen Klimaschutzes wie REDD („Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung“) und CDM („Kreditvergabe-Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“). Denn diese Projekte des internationalen CO₂-Handels bedeuten für sie Vertreibung, Repression und Verlust ihrer Lebensgrundlagen. Ihre Gegner_innen sind, wie so oft, die Nachfolgeregierung des Militärputsches 2009 sowie nationale und internationale Konzerne.

Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit organisierte die Veranstaltung gemeinsam mit dem Lateinamerika Arbeitskreis des Nord-Süd-Forum München und dem Umweltinstitut München e. V.

Rundreise von Berta Cáceres zu den Folgen der Green Economy und zum Assoziierungsabkommen

Cáceres' Rundreise endete mit einem Aufenthalt in Berlin, bei dem sich im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel der Vorschlag

*Berta Cáceres,
Direktorin der
Indigenen-
Organisation
COPINH, beim
Essen mit Aktiven
der Honduras-
Solidarität in Berlin*



entwickelte, 2013 ein öffentliches Hearing einzuberufen (vor dem Europaparlament, oder auch im Entwicklungspolitischen Ausschuss des Bundestags) zu dem Vertreter_innen aus den zentralamerikanischen Ländern eingeladen werden könnten, um in Form aus erster Hand über die Auswirkungen der Green Economy-Projekte REDD und CDM in ihren Regionen berichten zu können.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung im Berliner Haus der Demokratie sprach Cáceres über den Zusammenhang von Menschenrechtsverletzungen und dem geplanten Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika. Zu Details und Auswirkungen des Abkommens hielt unser Mitarbeiter Andrés Schmidt ein Koreferat.

ILA-Ausgabe mit Schwerpunkt Honduras

Knapp ein Jahr nach Erscheinen unserer Honduras-Broschüre „Wir waren unsichtbar“ lud das Bonner Lateinamerika-Magazin *ila* die Honduras-Delegation dazu ein, ein Schwerpunkt-Heft mit neuen Informationen zu Honduras zu gestalten. Die Februar-Ausgabe 2012 enthält Artikel von Mitgliedern der Honduras-Delegation zu Landwirtschaft, Menschenrechtsarbeit, Journalismus, indigenem Widerstand und dem Landkonflikt in Bajo Aguan. Daneben gibt es Beiträge von Persönlichkeiten aus der honduranischen Demokratiebewegung: Zu Wort kommen der Gewerkschaftsführer Carlos H. Reyes, die feministische Sängerin Karla Lara, der Historiker Edgar Soriano und der Filmemacher Fernando Reyes. Ex-Präsident Manuel Zelaya wirft im Interview mit Kathrin Zeiske und Øle Schmidt der Europäischen Union einen Verrat an Demokratie und Menschenrechten vor: Zugunsten eines schnellen Abschlusses des Assoziierungsabkommens EU-Zentralamerika ignoriere sie die Menschenrechtsverletzungen des Regimes in Honduras.

Die komplette Auflage des Heftes war nach vier Wochen vergriffen, sodass das Heft nachgedruckt werden musste.

Menschenrechtsbeobachtung in Honduras

Seit dem Putsch betonen unsere Partnerorganisationen die Wichtigkeit internationaler Präsenz in den konfliktiven Gebieten des Landes. Im Verlauf unserer Besuche stellten wir fest, dass die punktuellen Besuche von Delegationsreisen zwar große Aufmerksamkeit erregen, aber in vielen Fällen eine permanente Präsenz von internationalen Beobachter_innen die wirksamere Maßnahme wäre. Wir arbeiten seither daran, mit Organisationen in Nordamerika, Europa und Honduras eine Infrastruktur für Ausbildung und Einsatz von Menschenrechtsbeobachter_innen aufzubauen. Bei einem Gespräch im Rahmen ihrer Europa-Rundreise äußerte die Direktorin von COPINH, Berta Cáceres, die Einschätzung, dass die Menschenrechtsverletzungen bis zur Wahl im November 2013 noch gravierender werden dürften, weil die Umfragewerte der Partei LIBRE die alten Eliten in Bedrängnis brächten. Auch wenn COPINH als Mitglied des Bündnisses Espacio Refundacional der Partei kritisch gegen-

über steht, empfahl sie die Organisation einer Wahlbeobachtung, da im Zusammenhang mit den Wahlen die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen zu befürchten seien (Siehe Seite 35 Die Bewegung wird gefährlich). Ähnliche Einschätzungen äußerten die Teilnehmer_innen des Journalist_innenprojekts 2012 nach Gesprächen mit Organisationen vor Ort.

Aufgabe des Ökumenischen Büros und der Honduras-Delegation im Jahr 2013 wird der Aufbau einer Infrastruktur für Menschenrechtsbeobachtung (MRB) und Wahlbeobachtung sein, wobei die MRB als Langzeitprojekt nach dem Vorbild der Arbeit von CAREA e.V. in Chiapas und Guatemala angelegt ist.

Öffentlichkeitsarbeit zu Honduras

Es ist ein Anliegen der Honduras-Delegation, alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, die Situation in Honduras bekannt zu machen und für Solidarität mit der Demokratiebewegung zu werben. Aktive aus dem Ökumenischen Büro waren beteiligt an den folgenden Aktivitäten:

Lateinamerika Woche Nürnberg

Die Organisatoren der Veranstaltungswoche im Januar präsentierten unsere Fotoausstellung „Gegen die Unsichtbarkeit“ in der Gaststätte des Kulturzentrums Villa Leon. Dort hielt am 26. Januar unser Referent für Honduras einen Vortrag über den Zusammenhang zwischen Menschenrechtsverletzungen und der Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Ein Drittel der während der Veranstaltungsreihe gesammelten Spenden ließen die Veranstalter_innen aufgrund der Vermittlung des Öku-Büros den Kleinbauernorganisationen in Bajo Aguan zukommen.

Workshop bei STUBE Bayern

Am 24.-26. Februar organisierte die evangelische Studienbegleitung für migrantische Studierende das Wochenendseminar „Zivilgesellschaft und Demokratie - welche Konzepte passen für die Länder des Südens?“ Unser Referent führte mit den ca. 30 internationalen Teilnehmer_innen einen ganztägigen Workshop durch. Gemeinsam wurden die Entstehung und Rolle einer Zivilgesellschaft am Beispiel der honduranischen Demokratiebewegung nach dem Putsch 2009 herausgearbeitet. Die Teilnehmer_innen verglichen dieses positive Beispiel mit den Verhältnissen in ihren Herkunftsländern und in Deutschland.

Vortrag in Solothurn zur Menschenrechtslage

Am 2. Juni hielt Andrés Schmidt auf Einladung der Schweizer Menschenrechtsorganisation Peacewatch einen Bildvortrag zur Menschenrechtssituation in Honduras nach dem Putsch. Anlass war die Jahreskonferenz der

Organisation, auf der die Teilnehmer_innen sich für eine Ausweitung von deren Arbeit auf das zentralamerikanische Land entschieden hatten.

Präsentation der Fotoausstellung „Gegen die Unsichtbarkeit“



Die 30-teilige Ausstellung mit hochwertigen Bildern honduranischer und deutscher Fotograf_innen bietet Informationen zur Geschichte des Landes seit dem Putsch und zur Lage in den Konfliktregionen. Im Jahr 2012 wurde die Ausstellung in den Städten Nürnberg, Hamburg, Heidelberg, Graz und Eichstätt gezeigt.

Radiobeitrag aus dem Öku-Büro

Tyna Baginsky von Radio Lora München produzierte auf Grundlage eines Interviews mit unserem Mitarbeiter Andrés Schmidt ein halbstündiges Radiofeature über das (nun gescheiterte) Projekt der Modellstädte in Honduras. Der Beitrag wurde auf Radio Lora und auf ColoRadio Dresden gesendet.

<http://www.freie-radios.net/51802>

¹ <http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/homicide.html>

² <http://www.newsinafrica.com/pgint.php?id=20114>

³ http://hondurasdelegation.blogspot.de/2012/07/von-der-journalistinnen-delegation-2012_09.html

⁴ <http://www.latribuna.hn/2012/10/05/develan-plan-para-matar-a-3-ministros/>

⁵ <http://amerika21.de/analyse/52096/libre-honduras>

⁶ <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/hoffnungslos-aus-der-art-geschlagen>

⁷ <http://www.hondurasdelegation.blogspot.de/search/label/JournalistInnen>

Länderbericht Mexiko

„Der Albtraum ist aus!“ titelte die politische Zeitung *bauern* und im November. Eine Theateraktivistin aus Ciudad Juárez kommentierte spontan: „Stimmt, der Albtraum ist aus... Aber, was kommt danach?“ Gemeint mit dem Albtraum sind die sechs Jahre Regierungszeit von Felipe Calderón.

Im Folgenden werden wir versuchen die Ereignisse aus seiner Amtszeit, die für unsere Arbeit maßgebend waren, zu analysieren. Wir sind der Meinung, dass die emanzipatorischen Kräfte, die den notwendigen Wandel in einer Gesellschaft in Gang setzen, bei der organisierten Bevölkerung zu finden sind – und nicht bei den Politiker_innen. Da aber die mexikanische Regierung so viele Entscheidungen traf, die sich gegen die eigene Bevölkerung richteten, ist die Amtszeit dieses Präsidenten eine genauere Betrachtung wert. Der mexikanischen Regierung gelang es außerdem, sich international als entschlossen im „Kampf gegen das organisierte Verbrechen“ darzustellen. Bei der deutschen Regierung und auf Ebene der EU wurde das positiv aufgenommen worden. Dies kritisch zu hinterfragen, ist ein weiterer wichtiger Grund, sich mit der Regierungszeit Calderóns auseinanderzusetzen.

Calderóns stürmische Anfänge

Felipe Calderón wurde 2006 Präsident Mexikos. Er trat die Nachfolge von Vicente Fox an, der das Amt von 2000-2006 innehatte. Beide gehören der Partei PAN (Partido de Acción Nacional) an. Das Establishment sah darin die Bestätigung des Demokratisierungsprozesses in Mexiko. Kritiker_innen hingegen, wie zum Beispiel der Zapatista Subcomandante Marcos – vermuteten Wahlbetrug.¹

Der Kandidat der progressiven Partei PRD (Partido de la Revolución Democrática) Andrés Manuel López Obrador rief zu friedlichen Protesten gegen den Wahlbetrug auf. Daraufhin formierte sich eine Massenbewegung, die in ihren Forderungen weit über das Parteiprogramm Obradors hinaus reichte. Diese Bewegung des friedlichen zivilen Widerstands gegen den Wahlbetrug war jedoch nicht der einzige organisierte Akteur, der im Jahr 2006 am politischen Horizont von Mexiko zu sehen war.

Im Mai 2006 hatte in San Salvador Atenco die gewalttätige Aktion gegen Blumenhändler_innen zu einer Solidarisierung in der Bevölkerung geführt. Die Polizei wollte ihnen nicht genehmigen, auf dem Markt von Texcoco zu verkaufen. Die Blockade einer nahe gelegenen Schnellstraße wurde mit unverhältnismäßiger Repression beantwortet: Zwei Jugendliche wurden von der Polizei ermordet, 23 Frauen wurden während ihrer Festnahme und beim Transport

von Polizisten sexuell, physisch und psychisch gefoltert. Drei Personen bekamen Gefängnisstrafen von bis zu 112 Jahren. Der Journalist und Akademiker Carlos Fazio definierte den Einsatz der Polizei als „Bevölkerungskontrolle“² im Sinne einer anti-subversiven, irregulären Kriegsführung.

Die EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) hatte Anfang 2006 mit der „sechsten Deklaration des Lakandonischen Urwalds“ zu einer bundesweiten Befragung über eine neue Form der Gesellschaftsorganisation aufgerufen. „Die andere Kampagne“ (La Otra Campaña)³ sollte durch das ganze Land reisen, um aus erster Hand mehr über die verschiedenen Probleme,



Wie 1994, nur diesmal ohne Waffen und in Stille, eroberten die Zapatistas die selben fünf Städte wieder.

me, aber auch über die Kämpfe im Land, zu erfahren. Grundgedanke der EZLN war, dass es „nichts mehr mit denen ‘dort oben’ zu verhandeln gäbe“. Mit der Sechsten Deklaration betonten sie, dass sie nichts von der nächsten Regierung erwarteten, wer auch immer an die Macht kommen würde.

Beim Amtsantritt von Felipe Calderón am 1. Dezember 2006 rauchten noch die Barrikaden, die in der Kommune von Oaxaca errichtet wurden⁴. Die wichtigste Forderung, den Rücktritt des Gouverneurs Ulises Ruiz Ortiz, erreichte die APPO nicht. Aber die Bevölkerung von Oaxaca hatte wichtige Erfahrungen in der Wirksamkeit von Massenorganisation gesammelt.

Was haben nun diese fünf beispielhaften politischen Ereignissen von 2005 2006 mit dem Amtsantritt Calderóns zu tun? Wir haben auf der einen Seite einen Präsidenten mit geringer Legitimität⁵, dem es selbst innerhalb seiner eigenen Partei an Rückhalt fehlt. Auf der anderen Seite konnten die sozialen Bewegungen ihren Organisationsgrad festigen und auch die parteiübergreifende Massenbewegung um López Obrador war gut aufgestellt.

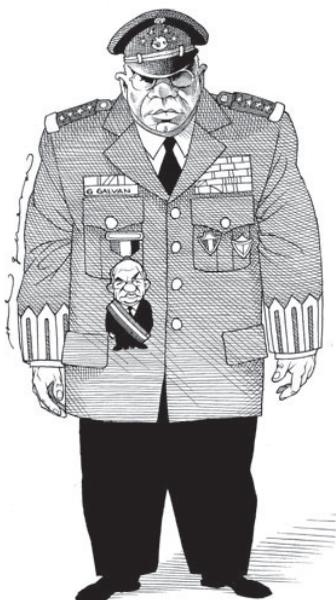
Calderón war sich seiner schwachen Ausgangssituation bewusst. Und auch das Militär und andere Falken der mexikanischen Politik witterten ihre Chance. Am 11. Dezember 2006 erklärte Calderón den Krieg gegen den Drogenhandel.⁶ Die nationale und die internationale Presse gaben dies fast ausnahmslos ohne Kritik wieder. Als sich der Präsident am 3. Januar und 10.

Februar 2007 in Militäruniform präsentierte, konnten wir noch nicht ahnen, welch weitreichenden Folgen diese Pose haben würde. Seine viel zu große olivgrüne Jacke war für die politischen Cartoonisten ein gefundenes Fressen. Aber die Geste war ernst gemeint, er hatte die Jacke nicht etwa angezogen, weil ihm kalt war. In Gesprächen mit unseren Partner_innen in Mexiko wurde uns klar, dass der sogenannte Drogenkrieg definitiv als Krieg zu bezeichnen ist, aber nicht gegen den Drogenhandel, sondern gegen die eigene Bevölkerung⁷. Beispielfähig kann dies an der Situation in Ciudad Juárez aufgezeigt werden.

Aufgrund der hohen Gewalt in der Stadt mit 307 Morden im Jahr 2007 beschlossen die Bundesregierung und die Landesregierung von Chihuahua den Start des „Gemeinsamen Einsatzes von Chihuahua“. In der Folge wurden in der Stadt an der Nordgrenze 8500 Soldaten und 2300 Bundespolizisten eingesetzt. Parallel zu diesem Einsatz schnellte die Mordstatistik nach oben. Laut Observatorio de Juárez wurden in Juárez in den Jahren 2008-2011 jedes Jahr zwischen 1500 und 3000 Menschen ermordet⁸. Bei den prominentesten Fällen von Morden wie zum Beispiel dem Massaker von Villas de Salvarcar⁹ befanden sich Angehörige der Bundeseinheiten in unmittelbarer Nähe der Ereignisse, ohne diese zu unterbinden. Deswegen sehen große Teile der Zivilgesellschaft die Sicherheitskräfte eher als Teil des Problems denn als Teil der Lösung.

Dieses Gefühl der Bevölkerung konnten wir in zahlreichen Gesprächen mit Journalist_innen, Aktivist_innen, Taxifahrer_innen und sogar Schulkindern feststellen.

Nachdem Calderón 2006 zuerst den „Krieg gegen den Drogenhandel“ ausgerufen und ihn später zum „Krieg gegen das organisierte Verbrechen“ umbenannt hatte, negierte er im Dezember 2011 in einem Interview mit López Dóriga, dem Nachrichtenchef von Televisa, jemals einen Krieg ausgerufen zu haben. Unabhängig von Calderóns Benennung kostete dieser Krieg von 2006 bis 2012 mehr als 100000 Menschen das Leben.^{10 11} Weitere 25 000 Menschen gelten als „Verschwundene“, da ihre Leichen nie gefunden wurden¹². An diesem Krieg sind eine Vielzahl von Gewaltakteuren beteiligt. Die Regierung ist mit Sicherheit nicht für alle diese Morde direkt verantwortlich. Sie trägt aber die Verantwortung dafür, dass fast alle diese Morde straflos blieben. In Mexiko liegt die Straflosigkeit bei 98 Prozent.¹³ Die Analysen bezüglich der Ursachen des Krieges sind vielfältig und teilweise so-



Calderon als Anhängsel des Militärs (La Jornada)

Im „Drogenkrieg“ sind die Opfer in Mexiko und die Drogen in den USA.



gar widersprüchlich. Dass die Opfer selten in einer direkten Konfrontation ermordet wurden und kaum jemand bewaffnet war, spricht zumindest gegen die These, dass es sich um Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Banden bzw. mit Sicherheitskräften handeln würde. Der Krieg verfolgt also andere Interessen. Während der Tagung „Mexiko als Rechtsstaat?“ von der Mexiko-Menschenrechts-Koordination setzten sich mehrere Referent_innen und Teilnehmer_innen mit dieser Frage auseinander. Der Journalist Carlos Fazio geht von einer Aktion aus, die von den USA mit gewisser Nachsicht bezüglich der mexikanischen Oligarchie durchgeführt wird, um gewisse Privilegien zu sichern beziehungsweise auszubauen.¹⁴ Hier kommen wieder die anderen vier politischen Momente von 2006 ins Spiel, nämlich: La Otra Campaña, San Salvador Atenco, Die Bewegung des zivilen friedlichen Widerstandes, und die APPO- Komune von Oaxaca. Calderón hat angesichts einer brodelnden sozialen Situation und einer schwachen politischen Stellung den Weg der Gewalt gewählt, um einen sozialen Aufstand zu vermeiden. Der Aufstand blieb ihm erspart, Mexiko aber hat nun noch einige Gründe mehr, um zu rebellieren.

Ereignisse, die für unsere Arbeit wichtig waren

Mitte dieses Jahres verabschiedete das mexikanische Parlament ein Gesetz zum Schutz von Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen. Dieses Gesetz ist das Ergebnis eines langwierigen Kampfes von Personen, die von Verfolgung und Kriminalisierung betroffen waren. Lange Zeit hatte sich die mexikanische Regierung geweigert, anzuerkennen, dass dies in Mexiko Risikoberufe sind. Verschiedene Berichte von lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen¹⁵ sowie der UNO machen die gefährliche Lage deutlich, in der sich Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen befinden. Vierzehn Menschenrechtsverteidiger_innen wurden in den Jahren 2010-

2012 ermordet. In den letzten 12 Jahren sind 70 Journalist_innen in Mexiko ermordet worden, allein seit 2006 waren es 45.¹⁶ Wir hoffen, dass das neu verabschiedete Gesetz mehr Schutz für die Betroffenen bedeutet. Die Nicht-Regierungsorganisationen sind skeptisch bezüglich der Möglichkeiten eines solchen Gesetzes, denn die Umsetzung ist von den Mitteln abhängig, die bereit gestellt werden. Und am politischen Willen, mit der Straflosigkeit zu brechen, mangelt es offensichtlich weiterhin.

Felipe Calderón führte jedoch nicht nur Mexiko in ein Blutbad, sondern unterschrieb auch noch in einer seiner letzten Amtshandlungen ein neues Arbeitsgesetz. Das neue Gesetz stieß innerhalb der Bevölkerung auf massive Kritik, da es die prekären Arbeitsbedingungen verschärft. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Comisión Económica para América Latina y el Caribe, CEPAL) hat deutlich gemacht, dass mit den Reformen mehr Menschen in den informellen Arbeitssektor gedrängt werden statt die versprochenen 400 000 Jobs geschaffen werden.¹⁷ Calderón war als presidente del empleo (der Präsident, der gut bezahlt Jobs ermöglichen wollte) angetreten. Stattdessen nahmen die Arbeitslosigkeit und die Anzahl der informell Beschäftigten zu. Der Mindesttageslohn wurde in den letzten sechs Jahren um 13 Pesos (ca. 1



Was würden wir machen, wenn das Brot 10 Euro kosten würde?

US-Dollar) erhöht. Die Kosten für Grundnahrungsmittel verdoppelten sich in der gleichen Zeit. Gasolinazo ist ein Neologismus, der in Mexiko für die ständige Erhöhung der Benzinpreise steht, was auch ein Ergebnis der mexikanischen Wirtschaftspolitik ist.¹⁸

Die Rückkehr der Dinosaurier

Wir verfolgten den Wahlprozess in Mexiko aufmerksam. Und ohne Sarkasmus lässt sich sagen, dass die Wahlen fast nach einem Drehbuch verliefen. In Mexiko spricht man nicht mehr von Staatswahlen, sondern von „Medienwahlen“.



Große Teile der Zivilgesellschaft kritisieren den Wahlkampf. Die Vorliebe der Medien für den Kandidaten der PRI war deutlich und das spürte die Bevölkerung auch.¹⁹ Die wichtigsten Medienunternehmen in Mexiko hatten die Direktoren der renommiertesten Umfrageunternehmen engagiert, um ihrer Manipulationsstrategie einen pseudowissenschaftlichen Charakter zu geben. The Guardian aus London berichtete über Bezahlungen von Peña Nieto an Televisa, dem größten Fernsehkonzern Mexikos, für

wohlwollende Berichterstattung.²⁰ Auch Stimmenkauf wurde praktiziert. Am Tag der Wahl häuften sich die Berichte über die Vergabe von Prepaid-Karten für den Einkauf in Supermarktketten durch Wahlkämpfer_innen von Peña Nieto.

Doch ein Ereignis sorgte dafür, dass nicht alles nach Drehbuch verlief. Die Bewegung #Yo soy 132²¹ (Ich bin 132) hatte den Wahlkampf letzten Monat deutlich aufgemischt. Sie stellte insbesondere die Rolle der Medien in Frage. Viele haben sich große Hoffnungen gemacht und sprachen sogar von einem „mexikanischen Frühling“. Der Aufstand blieb aus, aber die Mitglieder dieser neuen Bewegung gehen ihre Wege weiter, unbekümmert von den Erwartungen und Projektionen von außen. Hierzulande sind viele Gruppen von „Ich bin 132“ aktiv, die Münchner Zelle wurde zu einem wertvollen Part.

Enrique Peña Nieto ist nicht nur eine Art Sunnyboy, der mit einer hübschen Schauspielerin von Televisa verheiratet ist. Er ist auch nicht nur derjenige, der nicht den Titel der drei wichtigsten Bücher in seinem Leben erwähnen kann.²² Er ist auch der, der das Land Estado de Mexico regierte -und zwar mit harter Hand. So hatte er zum Beispiel die Repression von San Sal-



vador Atenco angeordnet. Menschenrechtsorganisationen, darunter unsere Partner_innen, zählten in einem Bericht die Menschenrechtsverletzungen während seiner Zeit als Gouverneur auf.²³

Das gewaltsame Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrant_innen am 1. Dezember 2012 während der Amtseinführung, die willkürlichen Verhaftungen und das intransparente Handeln der Justiz lassen in puncto Autoritarismus nicht auf eine grundsätzliche Veränderung der Situation hoffen.

Gerne würden wir goldene Zeiten für Mexiko voraussagen, aber letztlich hat die fünfjährige Tochter unseres Mexiko-Referenten wohl leider recht, wenn sie sagt: Armes Mexiko!

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Mexiko

Die mexikanische Zivilgesellschaft hat sich nicht von der Militarisierung der Gesellschaft einschüchtern lassen. Viele unserer Partner_innen kämpfen nicht nur gegen die Gewalt des sogenannten Krieges gegen die Drogen, sondern sie verteidigen weiterhin ihre Rechte, organisieren sich und leisten Widerstand gegen ein System, das sie als Feinde sieht. Hier präsentieren wir Ihnen/euch eine Zusammenfassung unserer Aktivitäten zu Mexiko außerhalb des Jahresschwerpunktes Militarisierung.

Veranstaltung „Die Vergessene Migration“

Am 2. Mai berichteten Nora R. Ortega Romero und María Luisa Aguilar Rodríguez, Mitarbeiterinnen des Menschenrechtszentrums Tlachinollan in Guerrero, im Mittwochscafé im Café Marat über die Situation landwirtschaftlicher Tagelöhner_innen, die zu den Plantagen der nördlichen Bundesstaaten emigrieren um dort zu arbeiten.

Wenn über Migration in Mexiko gesprochen wird, denken wir automatisch an die zahllosen Menschen, die in die USA migrieren oder an die vielen Mittelamerikaner_innen, die Leib und Leben riskieren, um die Grenze der USA zu erreichen. Jedoch redet fast niemand über die tausenden Frauen, Männer und Kinder, die jedes Jahr ihre Gemeinde in Guerrero verlassen, um in der Landwirtschaft im Norden Mexikos zu arbeiten. Der Bundesstaat Guerrero ist eine der ärmsten Regionen Mexikos. Aber nicht nur das: Der Staat kommt seinen Aufgaben nicht nach. So gibt es keine ausreichende ärztliche Versorgung und auch zu wenig Unterstützung gegen die Hungerproblematik. Stattdessen schickt man lieber Soldaten gegen die rebellische Bevölkerung. Jahrzehntlang sind die Gemeinden der Montaña de Guerrero (Bergland von Guerrero) von der Regierung und den Behörden ignoriert worden - außer während der Wahlen. Dort befindet sich der ärmste Landkreis Mexikos. In der Montaña leben

vor allem Indigene der Me´phaa, Nauas, Na savi und Nn anncue; sie werden als billige Arbeitskräfte in den Feldern von Multis des Agrarbusiness im Norden Mexikos eingesetzt. Ganze Familien müssen in überfüllten und maroden Bussen einige tausend Kilometer weit fahren, um an ihren Arbeitsorten, die gleichzeitig für sechs Monate ihr Zuhause sein werden, anzukommen.“ Auf diesen Feldern, auf denen überwiegend für den Export produziert wird, gilt nur eins: arbeiten, arbeiten, arbeiten... Die Rechte der Tagelöhner_innen werden missachtet; so werden zum Beispiel keine schriftlichen Arbeitsverträge ausgehändigt und viele erkranken durch den Einsatz von agrochemischen Mitteln. Um ihr Arbeitspensum zu erfüllen, müssen die Eltern auch die Kinder mit auf die Felder bringen.

1994 gründete Abel Barrera das Menschenrechtszentrum Tlachinollan. In ihrer Arbeit klagen dessen Mitarbeiter_innen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ein und fordern, dass sich das Militär für Folter, Vergewaltigungen und illegale Durchsuchungen verantworten muss. Nicht selten werden sie wegen ihres Engagements von den Mächtigen verfolgt.“ Seit 2006 dokumentiert das Menschenrechtszentrum Tlachinollan die“ Menschenrechtsverletzungen gegen die Tagelöhner_innen.“

Rundreise mit Bettina Cruz zu Windkraftanlagen

Im Mai organisierten wir eine Rundreise mit der sozialen Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin Bettina Cruz aus Juchitan. Sie nahm an der Bundeskonferenz Internationalismus im Mai in Erfurt teil und besuchte auch Leipzig, Potsdam, Hamburg, Bremen, Bielefeld, Freiburg, Basel (CH) und Wiesbaden.

Die Region Tehuantepec ist für ihre kulturellen Attraktionen bekannt. Bettina kam aber nicht auf die bunten Feste von Juchitan zu sprechen. Sie machte in ihren Vorträgen auf die Situation rund um den Bau von Windkraftanlagen aufmerksam. Dabei ging es uns nicht darum, Stimmung gegen alternative Energien zu machen. Wir haben sie eingeladen, um zu berichten, welche großen Umweltschäden durch vermeintlich saubere Energien verursacht werden können, wenn die Betreiber_innen nur Gewinn und Profitmaximierung verfolgen.

In ihren Vorträgen und Präsentationen erklärte Bettina deutlich, welche Schäden der Bau von Windkraftanlagen in ihrer Region der Umwelt, der lokalen Wirtschaft, der Kultur und dem sozialen Leben in ihrer Gemeinde zufügen. Im Portal amerika21.de erschien ein Bericht über Bettinas Vortrag, welcher die Situation deutlich erklärt: „Der Ausbau erneuerbarer Energien in Mexiko schürt neue Landkonflikte. Besonders betroffen ist dabei die Landenge zwischen dem Golf von Mexiko und dem Pazifik, dem Isthmus von Tehuantepec“.

Die Kritik der indigenen Gemeinden richtet sich dabei vor allem gegen die Umsetzung der Bauvorhaben. Zu keinem Moment sei die betroffene Bevölkerung konsultiert oder informiert worden. Es habe sich als unwahr erwiesen, dass der Anlagenbau keine Auswirkungen auf die Umwelt haben würde. Die Baumaßnahmen hätten teilweise zu irreparablen Schäden geführt, die den



*Innernessikanische
Migration führt zu
ausbeuterischer
Kinderarbeit.*

Ackerbau in Zukunft unmöglich machen.

Staatliche Behörden und Windenergie-Unternehmen reagieren auf Protest wiederum mit Einschüchterungen und Bedrohungen. Derzeit laufen gegen 40 Bauern- und Indigenenvertreter Ermittlungsverfahren. Die Aktivist_innen hatten versucht, den nicht genehmigten Bau eines Windparks auf ihrem Land zu blockieren. Auch gegen Bettina Cruz ist ein Verfahren anhängig, seitdem sie im Februar auf einer Protestaktion für mehrere Tage festgenommen wurde.

Mittlerweile haben die Bewohner_innen der Gemeinden San Dionisio und San Mateo del Mar durch den Beschluss des mexikanischen Bundesverwaltungsgerichts das Verbot für den Bau einer neuen Windkraftanlage in ihrer Gemeinde erreicht. Dies ist zweifellos eine sehr gute Nachricht. Die Kehrseite ist, dass Bettina ihre Stadt aufgrund von Morddrohungen verlassen musste.

Rundreise mit CACITA und Stadtpark OLGAs Oaxaca-Wochen

Von Ende Juli bis Mitte Oktober haben wir in Zusammenarbeit mit der Ya Basta-Gruppe aus Leipzig eine Rundreise mit zwei Mitgliedern des Kollektivs CACITA aus Oaxaca organisiert. CACITA ist ein autonomes Zentrum für die interkulturelle Herstellung angepasster Technologien und engagiert sich mittlerweile seit acht Jahren in den Bereichen Biokonstruktionen und Fahrradmaschinen und bietet Workshops zum nachhaltigen Umgang zum Beispiel mit Wasser und Müll an. Das Kollektiv arbeitet sowohl in seinem Stadtteil San Paolo Etna in Oaxaca / Mexiko als auch in Gemeinden verschiedener anderer Bundesstaaten. Im Rahmen der dreimonatigen Rundreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz, haben Aktive des Kollektivs auf verschiedene Weise ihre Arbeit vorgestellt. Mit einer Infoveranstaltung und einer Fotoausstellung gaben sie Einblicke in ihren Alltag und die vielseitigen Projekte von CACITA. In einem

Workshop wurden gemeinsam verschiedene Fahrradmaschinen gebaut, um auf praktische Weise zu lernen, wie man im Alltag auch ohne Strom auskommen kann. Die Workshopteilnehmer_innen waren von den verschiedenen Möglichkeiten, Fahrradmaschinen herzustellen, begeistert.

Hier in München veranstalteten wir den Workshop und die Informationsveranstaltungen im Rahmen von „OLGAs OAXACA Wochen“ im Giesinger Kultur- und Wohnprojekt Stadtpark OLGA vom 8. bis 13. August. Wir haben eine fahrradbetriebene Waschmaschine gebaut, die auf einem der Münchner Wagenplätze in Betrieb ist.

Der Graffiti-Künstler und Aktivist Yeska, ebenfalls aus Oaxaca, bestritt den zweiten Teil der Oaxaca-Wochen. Parallel zu einer Ausstellung seiner Werke im Farbenladen (Feierwerk) fand im Stadtpark OLGA am 3. August ein Livepainting statt, bei dem er dem Projekt eines seiner bisher größten Bilder überließ. Es wurde ebenfalls ein Film über die Arbeit der Künstler_innen des Kollektivs ASARO gezeigt, anschließend haben wir uns mit Yeska über seine Arbeit und politische Tätigkeit als Künstler ausgetauscht.

Schattenbericht von Yo soy #132

Am 1. September stellten die Mitglieder der Münchner Sektion des weltweiten mexikanischen Demokratienetzwerks Yo soy #132 einen Schattenbericht über die sechsjährige Regierung von Felipe Calderón sowie zu den Präsidentschaftswahlen in Mexiko vor. Mit dieser Veranstaltung stellte sich die Gruppe der Öffentlichkeit vor und zeigte, dass ihr politisches Interesse und Engagement über die Bekämpfung von Wahlbetrug hinaus geht.

Buchvorstellung zu Umweltaktivismus von unten

Am 13. September veranstalteten wir im Wohnprojekt Ligsalzstraße 8 die Vorstellung des Buches „Wer Beton sät, wird Zorn ernten. Mexikos Umweltbewegung von unten“ von Luis Hernández Navarro. Kooperationspartner waren Yo soy #132 Munich und die Münchner Menschenrechtsgruppe Pacta Servanda.

In Mexiko sind Bäuerinnen und Bauern, die sich für den Erhalt ihrer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen, regelmäßig Repressionen ausgesetzt oder bezahlen ihr Engagement sogar mit dem Leben. Der Raubbau von natürlichen Ressourcen und der Widerstand der Menschen vor Ort gegen die rücksichtslose Zerstörung ihrer Umwelt sind Thema des Buches von Luis. Es geht um die schwierigen, aber immer wieder auch erfolgreichen Aktionen gegen Abholzungen, die Privatisierung von Trinkwasser, den Bau industrieller Megaprojekte, oder um den Widerstand gegen eine agroindustrielle Produktion, die Kleinbauern und -bäuerinnen verdrängt und schwere Gesundheitsschäden für die dort lebende Bevölkerung nach sich zieht. Der mexikanische Publizist Luis Hernández Navarro ist langjähriger Redakteur der Kommentarseite sowie Kolumnist bei der renommierten mexikanischen Tageszeitung La Jornada. Er hat mehrere

Bücher und Artikel über soziale Bewegungen und die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Mexiko veröffentlicht.

Infotische bei Musik-Konzerten



Luis Hernandez brachte ein Stück des Herzens der Umweltkämpfe von Mexiko nach München.

Zusammen mit Yo soy #132 Munich waren wir mit Infotischen bei Konzerten der zwei mexikanischen Bands Molotov und Panteon Rococo präsent. Bei beiden Konzerten haben wir Unterschriften gegen den Wahlbetrug in Mexiko gesammelt und über die Situation im Land informiert. Während des Konzerts von Panteon Rococo konnte ein offener Brief verlesen werden. Mit dieser Aktion erreichten wir ein Publikum, welches normalerweise nicht von unserer Arbeit erfahren würde.

Fiesta de Muertos

Am 1 November feierten wir zusammen mit den Mitgliedern von Yo soy #132 Munich und Freund_innen die Fiesta de Muertos, Das Totenfest ist eines der wichtigsten Feste in Mexiko. Es wird an die toten Verwandten erinnert. Wir haben neben unseren Angehörigen auch der vielen Genoss_innen gedacht, die für eine andere Welt gekämpft haben und heute nicht mehr hier sind.

- 1 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mexiko-zapatisten-fuehrer-spricht-von-wahlbetrug-a-425686.html>
- 2 Diese Art von Einsatz, der auf der „Lacheroy Doktrin“ basiert - benannt nach Oberst Charles Lacheroy, der sie in der Schlacht von Algier, nach der französischen Niederlage von Dien Bien Phu einsetzte - ist Bestandteil der psychologischen anti-subversiven Kriegsführung, eine Form der irregulären (nicht-konventionellen) Kriegsführung, kombiniert aus dem gezielten Einsatz nachrichtendienstlicher Öffentlichkeitsarbeit, Propaganda und Massenkontrolle innerhalb eines spezifischen Gebietes.
- 3 Trotzdem haben sie ihre neue Initiative genau in einem Moment begonnen, indem die politische Macht neu gewählt wird. SIPAZ-News vom 01.12.2005
- 4 Im südwestlichen mexikanischen Bundesstaat Oaxaca fand 2006 eine Revolte statt. Nachdem die Polizei am 14. Juni 2006 gewaltsam eine Zeltstadt streikender Lehrer_innen auf dem Zócalo, dem zentralen Platz der gleichna-

- migen Hauptstadt des Teilstaates, aufgelöst hatte, begann eine Solidarisierung und Mobilisierung, die weite Teile der Bevölkerung erfasste. Am 17. Juni wurde die Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca (Versammlung der Bevölkerungen von Oaxaca, APPO) gegründet, in der sich rund 350 Organisationen, Gruppen und Initiativen zusammenschlossen. Bis zu ihrer Niederschlagung durch Beamt_innen der Bundespolizei Ende November 2006 erkämpfte und erlitt die Bewegung gegen den autoritär regierenden Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz (PRI) verschiedene Höhe- und Tiefpunkte: Mindestens 23 Menschen wurden von paramilitärischen, regierungsnahen Gruppen erschossen, ungezählte wurden verletzt und rund 300 verhaftet.
- 5 Vgl. hierzu: Gerold Schmidt, Poonal vom 27.02.2007
 - 6 <http://aristeguinoticias.com/2205/mexico/sedena-y-los-pinos-declaran-la-inexistencia-de-una-estrategia-de-combate-al-crimen/> (spanisch)
 - 7 „Mexiko führt einen Krieg gegen die Bevölkerung“ Anti-Drogenkampf dient als Vorwand für Repression gegen die sozialen Bewegungen. Interview mit Carlos Fazio
<http://projekte.free.de/bankrott/basta/n20071020.html>
 - 8 2008: 1569, 2009: 2371, 2010: 2980, 2011: 1956. Quelle: <http://observatoriodejuarez.org/dnn/Estadisticas/Homicidios.aspx>
 - 9 Vgl. hierzu: Infoblatt Nr. 80. Willibaldo Delgadillo: „Juárez zwischen der Politik des Schreckens und dem Widerstand“, S 18-23.
 - 10 http://www.excelsior.com.mx/index.php?m=nota&seccion=nacional&cat=1&id_notas=871927
 - 11 Die mutmaßliche Anzahl der Mordopfer variiert je nach Quelle, andere Versionen gehen von ca. 83000 Morden aus.
 - 12 http://www.washingtonpost.com/world/the_americas/mexicos-crime-wave-has-left-up-to-25000-missing-government-documents-show/2012/11/29/7ca4ee44-3a6a-11e2-9258-ac7c78d5c680_story.html
 - 13 Interview mit MEP Ska Keller, „In der Tat: Die Lage der Menschenrechte in Mexiko ist alles andere als rosig. Eines der zentralen Probleme ist die immense hohe Straflosigkeit: 98% aller Straftaten werden niemals aufgeklärt“
<http://www.boell.de/weltweit/lateinamerika/lateinamerika-interview-ska-keller-menschenrechte-mexiko-15674.html>
 - 14 <http://www.rechtsstaat-mexiko.de/2012/11/30/paramilitarismo-y-despojo-washington-y-la-territorialidad-de-la-dominacion-el-caso-mexico.html>
 - 15 http://www.blickpunkt-lateinamerika.de/hintergrund/msgf/mexiko%3A_bedrohte_menschenrechtsverteid
 - 17 <http://www.sexenio.com.mx/articulo.php?id=20252>
 - 18 http://www.elfinanciero.com.mx/index.php?option=com_k2&view=item&id=27530&Itemid=26
 - 19 <http://aristeguinoticias.com/0306/post-elecciones/50-de-mexicanos-opinan-que-televisoras-apoyan-a-eqn/>
 - 20 <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jun/11/wikileaks-us-concerns-televisa-pena-nieto>
 - 21 <http://www.npla.de/de/poonal/3851-yo-soy-132—studierende-in-mexiko-gegen-pena-nieto>
 - 22 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/enrique-pena-nieto-gewinnt-praesidentschaftswahl-in-mexiko-a-842004.html>
 - 23 Der Bericht ist auf spanisch: http://www.reddt.org.mx/media/descargables/Informe_edomex_prodh%202011_1.pdf

Länderbericht

Nicaragua

„Weiter wie bisher, nur besser“ - mit diesem zentralen Wahlslogan war Daniel Ortega im November 2011 wieder zum Präsidenten Nicaraguas gewählt worden. Nachdem inzwischen ein Jahr verstrichen ist, kann man sagen: daran hat sich die FSLN bisher gehalten. Nicht alle werden dem „besser“ zustimmen, aber die FSLN und Ortega sind sicher mit dem abgelaufenen Jahr sehr zufrieden.

Die Machtfülle der FSLN im Jahr 2012 ist beeindruckend. Sie dominiert alle wichtigen Institutionen des Staates. Seit langem schon hat sie eine unangefochtene Mehrheit im Obersten Gerichtshof. Eine Machtposition, die für die Wiederwahl von Daniel Ortega im vergangenen Jahr entscheidend war. Mit Hilfe des Obersten Gerichtshofs umschiffte er das ihm lästige Verfassungsgebot, dass amtierende Präsidenten sich nicht zur Wiederwahl stellen können. Während der vergangenen Amtsperiode – 2006 bis 2011 – baute die FSLN



*Der Vorsitzende des
Obersten Wahlrats,
Roberto Rivas*

dann den Obersten Wahlrat zielstrebig zu einem Instrument um, das ihr so schnell wohl keine Wahlniederlage mehr bescheren wird. Einen weiteren Machtzuwachs brachten die Wahlen im November 2011. Seither dominiert sie auch unangefochten die Legislative. Die FSLN hat jetzt in der Nationalversammlung 62 der 90 Sitze und damit die qualifizierte Mehrheit. Sie könnte damit sogar die Verfassung ändern. In einem gewissen Gegensatz zu diesem Machtzuwachs

verlief die zweite Amtsperiode Ortegas bisher recht ruhig. Sie begann ohne größere Kabinettsumbildungen und ohne spektakuläre neue Vorhaben.

Die Opposition bietet nichts

Dieser Machtfülle steht praktisch nichts entgegen. Die dezimierte Opposition beklagt sicherlich zu Recht die Parteilichkeit des Obersten Wahlrats, die bis zu offenem Wahlbetrug reicht. Unter solchen Bedingungen eine überzeugende Oppositionspolitik zu machen, ist sicherlich nicht einfach. Aber die Opposition bietet kein überzeugendes Gegenkonzept und keine erkennbare Strategie. Nur auf ihre Uneinigkeit ist Verlass. Die beiden wirtschaftsliberalen Parteien PLC und PLI, die einzigen Parteien, die bei Wahlen im Augenblick noch relevante Stimmanteile erringen können, reden zwar seit Jahren von Einheit,



Ein Staatsangestellter präsentiert seine monatliche Zusatzzahlung - umgerechnet etwa 20 Euro.

bekämpfen sich aber mit Inbrunst gegenseitig. Dieser katastrophale Zustand der Opposition spiegelt sich auch in Umfrageergebnissen wider.¹ Im September erklärten 80 Prozent der befragten Nicaraguaner_innen, dass sie den Oppositionsparteie

misstrauen würden und fast genauso viele bezeichneten ihre Politik als miserabel. Präsident und Regierungspartei genossen hingegen das Vertrauen von zwei Drittel der Befragten.

Woher rührt das große Vertrauen in die Regierung?

Aus der erwähnte Umfrage kann man schließen, dass die Bevölkerung vor allem mit der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Situation in den letzten Jahren zufrieden ist. Fehlende Arbeitsplätze und die im Lande herrschende Armut werden weiterhin als die Hauptprobleme Nicaraguas angesehen, aber der Prozentsatz derjenigen, die sich deshalb Sorgen machen, sinkt kontinuierlich. Außerdem sehen die Befragten die Entwicklung der Beziehungen zu Venezuela als sehr wichtig an. Dabei denken sie vor allem an die damit finanzierten sozialen Programme der Regierung. Die Programme Hambre Cero, Usura Cero, Plan Techo und Bono Solidario fördern kleinbäuerliche Landwirtschaft, Kleingewerbe, die Verbesserung von Behausungen und die Einkommen unterer staatlicher Bediensteter und werden unabhängig von den politischen Überzeugungen sehr positiv eingeschätzt. Zwischen 10 und 25 Prozent der Befragten ge-

ben an, dass sie von diesen Programmen begünstigt wurden. Die Regierung Ortega wird also vor allem wegen ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik geschätzt.

Auch der Unternehmerverband schätzt die Wirtschaftspolitik der Regierung

Die Wertschätzung der Politik der Regierung beschränkt sich aber nicht auf die Begünstigten, sondern findet sich auch in den Kreisen der nicaraguanschen Wirtschaft und bei den internationalen Finanzorganisationen. Der Unternehmerverband COSEP schätzt vor allem die makroökonomische Entwicklung. Seit Jahren verzeichnet Nicaragua das höchste Wirtschaftswachstum in Zentralamerika. Es wird vor allem vom Export und vom Ausbau der freien Produktionszonen – den Maquilas – angetrieben. Auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Venezuela schätzt der COSEP sehr. Das Land war zwar für Nicaragua schon immer wichtig, weil man von dort Erdöl importierte, aber inzwischen ist es auch ein sehr wichtiger Abnehmer für nicaraguansische Exportprodukte. Nach den USA steht es an zweiter Stelle beim Gesamtexport und beim Rindfleisch ist das Land sogar Hauptabnehmer.

Der COSEP schätzt es auch, dass auf internationaler Ebene die Wirtschaftspolitik der vorhergehenden Regierungen fortgesetzt wird. Das Assoziierungsabkommen mit der EU wurde von der Regierung Ortega verhandelt, unterzeichnet und am 17. Oktober 2012 von der Nationalversammlung einstimmig ratifiziert. Damit ist Nicaragua das erste Land Zentralamerikas, das den Vertrag ratifiziert hat.

Das Dilemma der sozialen Bewegungen

Für die sozialen Bewegungen wird die Situation schwieriger. Dass ihnen eine starke und machtbewusste Regierung, die außerdem mit den Mitteln aus Venezuela über viel Geld verfügt, gegenüber steht, schränkt ihre Möglichkeiten ein. Ein Teil der praktischen Forderungen der sozialen Bewegungen hat sich mit den Sozialprogrammen der Regierung erledigt und weitergehende Forderungen nach grundsätzlichen sozialen Veränderungen sind nicht durchsetzbar, wenn sie mit den politischen Vorstellungen dieser starken Regierung kollidieren. Ein Beispiel hierfür ist das Assoziierungsabkommen mit der EU. Die Regierung war dafür und zog es durch. Davon, dass viele soziale Bewegungen nach den Erfahrungen mit dem Freihandelsvertrag CAFTA mit den USA sehr große Bedenken hatten, hat die Öffentlichkeit kaum etwas mitbekommen. Die sozialen Bewegungen wurden nicht gehört und für einen ins Gewicht fallenden Widerstand fehlten ihnen eigene Kraft und Verbündete. Die Gewerkschaften sind regierungstreu und viele Menschen sind mit den konkreten Verbesserungen ihrer persönlichen Situation durch die Sozialprogramme der Regierung einfach zufrieden. Die Bedeutung der sozialen Bewegungen als Opposition außerhalb der Parlamente nimmt ab. Es erreichten uns allerdings auch keine Nachrichten von Kriminalisierung oder Gewalt gegen die sozialen Bewegungen, Mittel, die für die Regierung Ortega in den ersten Jahren noch gebräuchlich waren. Einige

Organisationen, wie zum Beispiel die Frauenorganisation MEC oder das Movimiento Comunal Nicaragüense, sind in der Lage, ihre Forderungen in Gesetzesvorhaben der Regierung Ortega einzubringen. Die Organisation nierengeschädigter Zuckerrohrarbeiter_innen ANAIRC äußert sich zufrieden mit der Unterstützung durch die Regierung. Andere Gruppen werden ignoriert. Der Rückgang von Fördergeldern aus dem Ausland bedingt zudem ein Schrumpfen des professionellen NGO-Sektors. Für viele ausgebildete Kräfte wird der Wechsel in den Dienst der Regierung zur denkbaren Alternative. Andere, darunter viele Frauenorganisationen, bewahren sich ihre Unabhängigkeit und lehnen jede Zusammenarbeit mit der Regierung Ortega ab. Die Leistungen der Regierung in der Frauenpolitik finden jedoch bis in diese Kreise durchaus Anerkennung.

Frauenpolitik

In diesem Jahr sind in Nicaragua einige wichtige Gesetze, die die gesellschaftliche Situation der Frauen betreffen, verabschiedet worden. Das bedeutendste ist das Gesetz gegen die Gewalt gegen Frauen, das im Januar vom Parlament verabschiedet wurde und seit Juni in Kraft ist. Beim Zustandekommen des Gesetzes spielte die Frauenorganisation María Elena Cuadra (MEC)



Büro der
Frauenorganisation
Colectivo de Mujeres de
Matagalpa

eine wichtige Rolle. Der verabschiedete Gesetzestext geht auf einen Vorschlag des MEC aus dem Jahr 2010 zurück. In dem neuen Strafgesetz wird Frauen das Recht auf ein Leben „frei von Gewalt“ zugesprochen. Gewalt gegen Frauen in verschiedenster Form wird in dem Gesetz definiert und geahndet: physische, psychische, sexuelle und ökonomische Gewalt einschließlich Erbangelegenheiten, ausgeübt von Staatsorganen, am Arbeitsplatz und, erstmals direkt angesprochen, die intrafamiliäre Gewalt. Mit der Reform wird der

Begriff des Frauenmordes (femicidio) ins nicaraguanische Strafrecht eingeführt.

Leider zeigte sich aber inzwischen, dass ein gutes Gesetz nicht automatisch die Verbesserung der Zustände zur Folge hat. Am 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, hat die nicaraguanische Frauenbewegung eine ernüchternde Bilanz gezogen. Die Behörden hatten bis dahin 38 Frauenmorde gezählt und damit fünf mehr als im Vorjahr. Die Frauenorganisationen selbst kamen bei einer eigenen Zählung sogar auf die Zahl von 69 Frauenmorden.

In einem zweiten erwähnenswerten Gesetzesvorhaben ging es um die Reform des Gemeindegesetzes. Am 8. März beschloss das Parlament einstimmig, dass in Zukunft bei den Gemeindewahlen die Parteien in den Kandidatenlisten für Gemeinderät_innen, Bürgermeister_innen und Vizebürgermeister_innen 50 Prozent Frauen aufstellen müssen. Da die Gesetzesreform außerdem die Zahl der Gemeinderät_innen verdreifacht, wird die politische Repräsentanz von Frauen enorm steigen. Also auch hier ein bemerkenswerter Versuch, die nicaraguanischen Frauen zu stärken.

Erneuerbare Energie

Ein Politikfeld, auf dem die Regierung Ortega große Erfolge erzielte, ist die Energiegewinnung. Nachdem die Regierung Ortega in den ersten Jahren Engpässe bei der Stromversorgung mit Hilfe von Generatoren aus Venezuela beseitigen konnte, ist sie jetzt dabei, die Stromerzeugung auf erneuerbare Energie umzustellen. Im November ging Nicaraguas dritter Windpark in Betrieb. Alle drei Projekte befinden sich in der Provinz Rivas im Süden Nicaraguas, wo auf der Landenge zwischen dem Pazifik und dem Nicaraguasee günstige Verhältnisse für den Betrieb von Windkraftanlagen herrschen. Weitere Windkraftanlagen sind in der Planung.

Die Ausbeutung einer für Nicaragua typischen, ganz speziellen Energiequelle wird im Augenblick auch weiter vorangetrieben. Schon unter der sandinistischen Regierung der 1980er Jahre war Nicaraguas erstes und bisher einziges geothermisches Kraftwerk am Vulkan Momotombo gebaut worden. Jetzt gibt es eine zweite Anlage. Noch in diesem Jahr soll die geothermische Anlage San Jacinto Tizate in der Nähe von León, die bisher nur die Hälfte ihrer Leistung bringt, den vollen Betrieb aufnehmen.

Am wichtigsten aber für den Umstieg auf erneuerbare Energie ist der Bau der Wasserkraftanlage Tumarín am Rio Grande de Matagalpa. Das Projekt hat eine lange und kontroverse Geschichte. Schon unter dem konservativen Präsidenten Enrique Bolaños (2002 bis 2007) wurde am Rio Grande de Matagalpa das Megaprojekt Copalar geplant, gegen das sich heftiger Widerstand entwickelte. Der Widerstand kam vor allem aus dem Ort Bocana de Paiwas, der mit seinen 1.500 Häusern vollständig im Stausee verschwinden sollte. Die Regierung Ortega hat erfreuliches Augenmaß bewiesen und das Projekt Copalar auf ein Drittel verkleinert. Von den damals geplanten drei Staudämmen wird nur noch die Anlage Tumarín verwirklicht. Die Bauarbeiten, die inzwischen laufen,

werden sich noch bis 2014 hinziehen. Auch ohne das Kraftwerk Tumarín liegt der Anteil der erneuerbaren Energie im Elektrizitätssektor jetzt schon bei 46 Prozent. In der BRD liegt der Wert bei 20 Prozent. Die positiven Konsequenzen für Nicaragua zeigen sich bereits in der Außenhandelsstatistik. In diesem Jahr sank erstmalig die Menge des importierten Erdöls.

Bei der Förderung erneuerbarer Energien geht es der Regierung weniger um den Umwelt- und Klimaschutz als um den wirtschaftlichen Vorzug einer geringeren Abhängigkeit von Erdölimporten. An einer Strategie zum Klimaschutz kommt Nicaragua jedoch nicht vorbei, da Zentralamerika zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Regionen der Erde gehört. Die Region wird insgesamt wärmer und trockener, während die extremen Wetterereignisse deutlich zunehmen. Die Regierung ist bemüht, eine Strategie zur Anpassung an diese Phänomene zu entwickeln. Die Forderung nach Klimagerechtigkeit, also einem Ausgleich zwischen den Verursachern des Klimawandels im Norden und den Geschädigten im Süden, stellen jedoch nur soziale Organisationen wie das Netzwerk „Otro Mundo es Posible“ oder die Umweltschutzorganisation Intipachamama.

Kommunalwahlen

Politisches Hauptereignis des Jahres 2012 waren ohne Zweifel die Kommunalwahlen am 4. November, spannend waren sie jedoch nicht. Das Verhältnis zwischen Regierungspartei und Opposition war zu ungleich, das Ergebnis stand schon lange vor dem Wahltermin fest. Die Opposition trat ohne Ideen und ohne Geld an. Sogar der Unternehmerverband, traditioneller Verbündeter der Rechtsparteien, glaubte nicht an sie und sparte sich die Ausgaben. Die MRS als einzige linke Oppositionspartei trat zur Wahl gar nicht erst an. Sie ist inzwischen aber auch fast bedeutungslos. Ihre Umfragewerte liegen unter 1 Prozent. So sah die Opposition nur eine Chance: Sie konzentrierte sich von Anfang an darauf, die zu erwartenden Inkorrektheiten beim Wahlprozess zu beklagen. Die FSLN und der von ihr beherrschte Wahlrat waren eifrig bemüht, den Befürchtungen der Opposition gerecht zu werden. Mit Formalitäten ging man großzügig um. Wen stört es schon, dass in der Verfassung steht, dass die Amtszeit der Mitglieder des Obersten Wahlrats nach fünf Jahren abläuft. Die Leute hatten sich offensichtlich bewährt. Eine Wahlbeobachtung wurde nicht genehmigt, schon gar nicht, wenn die sich bewerbenden Organisationen als kritisch bekannt waren.

Der Wahlkampf war müde. Interesse erweckte nur, dass es in 40 Landkreisen innerhalb der Basis der FSLN zu massiven Protesten kam, weil die Menschen vor Ort nicht mit Kandidat_innen einverstanden waren, die ihnen die Parteiführung in Managua aufgezwungen hatte. Die Proteste blieben aber erfolglos.

Das Ergebnis wurde schnell nach der Wahl veröffentlicht und war nicht nachprüfbar. Bei den Wahlen zu den Bürgermeister_innen gewann die FSLN in 134 der 153 Gemeinden. Die stärkste Oppositionspartei PLI gewann elf Ge-



*Der Kandidat der PLC für
das
Oberbürgermeisteramt
von Managua beim
Wahlkampf*

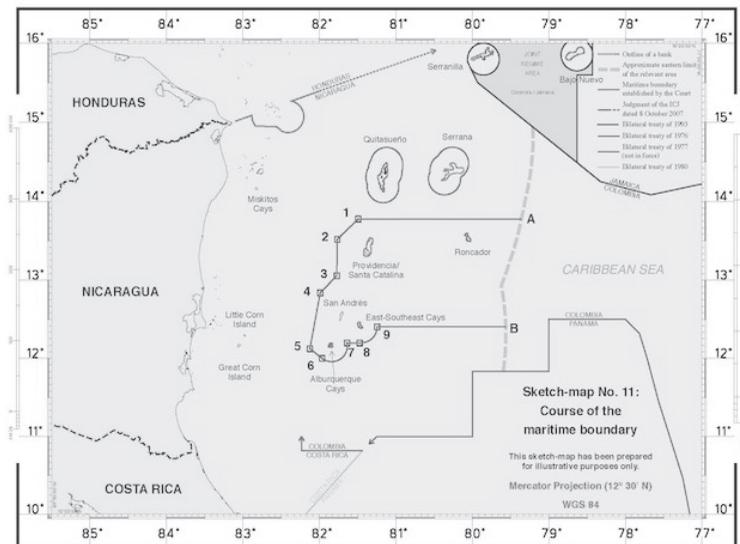
meinden, die PLC zwei, die ALN eine und die Regionalpartei YATAMA an der Atlantikküste drei. Das war ein beträchtlicher Zugewinn für die FSLN, die bei den vorhergehenden Wahlen 2008 nur in 109 von 153 Gemeinden gewonnen hatte. Die Ergebnisse waren weder völlig unrealistisch noch hundertprozentig korrekt. Dass es ein überragendes Ergebnis für die FSLN geben würde, hatte sich schon in Umfragen angekündigt und wurde nach der Wahl indirekt durch die Opposition bestätigt. Die Opposition legte nämlich nur in vier der 153 Gemeinden Protest ein.

Die geringe Wahlbeteiligung von 46 Prozent wurde von Kritiker_innen als Indiz für eine große Unzufriedenheit mit der parteiischen Wahlbehörde gewertet.

Grenzstreit mit Kolumbien

Ein außenpolitisches Ereignis muss noch erwähnt werden, da es weitreichende Konsequenzen haben kann. Am 17. November beendete der Internationale Gerichtshof in Den Haag einen jahrzehntelangen Grenzstreit zwischen Nicaragua und Kolumbien. In einem salomonischen Urteil wies das Gericht Nicaraguas Anspruch auf sieben unbewohnte Karibikinseln ab und sprach sie Kolumbien zu. Gleichzeitig regelten sie aber die Seegrenze zwischen den beiden Staaten so, dass sie einen großen Teil des von Kolumbien beanspruchten Gebietes Nicaragua zusprach. Das Gebiet liegt in der 200-Meilen-Zone Nicaraguas. Das Land hat dort jetzt das exklusive Recht zum Fischfang und zur Förderung der wahrscheinlich vorhandenen Öl- und Gasvorkommen. Genauso groß wie die Begeisterung in Nicaragua - man feierte sofort einen Tag der nationalen Einheit - war die Bestürzung in Kolumbien. Als Konsequenz trat

Der neu geregelte Verlauf der Seegrenze zwischen Nicaragua und Kolumbien



Kolumbien aus dem Bogotá-Pakt aus. In dem Pakt verpflichteten sich die Länder des amerikanischen Kontinents 1948, Konflikte untereinander mit friedlichen Mitteln zu lösen, das heißt bei Uneinigkeiten den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen. Nach dem Austritt Kolumbiens gab es aber schon ein Treffen zwischen den Präsidenten der beiden Länder, in dem beide versicherten, dass man das Problem auf friedlichen Wegen lösen wolle. Wenn dies gelingt, wird die Popularität Daniel Ortegas weiter steigen. Die Opposition ist seither fast völlig verstummt, wird aber auch nicht vermisst.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Nicaragua

Unter der Regierung Ortega hat sich auch in der Solidaritätsarbeit zu Nicaragua bei den Organisationen in Deutschland ein Wandel vollzogen. Eine Zusammenarbeit mit der FSLN nach dem Vorbild der 80er Jahre kommt für die wenigsten Gruppen infrage. Gleichzeitig verlieren viele unabhängige Organisationen in Nicaragua an Bedeutung, die unter den neoliberalen Regierungen bis 2006 Partner_innen der Solidaritätsarbeit waren. Andere werden von der FSLN vereinnahmt. Auch hierzulande, in der unmittelbaren Umgebung des Ökumenischen Büros, ist eine Krise zu spüren: Die Ebersberger Nicaragua-Initiative Diriomito e. V. löste sich auf.

Gründe gab es genug für die deutschsprachigen Nicaragua-Gruppen, Bi-

lanz zu ziehen und über Perspektiven der Solidarität zu diskutieren. So war die Vorbereitung der Nicaragua-Konferenz im Oktober in Wuppertal ein Schwerpunkt unserer Nicaragua-Arbeit im Jahr 2012.

Nicaragua-Konferenz in Wuppertal

Der Vorbereitungsprozess für die Konferenz im Oktober begann bereits im April, als bei einem ersten bundesweiten Vorbereitungswochenende die vier thematischen Blöcke (Panels) Fairer Handel, Frauenbewegung, Energie/Klima sowie Wirtschaftspolitik festgelegt wurden. Gemeinsam mit dem Gastgeber der Veranstaltung, dem Informationsbüro Nicaragua Wuppertal, übernahmen wir die Vorbereitung des Panels zu Wirtschaftspolitik mit dem Titel „Aufbruch in Abhängigkeiten“. Die Konferenz fand am 19.-21. Oktober in Wuppertal statt und war mit ca. 120 Teilnehmer_innen überraschend gut besucht. Das Panel Wirtschaftspolitik bot folgendes Programm:

- Vortrag im Plenum der Konferenz zur Wirtschaftspolitik Daniel Ortega von unserem Mitarbeiter Eberhard Albrecht
- Workshop über die Entwicklung der Maquila-Industrie unter Präsident Ortega mit Timm Schützhofer vom Nica-Netz
- „Alternativen zur Exportförderung: Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft“ von Martha Flores von unserer nicaraguanischen Partnerorganisation „Otro Mundo Es Posible“.
- Workshop zu den Auswirkungen des Assoziierungsabkommens EU-Zentralamerika auf die Ökonomien Zentralamerikas von Pablo Morazan (Südwind)
- Diskussionsrunde: „Stop Assoziierung“ mit Alexander King (Die Linke im Bundestag), Gaby Küppers (Mitglied des Europäischen Parlaments), Klaus Hess (Informationsbüro Nicaragua Wuppertal) und Andrés Schmidt (Ökumenisches Büro) über den Stand der Dinge bei der Verabschiedung des Abkommens, über die Kampagne „Stop Assoziierung“ und über Interventionsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft.

Im Rahmenprogramm des Kongresswochenendes boten wir einen Einführungsworkshop mit Bildvortrag von unserem Nicaragua-Referenten mit dem Titel „Warum sich für Nicaragua interessieren?“ . Die beiden ehemaligen Brigadistinnen Maren Krätzschar und Ina Obuch gestalteten den Workshop „Von Soli bis Weltwärts“, der die verschiedenen Möglichkeiten für junge Leute, in Nicaragua freiwillige Arbeit zu leisten, vorstellte und reflektierte.

Unsere Position bei der Abschlussdiskussion im Plenum am Sonntag Morgen war die folgende: Die wichtigste Solidaritätsarbeit zu Nicaragua ist es, die Rolle zu reflektieren, die wir selbst für die Realität in Nicaragua spielen, sei es als Konsument_innen von Kaffee oder Bioethanol aus Nicaragua, sei es als Bewohner_innen der EU, deren Regierungen in unserem Namen ein Abkom-

*„Fishbowl“-Diskussion zum
Abschluss des Nicaragua-
Kongress in Wuppertal*



men verhandeln, dass der Bevölkerungsmehrheit in Nicaragua großen Schaden bringen wird.

Aktivitäten zur Frauenbewegung

Die am besten organisierte, regierungsunabhängige soziale Bewegung in Nicaragua ist nach wie vor die Frauenbewegung. Ihre Inhalte stehen zum großen Teil in deutlichem Widerspruch zur Regierungspolitik, aber auch zur machistischen Realität in Nicaragua. Das Ökumenische Büro sieht sich mit deren emanzipativem Ansatz solidarisch und pflegt die dahingehenden Kontakte. Das neue Strafgesetz gegen Gewalt gegen Frauen (siehe Seite 68) nahmen unsere Mitarbeiter_innen Eberhard Albrecht und Marianne Walther in einer Sendung bei Radio Lora unter die Lupe. Die nicaraguanische Frauen-Theatergruppe Nuestra Cara erläuterte in einem Interview mit Eva Bahl, dass das grundsätzlich fortschrittliche Gesetz keinen Durchbruch gegen die frauenfeindliche Kultur in Nicaragua bedeute. Im Gegenteil, die katholische Kirche ginge noch über das herrschende generelle Abtreibungsverbot hinaus und fordere das Verbot aller Verhütungsmittel.

Theater Nuestra Cara in München

Das erwähnte nicaraguanische Frauen-Theater wartete bei seinem Gastspiel im Kulturzentrum Wörthhof in München mit einem gar nicht frauentypischen Thema auf: Das Stück „Der Weg zur ausgetrockneten Lagune“ behandelt die Machtverhältnisse beim Zugang zu Wasser.

Die in Matagalpa ansässige Theatergruppe lud uns ein, bei der nächsten Solidaritätsbrigade das Frauenkollektiv von Matagalpa (CMM) zu besuchen, um deren weitere feministische und kulturelle Arbeit kennen zu lernen. Dadurch inspiriert, wird bei der gemeinsamen Brigade von Infobüro Wuppertal und Ökubüro im Jahr 2013 das Schwerpunktthema Geschlechterverhältnisse sein.



*„Der Weg zur
ausgetrockneten Lagune“
im Münchner
Kulturzentrum Wörthhof*

Beitrag zum „Bildungslabor Lateinamerika“

Unter den Titeln „Fokuscafé Lateinamerika“ und „Bildungslabor Lateinamerika“ erarbeitete das Informationsbüro Nicaragua Wuppertal in den letzten Jahren hochwertige Bildungsmaterialien für Jugendliche und junge Erwachsene. Das im Januar 2012 erschienene, vorläufig letzte Heft der Reihe handelt von den Auswirkungen des Klimawandels in Lateinamerika. Die Teilnehmer_innen der Solidaritätsbrigade 2011 des Ökumenischen Büros erarbeiteten für das Heft einen Beitrag über den Klimawandel in Nicaragua mit spielerischen und partizipativen Lernmethoden.

- 1 M&R Consultores, Resultados última encuesta nacional SISMO XXXIV
<http://www.myrconsultores.com>

Das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika (AdA)

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika, das seit 2006 in Vorbereitung ist, ging 2012 in seine Ratifizierungsphase. Das Abkommen besteht aus den drei Säulen Politischer Dialog, Handel und Entwicklungszusammenarbeit. Am 18. Januar wurde im Deutschen Bundestag grünes Licht erteilt für das "vorläufige Inkrafttreten des Handelsteils". Dieser bildet das Kernstück des Abkommens und hat den Charakter eines Freihandelsvertrags. Kritiker_innen sehen in den Vereinbarungen eine Übervorteilung europäischer Konzerne zu Lasten der zentralamerikanischen Bevölkerung. Unabhängig von der Ratifizierung des Gesamtabkommens in den Parlamenten der Vertragsstaaten ist der Handelsteil mit Beschluss des Europäischen Parlaments vom 11. Dezember 2012 in Kraft getreten.

Am 29. Juni, einen Tag nach dem Jahrestag des Putsches in Honduras, wurde der Vertragstext des Abkommens bei einem Treffen des zentralamerikanischen Staatenbündnisses CICA in Tegucigalpa offiziell unterzeichnet. Die honduranische Demokratiebewegung wertete die Wahl von Ort und Datum als symbolische Ohrfeige, mit der die EU zeige, wie unwichtig ihr Korruption und Menschenrechtsverletzungen seitens der honduranischen Regierung angesichts des zügigen Abschlusses des Abkommens seien.¹

Am 17. Oktober des Jahres ratifizierte Nicaragua als erstes Land das Abkommen. Am 11. Dezember folgte die Ratifizierung durch das Europäische Parlament mit 557 zu 100 Stimmen bei 21 Enthaltungen. Innerhalb der näch-



Beim Studientag zum Assoziierungsabkommen. Auf dem Podium David Morales, Bischof Alvaro Ramazzini, Erika Harzer und Carlos Zepeda

sten zwei Jahre soll die Ratifizierung durch alle beteiligten Länderparlamente vonstatten gehen. In Bundesrat und Bundestag wird die Abstimmung für das erste Halbjahr 2013 erwartet.

Dass ein Länderparlament die Ratifizierung blockiert, gilt derzeit als unwahrscheinlich. Gaby Küppers, Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament, weist allerdings darauf hin, dass aufgrund des Reziprozitätsgebots des Vertragswerks die äußerst lockeren Regulierungen des Finanzdienstleistungssektors zum Beispiel in Panama den europäischen Politikern zur Stolperfalle werden könnten: Das Assoziierungsabkommen würde dann den Bestrebungen zur stärkeren Regulation des EU-Finanzmarktes im Wege stehen.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros: Nein zum AdA!

Seit Beginn der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen hat sich das Ökumenische Büro um Aufklärung und Opposition gegen das Vertragswerk bemüht. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen in Zentralamerika und Europa führen wir die Kampagne “Stopp Assoziierung”, in deren Rahmen Info-Rundreisen mit zentralamerikanischen Expert_innen, Medienkampagnen, Vorträge und Interventionen in Bundestag und Europäischem Parlament stattfinden.

Auf den Beschluss des Bundestags am 18. Januar zum vorläufigen Inkrafttreten des Handelsteils reagierten wir mit einer Pressemitteilung der Kampagne Stop Assoziierung. Wir beteiligten uns an der internationalen Online-Kampagne “Unsere Zukunft entscheiden – in meinem Namen, keine Ratifizierung!”² Beim BUKO-Kongress 34 in Erfurt boten wir einen gut besuchten Workshop zur Kritik am AdA an. Bei der Veranstaltung “Menschenrechte in Honduras und der europäische Freihandelsvertrag mit Zentralamerika” mit Berta Cáceres am 26. Juni in Berlin hielt unser Mitarbeiter Andrés Schmidt ein Einführungsreferat über die zu erwartenden Auswirkungen des AdA. Bei der Nicaragua-Konferenz in Wuppertal am 19. bis 21. Oktober gestalteten wir im Rahmen des Panels “Wirtschaftspolitik Nicaraguas” zwei Workshops zu Kritik an dem Abkommen, respektive zu möglichen Aktivitäten dagegen (Näheres siehe Seite 73).

Am 8. bis 9. November fand im Bernhard-Lichtenberg-Haus in Berlin ein Studientag zum Assoziierungsabkommen statt. Veranstalter war die Arbeitsgemeinschaft Landrechte, das Ökumenische Büro fungierte als Mitveranstalter und stellte mit unserem salvadorianischen Gast David Morales einen Referenten (Näheres siehe Seite 32).

Weitere Informationen zum AdA auf der Homepage der Kampagne: www.stop-assoziierung.de

- 1 <http://www.copinh.org/article/tratado-de-libre-comercio-con-europa-adacentro-am/>
- 2 <http://www.fta-eu-latinamerica.org/>

Athen liegt in den Anden

Seit 2009 existiert der EU-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros. Anfänglich lag der Schwerpunkt des Arbeitskreises in der Analyse der EU-Außenpolitik, dabei stand die Entwicklungshilfepolitik der EU gegenüber den Ländern des so genannten Südens im Zentrum. Im Jahr 2012 hat sich der Blickwinkel stark geändert. Mit der Zuspitzung der Euro-Krise haben wir die Politik der Kern-EU-Länder gegenüber den sog. PIGS-Staaten (Portugal, Italien, Spanien, Griechenland) untersucht. Ein gewichtiger Teil unserer Arbeit bestand und besteht darin, uns über Krisenursachen, Krisenauswirkungen, Krisenabwägungen usw. ein Bild zu verschaffen. Was uns auf Grund unseres zum Teil jahrzehntelangen internationalistischen Engagements aber besonders augenfällig wurde, war, wie stark die aktuellen Strukturanpassungsprogramme gegenüber den Staaten Südeuropas jenen Programmen gleichen, die die Industrieländer sonst von den Staaten des so genannten Südens fordern. Die Erkenntnisse, aber auch die vielen offenen Fragen, die wir aus unseren zwei-wöchentlichen Treffen erlangt haben, wollen wir jedoch nicht für uns behalten. Deshalb werden wir das Krisen-Thema entweder beim nächsten BUKO-Kongress 2013 oder in einem Seminar zur Diskussion stellen.



Grenzen der Gentrifizierung

Der Grenzen-AK hat sich in diesem Jahr mit dem Thema Gentrifizierung auseinandergesetzt. Fragen, die wir diskutiert haben, waren: Was ist Gentrifizierung überhaupt? Welche (stereotypen) Abgrenzungen und Ausgrenzungen werden in Gentrifizierungsdebatten re/produziert? Warum sollen wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist? Wie können wir in Anti-Gentrifizierungs-Debatten intervenieren ohne dabei rechte und/oder heimatliebende Diskurse zu bedienen?

Aus diesen Diskussionen ist ein Videoclip entstanden, der auf unserem Blog zu sehen ist: <http://grenzposten.blogspot.de>



+++ Zentrale Lage Giesing: 2 neu renovierte, exkl. möbl. Zl., m. sep. Bad u.



- Garage, Klenzstraße 139, - 089/ 461729 +++ Ruhige 3-Zimmer-Wohnung

Postkolonialismus

Die Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte mündete auch 2012 wieder in diverse Projekte des Ökumenischen Büros. Dabei geht es darum, die sichtbaren Spuren ebenso wie die Leerstellen kolonialer Vergangenheit aufzuzeigen und einen Dialog darüber anzustoßen, wie diese koloniale Vergangenheit unser Wissen und Denken bis heute prägt. München als Metropole, die weder Hauptstadt ist noch einen direkten Zugang zum Meer hat, mag auf den ersten Blick keine herausragende Bedeutung im Kontext kolonialer Geschichte zukommen. Gerade deshalb geht es uns darum die Alltäglichkeit und Kontinuität post/kolonialen Wissens sichtbar und diskutierbar zu machen.

„Freedom Roads“-Ausstellung

Die Wanderausstellung „Freedom Roads“, deren Ziel es ist, Diskussionen um koloniale Straßennamen anzustoßen und Umbenennungen von Straßen anzuregen, wird – nach Stationen in Berlin und Hamburg – von Oktober 2013

bis Februar 2014 im Münchner Stadtmuseum gezeigt werden. Das Ökumenische Büro beteiligt sich an einem breiten Bündnis antirassistischer und entwicklungspolitischer Gruppen, die sowohl die Ausstellung als auch das Rahmenprogramm mit vorbereiten.



Kompromisslösung: auf kleinen Schildern wird der koloniale Kontext der Straßennamen benannt

Seit 2007 heißt die ehemalige Von-Trotha-Straße im Münchner Stadtteil Trudering Hererostraße



„Straßenumbenennung“ in Trudering. Frantz Fanon war ein Vordenker der Entkolonialisierung.

Mapping-Projekt

Ebenfalls in der Vorbereitungsphase befindet sich ein Projekt zur Archivierung und zum Mapping post/kolonialer Stadtgeschichte Münchens. Es soll eine offene und interaktive Stadtkarte erstellt werden, die auf einer Webseite abrufbar ist und modular von unterschiedlichen Gruppen/ Institutionen/ Personen genutzt und zu verschiedenen Rundgängen zusammengestellt werden kann. Mittels der vorhandenen Informationen und Routen auf der Webseite können die Rundgänge sowohl geführt als auch selbstständig ergangen werden. Die Webseite wird als offene und interaktive Plattform konzipiert. Die Webseite fungiert so als ein Archiv, das beständig wächst und zum Forschen anregt.

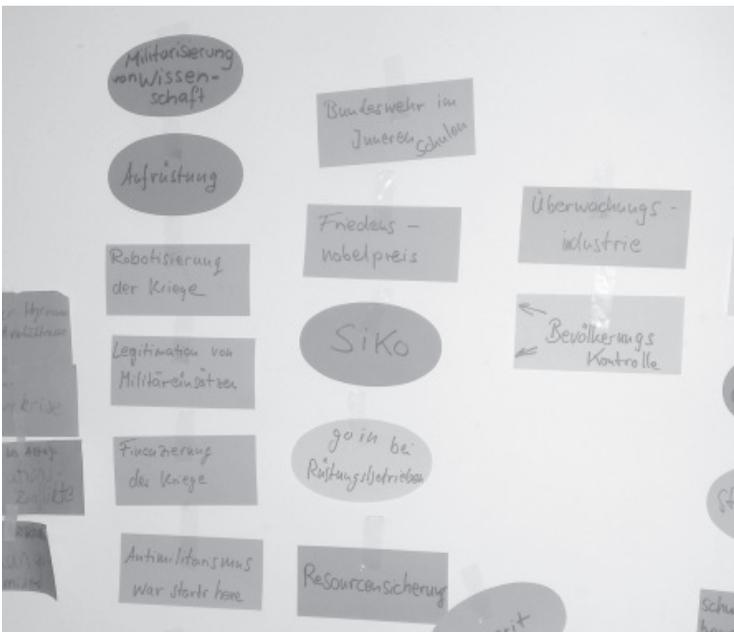
BUKO 2013

Auch beim Bundeskongress Internationalismus im Mai 2013 ist ein Schwerpunkt zum Themenkomplex „Antirassismus/Postkolonialismus“ geplant, an dem sich das Ökumenische Büro beteiligen wird.

Vorbereitung des Bundeskongress Internationalismus (BUKO) 2013 in München

Schon seit vielen Jahren ist das Ökumenische Büro in der BundesKOordination Internationalismus aktiv und hat sich immer wieder auch an der Organisation der jährlichen Kongresse beteiligt. 2001 organisierten wir z.B. den Kongress in München, zuletzt waren wir an der Vorbereitung des Panels zur EU-Außenpolitik beim Kongress 2010 in Tübingen beteiligt.

Seit Juni des Jahres hat das Büro seine Fühler in Richtung der Münchner Gruppen ausgestreckt, und es bildete sich schnell ein vielversprechendes Vorbereitungsbündnis, an dem auch Gruppen aus anderen Städten beteiligt sind. Seit Juli fanden fünf Abendtreffen und zwei Vorbereitungswochenenden statt. Mittlerweile steht fest, dass der Kongress an Himmelfahrt 2013 im EineWeltHaus und Gewerkschaftshaus stattfinden wird, es wird diesmal um Militarisierung, Postkolonialismus und Migration gehen. Das Öku-Büro wird auch weiterhin Infrastruktur und Arbeitszeit für die Vorbereitung des Kongresses zur Verfügung stellen.



Themenfindung für den BUKO 35

Öffentlichkeitsarbeit

infoblatt

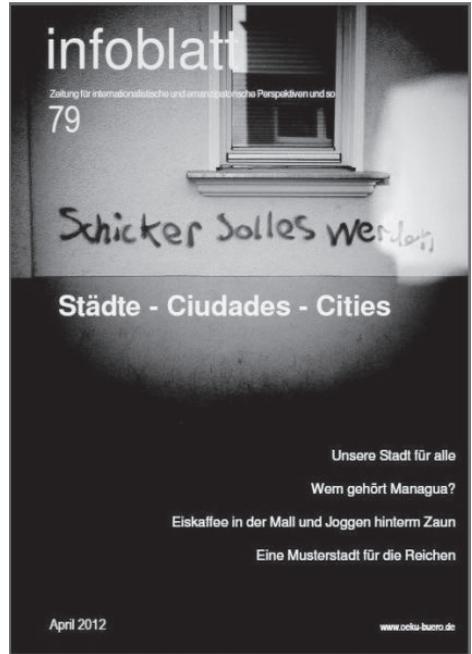
Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so

Mit neuem Layout erschien dieses Jahr das Infoblatt mit den zwei Schwerpunkten „Städte-Ciudades-Cities“ und „ÜberLeben mit Gewalt“: Stadt-geschichte(n), Gentrifizierung, Privatisierung und umkämpfte Räume wurden in dem Stadt-Schwerpunktheft beleuchtet. Wie sich Militarisierung, (para-) militärische Gewalt und Straflosigkeit auf das tägliche Leben der Menschen in Zentralamerika und Mexiko auswirken, war die leitende Frage für die Zusammenstellung des Schwerpunktheftes „ÜberLeben mit Gewalt“. Zudem berichtete das Infoblatt über politische, soziale, gesellschaftliche und kulturelle Ereignisse und Phänomene in den Ländern Zentralamerikas und Mexiko.

Kooperationen mit den Online-Portalen amerika21.de und Linksnet sorgen seit diesem Jahr dafür, dass einzelne Artikel aus dem Infoblatt einer größeren Leser_innenschaft zur Verfügung stehen.

„En La Linea“ – Die Sendung des Öku-Büros auf Radio Lora

Jeden 1. Montag im Monat haben wir eine Radiosendung beim Freien Münchner Radio Lora 92.4. Dort informieren und unterhalten wir mit Nachrichten aus Lateinamerika, München und dem Öku-Büro. Weil wir den dortigen Aktivist_innen hierzulande eine Stimme geben wollen, sind diese auch gern



gesehene Interviewgäste in unserer Sendung. Gewürzt wird das Ganze mit alternativer lateinamerikanischer Musik.

Wir freuen uns darauf, Sie im Jahr 2013 wieder an jedem 1. Montag im Monat als Hörer_innen begrüßen zu dürfen.

Homepage

Auf unserer Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit.

Es erscheinen Artikel über die Vorgänge in unseren Schwerpunktländern und Beiträge zu unserer Arbeit. Die Besucher_innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

Mailverteiler

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte auf verschiedene, thematisch gegliederte Email-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns Mails mit Informationen, wir laden sie ein, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen oder machen sie auf kommende Veranstaltungen aufmerksam.

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existiert eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

Bayerischer Flüchtlingsrat

Mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat verbindet uns eine gute Zusammenarbeit. Regelmäßig werden Artikel zwischen dem Infoblatt und der Zeitschrift des Bayerischen Flüchtlingsrates Hin-



terland ausgetauscht. Dieses Jahr verfassten wir einen Artikel zur Kritik an der Entwicklungshilfe für das Themenheft über Paternalismus mit dem Titel „Ich weiß, was gut für dich ist“.



BUKO

Die BUNdesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Der seit 1977 stattfindende Bundeskongress der BUKO ist zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro trägt die Struktur der BUKO durch ständige Mitarbeit eines Delegierten in deren Entscheidungsgremien mit. Im Jahr 2012 nahmen zwei Hauptamtliche des Ökumenischen Büros am BUKO-Kongress in Erfurt teil und führten insgesamt drei Workshops – unter anderem mit Gästen aus Mexiko – durch. Der BUKO-Kongress 2013 wird in München stattfinden. Das Ökumenische Büro ist intensiv an der Vorbereitung beteiligt.

CIFCA - Europaweite Vernetzung der Menschenrechtsarbeit

Im Kontext unserer Arbeit zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika und der Menschenrechtsarbeit zu Mexiko und Honduras bemühen wir uns um eine europaweite Vernetzung.



Bedeutsam ist hierfür CIFCA, ein in Brüssel ansässiger Dachverband europäischer Menschenrechtsorganisationen, der uns zu den genannten drei Themen Kontakte zu den jeweils verantwortlichen Stellen in der Europäischen Kommission und im EU-Parlament vermittelte.

El Salvador - Bundestreffen

Das Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen ist seit vielen Jahren ein fester Termin im Kalender aller Soli-, Menschenrechts- und Partnerschaftsgruppen, die zu diesem kleinsten Land Zentralamerikas arbeiten. Der Vernetzungsaspekt reicht aber über die gemeinsame jährliche Tagung hin-

aus: Der Vorbereitungskreis des Treffens besteht aus Vertreter_innen des Ökumenischen Büros, des INKOTA-Netzwerks, des Zentralamerikasekretariats Zürich, der Kaffeekampagne und der Infostelle El Salvador. Zudem besteht eine gemeinsame Email-Liste, auf der diverse zu El Salvador arbeitende Gruppen Informationen austauschen, gemeinsame Kampagnen und Aktionen planen oder für ihre jeweiligen Aktivitäten werben.

Freedom Roads - Bündnis

In einem breiten Bündnis von antirassistischen und entwicklungspolitischen Gruppen beteiligt sich das Ökumenische Büro an der Vorbereitung der Ausstellung Freedom Roads zu kolonialen Straßennamen in München (—> siehe auch Seite 79). An dem Bündnis sind unter anderem die Gruppen ISD – Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, [muc] münchen postkolonial, AK Panafrikanismus und das Nord Süd Forum beteiligt.

Honduras-Delegation

Die überregionale Arbeitsgruppe ging aus einer Delegationsreise nach Honduras im Jahr 2010 hervor, die das Ökumenische Büro organisierte. Die zwölfköpfige Gruppe organisierte in diesem Jahr die Verleihung des Shalom-Friedenspreises an Berta Cáceres von COPINH sowie deren Rundreise durch Italien, Österreich und Deutschland. Derzeit arbeitet sie an der Entwicklung einer Infrastruktur zur Vorbereitung und Entsendung von Menschenrechtsbeobachter_innen nach Honduras.

Honduras-Koordination

Im November 2009 wurde von Journalist_Innen, Bundestagsabgeordneten, Entwicklungshilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen aus Deutschland und Österreich die „Honduras-Koordination“ ins Leben gerufen. In dem Netzwerk sind Hilfswerke, Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen, Bundestagsabgeordnete und Journalist_innen aus dem deutschsprachigen Raum organisiert. Es dient zur Koordination und zum Informationsaustausch zur Unterstützung der Demokratiebewegung in Honduras.

Darüber hinaus stehen wir in Kontakt mit italienischen und spanischen Solidaritätsgruppen zur Demokratiebewegung in Honduras sowie dem europäischen Netzwerk CIFCA.



Menschenrechtskoordination Mexiko

Das Öku-Büro hat sich dieses Jahr wieder in der Arbeit der Mexiko-Koordination engagiert und an der Vorbereitung der Tagung „Mexiko - Rechtsstaat?“ beteiligt (siehe Schwerpunktthema auf Seite 4)

Im Jahr 2013 werden wir uns der Unterstützung der mexikanischen Partner_innen während der UPR-Verfahren von Mexiko vor dem Menschenrechtsrat der UNO in Genf widmen.

Mission EineWelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige und gute Zusammenarbeit. Die im Jahr 2012 ruhende Kooperation wird im Jahr 2013 wieder aufgenommen.

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerk München e.V. Mitglied, seit dem Jahr 2006 stellen wir auch eine Vertreterin im Beirat. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.



Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungs-politischen Bereich aktiv sind. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ über Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren. Das Ökumenische Büro ist Mitglied des Nord Süd Forums. Im Jahr 2012 arbeiteten das Ökumenische Büro und das Nord Süd Forum zum Beispiel im Vorbereitungskreis der Ausstellung „Freedom Roads“ zu kolonialen Straßennamen zusammen und organisierten gemeinsam eine Veranstaltung mit Berta Cáceres aus Honduras und die Theaterlesung „El Enemigo“ im Eine-Welt-Haus.



Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir regelmäßig Beiträge über Honduras und Nicaragua.



Runder Tisch Zentralamerika

Beim Studientag der AG Landrechte zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika im November in Berlin entstand der Vorschlag, eine Koordination im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um auf Themen, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind, besser reagieren zu können. Über 20 Organisationen zeigten sich interessiert. Anvisiert sind jährliche Treffen in Form von halb-öffentlichen Wochenendseminaren.

Und zuguterletzt: unsere Öku-Büro- Homestory

Und wo werden all diese Aktivitäten und Projekte geplant? Wer steckt hinter all dem? Alles, was wir das ganze Jahr über so produzieren, geht von einer kleinen Schaltzentrale in München-Haidhausen aus, wo auch unter Hochdruck an diesem Jahresbericht gearbeitet wurde. Hier steigen wir uns regelmäßig auf die Füße, konferieren, plenieren, telefonieren, essen gemeinsam, putzen und kochen. Wir sind ja nicht nur vier Hauptamtliche, sondern dann auch noch all diese Ehrenamtlichen, die hier aus- und eingehen, Fragen haben, mitreden wollen, kreativ sind, tolle Ideen haben. Wir treffen uns monatlich im Plenum. Das ist die Entscheidungsinstanz – unser Chef sozusagen (wenn man das in diesem Kontext überhaupt so nennen will). Außerdem haben wir einen Vorstand, der uns geduldig regelmäßige Besuche abstattet, um unsere diversen Projektanträge zu unterschreiben.

Und wir machen ein jährliches Planungswochenende, an dem wir uns überlegen, was wir so tun und lassen wollen – aber auch Grundsatzdiskussionen werden da geführt. Machen wir zuviel Lobbyarbeit? Sind wir zu sehr NGO-isiert? Verlieren wir den Kontakt zur Basis? Warum mangelt es uns an Ehrenamtlichen? Mangelt es uns überhaupt an Ehrenamtlichen? Machen Solidaritätsbrigaden noch Sinn? Oder sollten wir uns endlich umorientieren – weg von der Län-

Beim Bürowochenende



der- hin zur Projektarbeit?

Diese Diskussionen begleiten uns schon seit einer Weile. Aber es gibt auch Dinge, die sich radikal ändern: Babs – unsere Finanzerin, Projektcontrollerin, wertvolle Beraterin bei Anträgen und Kostenplänen – gibt ihren Posten ab. Nach 15 Jahren. Bereits 2002 und 2006 hat sie als Hauptamtliche im Büro Abschied gefeiert und ist immer wieder gekommen. Jetzt hat sie zum 3. Mal zum Absprung angesetzt. Neu kommt ab Mitte Januar Alexander zu uns. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit und sagen: Herzlich willkommen!

Alejandro Pacheco machte dieses Jahr Praktikum bei uns. Er stellte 100-Seiten-Kompendien zu Militarisierung in Lateinamerika zusammen, war Babs' Urlaubsvertretung im Flugbüro, kämpfte sich durch die Abrechnung vielfältiger Mexiko-Projekte und war so eine wertvolle Stütze im stets überlasteten Büroalltag.

Die Renovierung unserer Büroräume - zwar schon 2011 begonnen - beschäftigte uns auch noch im Jahr 2012 eine ganze Weile. Die marode Elektrik unserer Räume hatte uns diese praktisch aufgezwungen. Geschadet hat es aber nicht, auszusortieren, abzustauben, kistenweise Soli-Bewegungshistorie ins Archiv der Arbeiterbewegung zu fahren und jetzt wieder gleichzeitig den Staubsauger und den Wasserkocher in Gang setzen zu können, ohne das alles zusammenbricht.

Was war noch besonders in diesem Jahr? Für bessere Stimmung und gute Laune haben die Hauptamtlichen eine zweitägige Mediation gemacht. Jetzt scheint die Sonn' wieder ohn' Unterlass!

Die Internationale singend haben wir auch den 1. Mai verbracht, an dem wir wieder einen Info-Stand mit Kaffee und Kuchen hatten.

Im Juli verabschiedete sich einer unserer treuesten Mitarbeiter, Detlef von Bismarck, um mit seiner Frau ein Hotel in Nicaragua zu eröffnen. Im Mittelgebirge südlich von Managua werden die beiden ökologischen Tourismus anbieten. Wir hoffen, dass Detlef trotzdem gelegentlich Zeit findet, unsere Arbeit von Nicaragua aus zu unterstützen und wünschen gutes Gelingen!

Zwei Highlights gab es noch ganz am Ende des Jahres: Am 5. Dezember fand in unseren Räumen ein Film-dreh statt. Unser Büro eignete sich offensichtlich besonders gut, um ein Friedensbüro in Berlin darzustellen. Und Haidhausen war wohl auch ohne größere Probleme als Prenzlauer Berg zu verkaufen. Der Film, in dem es um

eine junge Frau geht, die als Freiwillige nach Israel geht, soll „Love IsReal“ heißen und kommt 2013 in die Kinos. Da können dann alle gucken, wie es bei uns so aussieht.

Und am 13.12. wurde ein Platz in München nach Resi Huber benannt. Resi Huber, geb. 1920, kam Anfang der 40er Jahre als Zivilangestellte in den



Zeit, mal den Arbeitsplatz zu wechseln – Babs Kwarkowski



vom Dachauer Konzentrationslager betriebenen Kräutergarten („Plantage“). In ihrer Zeit dort beförderte sie unter Lebensgefahr unter anderem Briefe und Lebensmittel für die Häftlinge in das Lager. Als Mitglied der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und Kommunistin setzte sie sich seit den 50er Jahren unermüdlich in der Friedensbewegung und – vor allem als Zeitzeugin und im Gespräch mit jungen Menschen – gegen das Vergessen ein. Das Ökumenische Büro organisierte Zeitzeugengespräche mit Resi Huber und nutzte die Otto-Huber-Hütte am Ammersee als Ort für die Brigadeprobereitungen. Die Betreuung der Hütte, die von NS-Verfolgten nach 1945 gegründet wurde, war eine der vielen Tätigkeiten von Resi. Nach Resi Hubers Tod im Jahr 2000 wurden die jährlichen Solidaritätsbrigaden des Ökumenischen Büros nach Resi Huber benannt.

Wir freuen uns sehr über die Benennung eines Münchner Platzes nach Resi Huber – eine Ehrung, die vor einigen Jahren wohl für eine Kommunistin noch undenkbar gewesen wäre.

Ökotourismus in San Marcos, Nicaragua

Ehrung für das Lebenswerk der Antifaschistin Resi Huber



Flug- und Zugdienst

Was ist der Flugdienst?

Als der Flugdienst 1985 ins Leben gerufen wurde, stand die Idee dahinter, die Flüge für die Arbeitseinsätze in Nicaragua und später in El Salvador zu organisieren. Mittlerweile vermitteln wir nicht nur Flüge für BrigadistInnen nach Zentralamerika, sondern für alle Menschen an alle Orte der Welt. Und nicht nur Flüge, sondern auch Mietwägen, Hotels, Pauschalreisen und neuerdings auch Zugfahrkarten. Aus dem kleinen internen Dienstleistungsservice ist eine dauerhafte Nebenerwerbsmöglichkeit für unser Büro entstanden.

Auch wenn der Großteil der von uns verkauften Flugtickets für Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sind, so freuen wir uns auch über jedes für eine Urlaubsreise verkaufte Flugtik-

ket. Jeder Flug (und auch jede Zug- oder Pauschalreise) hilft uns, das Ökumenische Büro auch weiterhin finanzieren zu können.

Was ist der Zugdienst?

Seit Kurzem können Sie Ihre Fahrkarten für die Deutsche Bahn online über unsere Internetseite buchen. Es sind zwar nur Centbeträge, die wir dafür bekommen, aber es kostet Sie keinen Cent mehr und bei uns „läppert“ sich doch der ein oder andere Euro zusammen.

Die Buchungen sind telefonisch, per Mail und auch online machbar. Einfach mal auf unsere Homepage schauen!

www.oeku-buero.de/flug

www.facebook.com/oekubuero.flug

Fotocredits

Titelbild: Itzel Aguilera
Seiten 4-15: Itzel Aguilera
Seite 26: Eric Rojas
Seite 25: wikimedia commons
Seite 29: Equipo Maíz
Seite 32 - 33: Tess Treiber
Seite 34-47: Honduras-Delegation
Seite 48: Ak Shalom
Seite 54: SIPAZ
Seite 55: La Jornada
Seite 61: Tlachinollan
Seite 66 und 68: El 19 digital
Seite 71: El Nuevo Diario
Seite 74: Karina Lange
Seite 79: Grenzen-Ak im Öku-Büro
Seite 80-81: zara pfeiffer für [muc]
münchen postkolonial

Ich möchte die Zeitschrift Infoblatt kostenlos abonnieren

- Als PDF-Datei an meine Mailadresse
- Als Printausgabe

Zusendung weiterer Informationen

- Infos zu den aktuellen Arbeitsschwerpunkten

Bitte nehmt mich in folgende(n) e-mail-Verteiler auf

- Veranstaltungshinweise für den Raum München
- Veranstaltungshinweise bundesweit

E-mail Verteiler zu Eilaktionen bei

Menschenrechtsverletzungen

- Mexiko
- El Salvador
- Nicaragua
- Honduras
- E-mail-Adresse

Adresse



Ökumenisches Büro

Ökumenisches Büro für
Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Str. 13
D - 81667 München

Tel.: ++49 - (0)89 - 4 48 59 45
Fax: ++49 - (0)89 - 48 76 73
e-mail: info@oeku-buero.de
<http://www.oeku-buero.de>

Spendenkonto:
Stadtsparkasse München
BLZ 701 500 00
Konto 561 76 258



Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2012 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Nach wie vor sind wir offen für tatkräftige Unterstützung, z.B. durch die Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen.

Das Team vom Ökumenischen Büro